

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal,
 Eingetragen in der Post-Zeitung-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7579.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 Veretns- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Insetrate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.

Kernsprecher: Amt 1, Nr. 1008.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 13. September 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Parteigenossen!

Laut Beschluß des vorjährigen Parteitages findet der diesjährige in Stuttgart statt.

Auf Grund der Bestimmungen der §§ 7, 8 und 9 der Partei-Organisation beruft die Parteileitung den diesjährigen Parteitag auf **Montag, den 3. Oktober**

nach Stuttgart in den Dinkelader'schen Saalbau, Hohe-
staufen- und Lübingerstraße, ein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Montag, den 3. Oktober, morgens 9 Uhr
und die folgenden Tage:

1. Konstituierung des Parteitages. Wahl des Bureaus. Fest-
setzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl einer Kom-
mission zur Prüfung der Mandate.
2. Geschäftsbericht des Vorstandes.
Berichterfasser: J. Auer und A. Gerisch.
3. Bericht der Kontrolleure.
Berichterfasser: H. Meister.
4. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.
Berichterfasser: E. Wurm.
5. Die Waise 1899.
Berichterfasser: W. Pfannkuch.
6. Die deutsche Zoll- und Handelspolitik.
Berichterfasser: R. Schippel.
7. Anträge zum Programm und zur Organisation.
8. Sonstige Anträge.

Für Sonntag, den 2. Oktober, ist seitens der Stuttgarter
Parteigenossen eine Empfangs- und Begrüßungsfeier vorgesehen.
Dieselbe findet nachmittags 8 Uhr, im
Zirkus, Marienplatz, statt.

Parteigenossen! Wir fordern Euch nun auf, die erforderlichen
Vorbereitungen zu treffen, insbesondere die Wahl der Delegierten und
die Einreichung der Anträge rechtzeitig zu bewirken. Die Anträge
müssen spätestens den 15. September in den Händen des Vorstandes,
Adresse:

J. Auer, Berlin SW, Kaybachstr. 9 I

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 8 Absatz 2
der Parteiorganisation im „Vorwärts“ veröffentlicht werden und in
die gedruckte Vorlage für den Parteitag Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegen-
zeichnung des Vertrauensmannes, falls sie zur Veröffentlichung und
Beratung gelangen sollen.

Die Adresse des Lokalkomitees ist:

Karl Sperla, Stuttgart, Weisenburgstr. 10.

Die Parteigenossen, die zum Parteitag kommen, werden ersucht,
von ihrer Delegation dem Vorstand und dem Lokalkomitee recht-
zeitig Mitteilung zu machen, damit dieses in bezug auf Quartier etc.
die notwendigen Vorbereitungen treffen kann.

Mandatsformulare, mit deren Versendung am 1. September
begonnen wird, sind durch das Parteibureau, Adresse

J. Auer, Berlin SW., Kaybachstr. 9 I

zu beziehen.

Die Genossen, welche Anträge einreichen, werden darauf auf-
merksam gemacht, daß etwaige, den Anträgen beigegebene Motive weder
im „Vorwärts“ noch in der dem Parteitag vorzuliegenden gedruckten
Vorlage Aufnahme finden können. Die Genossen haben das Recht, ihre
Anträge auf dem Parteitage entweder persönlich zu vertreten oder
durch beauftragte Genossen vertreten zu lassen; außerdem empfiehlt
es sich, wichtige Anträge vor dem Zusammentritt des Parteitages
in der Presse zu erörtern. Die Motive aber in die Parteitage-
vorlage aufzunehmen, verbietet sich aus räumlichen Rücksichten und
der damit verknüpften unvermeidlichen Wiederholungen willen.

Berlin, den 18. August 1898.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Die wahnwitzige Unthat

des Italieners Lucheni hat überall große Erregung hervor-
gerufen. Nicht nur in den höchsten Kreisen und bei denen,
welche an des Lebens reichster Tafel sitzen, nein, auch bei
dem Volke, bei den Arbeitern herrscht schmerzliche Entrüstung
über das unglückselige Ereignis.

Noch hat die behördliche Untersuchung nicht volle Klarheit
über die Persönlichkeit des Mörders der Kaiserin Elisabeth
gebracht, noch wissen wir nichts Sicheres, ob wir es mit einem
schlechtthin Verrückten oder mit einem gemeinen Verbrecher,
der bestialische Instinkte mit dem Nimbus einer politischen
Großthat zu befeiden gedacht, oder endlich mit einem tollen
Fanatiker zu thun haben, der wirklich glaubt, durch solche
That den Armen und Bedrückten Hilfe in der Noth zu bringen.

Es verlaunt, Lucheni habe vor dem Untersuchungsrichter
mit seiner That gequält. Er soll gesagt haben, daß er nur
ein Beispiel habe geben wollen, und wenn alle

Anarchisten ihre Pflicht thun würden, wie er sie gethan,
dann würde die bürgerliche Gesellschaft
schnell verschwunden sein.

Der ganze Abergwitz des anarchitischen Denkens spricht
aus diesem Satz, und es ist schwer zu fassen, wie ein normal
konstruiertes Menschenhirn zu einer derartigen Gedankenfolge
gelangen kann, die jegliche Einsicht in das Wesen und die
Gesetze der Gesellschaft vernichten läßt und durch die Geschichte
hundertmal in ihrer Verfehltheit und Widersinnigkeit erwiesen
worden ist.

Schon jenes „wenn“, das den Hoffnungen des Atten-
täter's zur Voraussetzung dient, zeigt die Absurdität eines
solchen Streiches selbst für den, der sich auf den Standpunkt
der „Propaganda durch die That“ stellen wollte. Aber
dies ist das Nebenfächelste — welsch' Indischer Wahn-
witz, sich einzubilden, daß mit der Beseitigung
einer Anzahl von Personen die bürgerliche Gesellschaftsordnung
verschwinden könnte! Als ob das unendlich zusammen-
gelegte und den Gesetzen allmählichen Wachstums unter-
worfenen Getriebe des wirtschaftlichen Lebens über die von
den vorhandenen Natur- und Gesellschaftsbedingungen gegebenen
Entwickelungsmöglichkeiten hinaus durch künstliche oder gar
gewaltsame Eingriffe gefördert werden könnte!

So konnte denn auch alle bisherige „Propaganda durch
die That“ nichts nützen. Von den Butschen, die einst Bakunin
in Spanien und Italien anstellte, bis auf die Attentate der
Kavachol, Baillant und Caserio ist den unteren Volksschichten
keinerlei Heil gekommen, wie denn nimmer aus Verbrechen
und Gemeinheit Gutes entstehen kann.

Im vollsten Gegentheil zu der vermeintlichen Hoffnung jener
sogenannten Anarchisten erwächst aus solchen Thaten nur Unheil
und Verderben für die, denen sie angeblich nützen sollen, und
Vortheil höchstens für die, denen sie schaden sollen.

Jene anarchitische Irrlehre verkündet die Meinung, daß
die sonst gleichgiltigen Massen über die Ursache solcher An-
sehen erregende Thaten nachdenken und so zur politischen
Auflehnung gegen das kapitalistische Ausbeutungssystem ge-
langt werden. Diese Meinung ist harter Unsinn, beruht auf
vollständiger Verkennung der Psychologie der Massen. Der
politisch indifferenten Mensch kann durch die Kunde von
der Ermordung eines Fürsten oder von den Zerstörungen,
die durch geworfene Bomben angerichtet wurden, keines-
wegs zum Nachdenken über die tieferen Gründe seiner
wirtschaftlichen Noth und über die Wege der Besserung ge-
langt werden. Vielmehr wird er von Abscheu ergriffen gegen den
Attentäter und sein Abscheu wie der Abscheu jedes normalen
Menschen wird um so heftiger, wenn die „Propaganda durch die
That“ völlig unschuldige Persönlichkeiten, Frauen und Kinder
dahinrafft. War es schon ein Wahnsinn, von der Erbdolung des
Präsidenten Carnot irgend welchen politischen oder sozialen
Fortschritt zu erwarten, so konnte die That eines Henry, der
seine Bombe im Terminus-Café plagen ließ, wo gänzlich
unpolitische, keiner Schlichtheit Schuldbige gräßlich ver-
stümmelt wurden, nur den berechtigten Unwillen aller Kreise
hervorrufen. Und ebenso ist es mit der jetzigen Mordthat des
Lucheni, der eine Frau tödtet, die Niemanden etwas zu Leide
gethan, die selbst eine vom Schicksal schwer geprüfte Tüblerin,
sogar viel und tiefes Interesse für soziale Probleme hatte.

Ist es denn möglich, von irgend einer ernsthaften
politischen Gesinnung bei einem Individuum zu sprechen, das
„irgend einen Hochgestellten“ tödten will und, weil es gerade
den Prinzen von Orleans nicht antrifft, dagegen zufälliger-
weise die Kaiserin Elisabeth, gegen diese den Mordstahl zückt,
ohne auch nur sich darum zu kümmern, welches der Charakter,
die Lebensweise, die Thaten dieser Frau? Wenn wir
dazu hören, daß Lucheni, als ihm im August dieses
Jahres die Behörde in Lausanne seine Papiere abforderte,
anarchistische Vlieder vorzeigte, die mit seinem Namen unterzeichnet
waren, und daß er auf den Kinderstühlen dieselben Vlieder
verschenkte, so erscheint es fast unmöglich, diesen Vurschen
überhaupt ernst zu nehmen oder ihm auch nur irgendwelche
politische Motive beizumessen trotz des oben zitierten Aus-
spruchs, den er angeblich gethan haben soll. Offenbar haben
wir es in Lucheni mit einem von Jugend auf verwahrlosten,
zu Gewaltthätigkeiten geneigten und zugleich halbblödsinnigen
Menschen zu thun, dem die Phrasen des Anarchismus nur als
Deckmantel für die Verhätigung niedriger Instinkte dienen.

Es bedurfte nicht erst der Erfahrung in diesem traurigen
Falle, um die Gemeinlichkeitsart der „Propaganda der That“
offenbar zu machen. Aber wer etwa verbietet genug sein
konnte, derartige Thaten damit zu entschuldigen, als ob
die Missethaten der herrschenden Klassen, welche die Arbeit-
enden bis aufs Blut aufsaugen und Zehntausende in blutigen
Kriegen abtöten lassen, ja noch viel furchtbarer seien, der
kann aus dem Erfolg der That des Lucheni die Frigidität seines
Gedankenganges erkennen. Möge die herrschende Klasse auch un-
endlich schäud auf sich geladen haben, möge sie auch selbst durch
Vernachlässigung von sozialen Reformen die Züchtung solcher
verwahrloster Individuen, über deren Unthaten sie sich hinter-
drein entrüstet, verursacht haben: — dennoch kam und darf
der Kampf gegen dieses Unrecht nimmermehr mit Nitroglycerin,
Gift und Dolch geführt werden. In der Gewalt sind die
Herrschenden den Schwächsten unendlich überlegen. Und der
Versuch, mit Gewalt gegen die Befehle der Gewalt
vorzugehen, konnte und kann niemals Erfolg haben. Viel
mehr wird denen, welche sich jeder friedlichen und
freiwilligen Volksentwicklung entgegenwerfen, durch

die Propaganda der That Vorstoß geleistet. Ihnen kam
schon manchmal die allgemeine öffentliche Entrüstung zu gute
und was ein hinverbraunter Vursche gesündigt, das wünschen
die Feinde des Volkes an denen zu rächen, welche eine Er-
hebung der Arbeiterklasse, eine Neugestaltung unseres sozialen
Lebens auf organischem Wege erstreben und denen es am
meisten zu verdanken ist, wenn die Tollheiten einer gewalt-
thätigen Taktik von den Arbeitern erkannt sind und aufs
entschiedenste verworfen werden.

Immer und immer hat die Reaktion den politischen Mord
gegen die Arbeiterbewegung auszunutzen getrachtet. Agitation
für Zwangs-gesetze gegen das freie Wort und gegen die Presse,
das war stets der Erfolg der Tümpel des „Anarchismus“.
Auch jetzt wieder erheben die Blätter der Parteien, denen
jede selbständige Arbeiterbewegung verhaßt ist, ihr heiferes
Geschrei nach Ausnahme-gesetzen, nach Beseiti-
gung des Asylrechts in der Schweiz, nach
internationalen Vereinbarungen gegen
den Anarchismus. Wie derartige Gesetze, die
angeblich gegen gewaltsamen Umsturz gerichtet sein sollen,
auszusehen pflegen, wie sie die Organisationsbestrebungen,
jedes politische und wirtschaftliche Wirken der Arbeiterklasse
bedrohen, ist genugsam bekannt. Schon dies wäre für die Sozial-
demokratie — abgesehen von allen sonstigen unüberbrückbaren
prinzipiellen und taktischen Gegensätzen zwischen Sozialismus
und Anarchismus — Grund genug, um nicht nur stets gegen
die „Propaganda durch die That“ zu kämpfen, nein, auch den
unklaren Köpfen, die da die „Selbstherrlichkeit des Individuums“
verkündeten und hier und dort Verwirrung schufen, scharfe Ab-
sage zu ertheilen.

Wenn nur auch bei uns in Deutschland wieder
Stimmen laut werden, welche die elende That des Lucheni
zur Schaffung von Anbelegesen ausgenutzt wissen möchten,
so liegt die Blödigkeit solcher Forderung auf der Hand.

Zwangsmassregeln haben nie und nirgends Attentate
verhindert; vielmehr die Gemüther erregt und zur Begehung
wahnsinniger Thaten reif gemacht.

In Deutschland giebt es keinen Anarchismus, gerade dank
der Sozialdemokratie. In Deutschland gab es politische Attentate
unter dem Sozialistengesetz, als jede Arbeiterbewegung ver-
schmiedet war.

In Oesterreich war es eines der größten Verdienste
der Sozialdemokratie, daß sie den Anarchismus beseitigte,
den zu beseitigen die Regierung sich unfähig gezeigt hatte.

England hat sich, seitdem sein Arbeiter ein wirklich
freier und gleichberechtigter Staatsbürger geworden ist, nie-
mals über Attentate zu beklagen gehabt. Alle die „Attentäter“,
welche der Königin Viktoria in den Weg traten, hat man ins
Kerkerhaus geschickt. Ebenso ist in der Schweiz noch keinem der
Bundespräsidenten, keinem Regierungsratsmitglied ein Haar
auf dem Haupte gestrümmt worden. Geschah Lucheni's
That auch auf schweizerischem Boden, der Mörder war ein
Italiener.

Aus den romanischen Völkern vorwiegend kommen
die Individuen, die sich der „Propaganda der That“ verschreiben.
Mag da das heiße Blut des Südländers wirken, eine Fülle
der Schuld trifft zweifelsohne die Regierungen und die vor-
herrschenden Schichten jener Völker. Insbesondere ist dies in
Italien der Fall, von woher Caserio, der Mörder Carnot's,
kam, von woher jetzt der Mörder der Kaiserin Elisabeth ge-
kommen ist. Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes
liegt seit Jahrzehnten furchtbar darnieder. Das statistische
Jahrbuch des italienischen Königreichs auf das Jahr
1898 zeigt, wie der Konsum des Volkes an Nahrungs-
mitteln seit Mitte der Vier Jahre rapid gesunken ist. Weite
Landstriche liegen wüst. Die Pestlagna rafft jährlich Tausende
dahin. Die arme Bevölkerung wurde mit drückenden Steuern
belastet, die für Kriegsrüstungen und unglückselige Kolonial-
abenteuer verschwendet worden sind. Die Kapitalistenklasse
Italiens, hochmüthig und jeder sozialen Gesinnung bar,
sträubt sich gegen alle wirtschaftlichen Reformen, gegen jede
Arbeiter-schutz-Gesetzgebung; an 15 Jahre wurde über ein
lächerlich winziges Unfallversicherungs-Gesetz berathen, ohne daß
etwas zu stande kam. Die Auswanderung ist außerordentlich
groß und von Jahr zu Jahr im Wachsen. Jede selbständige
Regung der Arbeiterklasse wird unterdrückt, und wenn der
heißblütige Italiener an den Ketten, die ihm geschmiedet sind,
ein wenig rüttelt, so werden blutige Massaker angerichtet,
Hunderte niederkartätscht, Tausende von den Kriegsgerichten
in den Kerker geworfen.

Wir wollen die That eines Lucheni nicht irgendwie ent-
schuldigen, indem wir auf die erbärmlichen politischen und
sozialen Zustände Italiens hinweisen. Wir wollen aber zeigen,
welches der einzige Weg ist, der zu einer Vermeidung
solch unseliger Ereignisse zu führen vermag, wie wir eines
soeben erlebt haben.

Mögen die herrschenden Mächte sich auf ihre Pflichten
besinnen. Mögen sie ihre eigenen Gewissen befragen. Mögen
sie statt internationaler Vereinbarungen gegen das freie Wort,
welche ihnen gewissenlose und selbstsüchtige Berather empfehlen,
internationale Vereinbarungen zum Leiblichen und geistigen
Schutz des Proletariats schaffen. Mögen sie Sorge tragen,
daß die Jugend des ganzen Volkes gesund emporwache und
eine Bildung erhalte, die sie wappnet gegen politischen Wahn-
witz sowie gegen niedrigen Verbrechen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. September.

Die Gehe der Kapitalistenpresse gegen die Arbeiterbewegung, aus Anlaß des traurigen Ereignisses von Genf, hat bereits ihren Anfang genommen. Die Sprache, welche die „Verf. Pol. Nachr.“, „Verf. Neueste Nachr.“, „Kreuz-Ztg.“, „Deutsche Post“, „Post“ u. s. w. führen, klingt schon so, als hätte man das Bedauern über den Tod der Kaiserin selbst bereits hinter sich und als wäre das Ereignis ihnen ein „gesundenes Fressen“, um endlich gegen die verhasste Arbeiterbewegung vernichtende Schläge auszuheilen. Der ganze Chorus der reaktionären Presse ruft nach neuen Zwangsgeetzen gegen den „Umsturz“. Die Sozialdemokratie wird in gemeinster Weise verurteilt. Sie wird als Willkürbruder des Anarchismus hingestellt, sie soll gewissermaßen mit verantwortlich gemacht werden auch für die Unthat des Italiensers Luckeni.

Wie wir über dieses Verbrechen denken, haben wir an anderer Stelle dargelegt. Aber Organen wie „Kreuz-Ztg.“ und „Post“, sie sollten sich besonders hüten, uns der Vorüberleistung irgend welcher derartiger wahnwitziger Unternehmungen zu beschuldigen. Der „Anarchismus“ im Sinne der Apostel der „Propaganda der That“ ist ein Element, das ihnen wesentlich näher liegt, als uns. Sie sind diejenigen, welche denselben Köhlerglauben an die mechanische Gewalt hegen, wie die Individuen, die mit Bombe und Stilet die Geschichte vorwärts treiben zu können vermeinen. Nur mit dem Unterschied, daß sie — die Herren Anarchisten des Kapitals und der Ausbeutung — mit Gewalt und Zwangsgegebung das Rad der Geschichte rückwärts drehen möchten.

Einige dieser Herren Anarchisten von oben scheinen auch gar nicht zu wissen, daß auch die Schweiz sehr strenge Gesetze gegen jede anarchistische Aeußerung besitzt. So besagt das Gesetz von 1894 im Artikel 4:

„Wer in der Absicht, Schrecken zu verbreiten oder die allgemeine Sicherheit zu erschüttern, zu Verbrechen gegen die Sicherheit von Personen oder Sachen anzuregen oder Anleitung giebt, wird mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten oder mit Zuchthaus bestraft.“

Derartige Gesetze könnten jedoch nicht verhindern, daß ein einzelnes Individuum auf seine Faust ein Attentat begeht, ebenso wenig wie das Strafgesetzbuch bisher das Vorkommen von Vergehen und Verbrechen aller Art zu verhindern wußte.

Eine besondere Bemerkung haben wir gegen die „National-Zeitung“ zu machen. Dieses Blatt, welches sich im übrigen ganz verständig gegen Zwangsgeetze wendet, behauptet, die deutsche Sozialdemokratie habe „durch eine frivole und herausfordernde Beurtheilung des Attentats gegen Carnot die sog. Umstürzvorlage provoziert“. Wir weisen diese durchaus unrichtige Behauptung zurück und brauchen — statt vielen — nur ein Zitat aus unserem Blatte beizubringen, um die Freigiebt der Aeußerung der „National-Zeitung“ zu beweisen. Wir schreiben in Nr. 150 vom 1. Juli 1894:

- Die Ermordung Carnot's hat zur Folge gehabt:
1. die Anknüpfung einer internationalen Anarchistenhag, deren Spitze sich gegen alle sozialistischen und demokratischen Strebungen richtet;
 2. eine an mittelalterliche Zeiten erinnernde Fremdenhag in Frankreich;
 3. die Erhebung des politisch farblosen Präsidenten Carnot durch Verrier, den grimmigsten Sozialistenfeind in Frankreich.

Und alle diese Wirkungen müßten von jedem halbwegs denkfähigen Menschen vorausgesehen werden. Wir haben den Beweiskraft der sogenannten „Propaganda der That“ schon hundertmal gesagt, daß ihr Treiben derartige Früchte zeitigen muß, und nur denjenigen näher kann, die das Vergnügen des angeblich von den Männern der „Propaganda der That“ Gewollten erstehen.

Wir haben weiter vorausgesetzt und wiederholen es, daß ein fortgesetztes Anknüpfen der „Propaganda der That“ die Volksmassen so weit bringt, daß sie — nicht eine Revolution machen, sondern jeden der Propaganda der That Verdächtigen auf der Straße todtzuschlagen wie einen tollen Hund. Wenn nicht diesmal durch den Zufall, daß der Mörder Carnot's ein Italiener ist, die Volkswuth momentan in eine andere Richtung gelenkt worden wäre, hätten die letzten Tage manchem „Anarchisten“ böse Stunden gebracht und ihm die Nothwendigkeit des Polizeischutzes am eigenen Leibe demonstrieren.

Als politische Handlung aufgefacht, ist die Ermordung Carnot's genau so sinnlos wie die Thaten Marat's, Vailant's und Henry's.

Und sollte es sich nicht schließlich doch noch herausstellen, daß der Dolchstoß von Lion eine Revanche für Auguste Mortes war, so können wir den Urheber der That nur mit jenen Männern zusammenstellen und müssen ihm die geistige Zurechnungsfähigkeit absprechen. Die Ueberzeugung, daß wir es hier nicht mit einer politischen Verirrung, sondern mit einer geistigen Krankheit und einer Nervenepidemie zu thun haben, bringt delirant in immer weitere Kreise. Und sogar ein Blatt wie die ergonervative Londoner „Times“ ist zu der Erkenntnis gelangt, daß das Messer der Gattin die geistige Krankheit gegenüber ohnmächtig ist. Und das vornehmste Cityblatt warnt davor, in der Person Santos einen neuen Märtyrer zu schaffen.

Die sozialdemokratische Presse des Auslandes behandelt das tragische Ende der Kaiserin Elisabeth in dem gleichen Sinne wie wir. Insbesondere wollen wir eine Auslassung der Wiener „Arbeiterzeitung“, des Zentralorgans der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich, mittheilen. Dieselbe schreibt:

Kaiserin Elisabeth von Oesterreich ist gestern ermordet worden. Das Geschehniß ist ebenso unbegreiflich wie tragisch. Diese Frau hat in ihrem ganzen Leben, so weit man es kennen kann, niemandem ein Leid zugefügt. Sie stand der Politik fern, und sie ist weder im Bösen noch im Guten verantwortlich für die Schicksale des Landes. Schönheit und Anmuth war ihre Jugend, und im Alter wußte sie ihr schweres Unglück mit Würde zu tragen und sich trotz langer Krankheit zu ungewöhnlicher Höhe geistigen Genießens zu erheben. Ungewöhnlich war sie zu allen Zeiten, es war etwas Kleinsterisches in ihr, und die Welt hat sie nie recht gemocht. Es ist ein reiches, bewegtes Leben, das da fern der Heimath jah sein Ende fand, aber ein ausschließlich persönliches Leben in jedem Sinne. Niemand wird sich dem tiefen Eindruck so tragischen Menschenschicksals entziehen können, mag sein Träger im Glanz proletarischer Epikur oder im Glanz einer Kaiserkrone leben. Zurückbar muß der Schlag den Kaiser treffen, der den Sohn verloren und nun an der Waise der Frau steht, die sein Leid mit ihm getragen hat.

Wenn es sich bestätigen sollte, was offiziell gemeldet wird, daß es ein italienischer Anarchist ist, der den rachsüchtigen, feigen Mord an der alten, kranken, wehrlosen Frau begangen hat, so steht man vor einem Akt verbrecherischen Wahnsinns. Was immer der Mann zu rächen hatte, Kaiserin Elisabeth war kein Ziel für seine Rache. Er hat den geistlichen Boden der Schweiz mit unschuldigem Blute besetzt und der Sache, der er zu dienen wähnt, unheilvollen Schaden zugefügt. Der Wahnsinn des Einzelnen wird seiner ganzen Seite zur Last gelegt werden, und seine Bestialität wird ein willkommener Vorwand für die Bestien sein, die an dem Blutbad, das sie unter den Proletariaten Mailands angerichtet haben, noch lange nicht genug haben. So offensichtlich wahr es ist, daß die italienischen Sozialisten, mit denen die blutigeren Kriegsgesetze die Kerker füllen, mit den Anarchisten, mögen sie Theoretiker oder Terroristen sein, nicht das

mindeste zu thun haben, ja deren bitterste und erfolgreichste Gegner sind, diese Wahrheit wird niehergebeult werden von den fanatischen Feinden des italienischen Proletariats, und wir fürchten sehr, daß seine zellaren und edlen Vorläufer, die zum theil als Flüchtlinge in der Schweiz leben, die unheilvolle That werden bitter büßen müssen. So ist jene ungeheuerliche Noththat ein dreifaches Verbrechen und empört gleichmäßig menschliches Empfinden und menschliche Vernunft.

Wie unsere französischen Parteigenossen über das Attentat denken, zeigt folgende Notiz aus der Feder Jaurès' in der „Petit République“:

Das Attentat gegen die Kaiserin von Oesterreich ist ebenso unverständlich als verdammenstwerth. Sie hat nie einen Antheil genommen an irgend einer politischen Aktion, sodah man vergebens nach den Motiven des Mörders sucht. Es ist möglich, daß man es hier mit dem überreizten Gehirn eines italienischen Emigranten zu thun hat, der gestillt ist vor der dort herrschenden Gewaltthätigkeit. Die italienische Regierung hat in den Straßen Mailands durch ihre Soldaten Hunderte und Aberhunderte hingestreckt; gegen Republikaner und Sozialisten sind die schwersten Strafen verhängt worden, und viele arme Teufel haben sich außer Landes geschickt, geplagt vom Hunger und erlittet vom Schreden.

Das verbrecherische und stumme Attentat ist ohne Zweifel die Antwort auf jene Brutalitäten in Italien. Es scheint, daß die Regierungen glauben, genug gethan zu haben, wenn sie die ihnen Unbequemen außer Landes jagen, anstatt zu bedenken, daß sie damit das Uebel nur örtlich verlegen und dabei verschlimmern. Gerade Italien hat seit Jahren alle anarchistischen Mörder geliefert, nicht trotzdem, sondern weil dort die krasse Reaction und der Schrecken regiert.

Wie die europäische Reaction abermals versuchen, aus dem nichtswürdigen Verbrechen, das sie selber zum großen Theil verschuldete, Kapital zu schlagen?

Wird die Schweiz, die Höher der Zufluchtsort war für die politisch Verfolgten, wird sie durch das bedauerliche Attentat veranlaßt werden, ihrer Tradition untreu zu werden? Bald werden wir es erfahren. Aber wir sprechen den heftigsten Wunsch aus, möge die Zivilisation sich nicht durch den Wahnsinn des Mörders zurücktreiben lassen zu den brutalen Schredmitteln einer finsternen Zeit. Und wir hoffen, daß die Schweizer Demokraten ihr kaltes Blut bewahren und die Rathschläge der Reaction, die ihnen ohne Zweifel erteilt werden, zurückweisen.

Ausstellungen gegen italienische Arbeiter, das ist der erste Erfolg der anarchistischen That. Aus Laibach wird gemeldet: Hier fanden Demonstrationen gegen die bei den Wänten beschäftigten italienischen Arbeiter statt. Die Italiener wurden von den slowenischen Arbeitern gepöbeln. Mehrere Vandalereien haben infolge davon ihre italienischen Arbeiter entlassen.

Rechtliches wird aus Triest vom 12. September berichtet: Gestern Abend zogen Gruppen von Personen, zumeist junge Leute, vor das Politeama Rosetti und andere Vergnügungsorte, um die Einstellung der Konzerte und Vergnügungen zu veranlassen. Später kam es zu Ausschreitungen vor den Vereinslokalen der Italiener. Man warf mit Steinen nach dem Gebäude des italienischen Turnvereins; die Turner erwiderten hierauf gleichfalls mit Steinwürfen. 33 Personen wurden verhaftet. Die Polizei hatte Mühe, die immer neuen Ansammlungen zu zerstreuen. Um 1/2 Uhr nachts war wieder Ruhe.

Gerüchte verschiedenster Art zirkuliren jetzt, man will überall Attentate sehen und die Sensationspresse hilft wacker mit. So wird aus Antwerpen telegraphirt: Der Amsterdamer Korrespondent des Blattes „Metropole“ befragt die vorher schon demontirte Meldung von einem Attentat gegen die Königin Wilhelmina. Der Korrespondent will die Bestätigung durch den Grafen Limburg-Stratum erhalten haben, dessen Gemahlin durch den Anarchisten verwundet worden sein soll. Das Attentat soll nach der Auskunft der Königin stattgefunden haben. Der Attentäter hat, wie der Korrespondent wissen will, drei Revolverkugeln abgegeben und ist unerkannt entkommen. Ein Schuß verwundete die Gräfin Limburg-Stratum. Die Königin hat ihre Kalibrität nicht verloren, sie ähnete, man müsse das Attentat geheim halten, damit die Feierlichkeiten anläßlich des Regierungsantritts der Königin nicht gestört würden.

Der Völkseifer „Soir“ meldet aus London, es sei ein Komplott entdeckt worden, welches gegen die Königinnen von England und Holland und gegen den Jaren gerichtet gewesen sei. Das Komplott sei jedoch gescheitert, weil angeblich ein deutscher Anarchist, namens Berner, die Sache verrathen haben soll.

Wir registriren diese Meldungen, ohne ihnen aber irgend welchen Glauben zu schenken.

Kriegerisches vom „Friedensjaren“. Aus Warschau wird Lemberger Blättern telegraphirt, daß an den russischen Grenzmann über 120 000 Mann theilnehmen. Die Truppen sind in eine Nordarmee und in eine Südbarmee getheilt. Den Mittelpunkt der Operationen bildet die Stadt Zschow. Die Nordarmee hat die Aufgabe, diese Stadt einzunehmen und die Wege nach Galizien zu okkupiren. Der bisherige Verlauf der Uebungen soll namentlich bezüglich der Artillerie, einen sehr bedeutenden Fortschritt aufweisen.

Die Umbewaffnung der russischen Feldartillerie soll in kürzester Zeit durchgeführt werden. Die „Nowoje Wrenja“ weist bei diesem Anlaß darauf hin, daß ausländische Fabriken, hauptsächlich preussische, mit den Lieferungen beauftragt wurden, weil die einheimischen zu wenig leisten, um die Arbeiten rechtzeitig fertigzustellen. Infolge dessen wandere das russische Geld in ausländische Taschen. Man müsse sich wohl oder übel hiermit abfinden, weil es undenkbar sei, so schnell neue Fabriken zu schaffen. Man sei aber verpflichtet, nachzudenken, wie in Zukunft diese höchst unliebsame Erscheinung vermieden werden könne.

Demnach wird man auch in Zukunft hunderte Millionen für Kriegsmaterial in Rußland verbrauchen.

Auch die russisch-französischen Waffenbrüderschaft spielt in den Tagen der Friedensumgebung ihre Rolle weiter. Aus Domptierre sur Vesdre wird telegraphirt:

Bei einem Banket zu Ehren der fremdländischen Offiziere, welche den Wandern an der Loire bewohnen, brachte General Regier einen Toast auf die vertretenen Regierungen aus und ließ die Militärbevollmächtigten willkommen. General Baron Fredericks, der russische Militärbevollmächtigte, trank als Dohner auf die schöne französische Armee und deren hervorragende Führer. General Regier erwiderte, er sei von diesem Toast um so mehr gerührt, weil Baron Fredericks jene große Nation vertrete, welche Frankreich theuer sei und weil alles, was von Rußland kommt, den Franzosen zu Herzen gehe.

Deutsches Reich.

Militärvorlage. Für die geplanten neuen Heeresveränderungen nehmen, wie man der „Kreuz-Ztg.“ aus Berlin schreibt, alle Vorbereitungen ihren ungestörten Fortgang. Alles deutet darauf hin, daß dem neuen Reichstage die angelegentlichste große Militärvorlage alsbald zugehen und der neue Ministerrat jede der in Aussicht genommenen Mehrforderungen enthalten werde.

Der 24. deutsche Juristentag ist unter zahlreicher Theilnahme von deutschen, deutsch-österreichischen und schweizerischen Juristen gestern in Polen zusammengetreten.

In der Lippe'schen Kaiserbriefsache sollen der „Militärpol. Korresp.“ zufolge die deutschen Bundesfürsten der Beschwerde des Regenten von Lippe keinerlei Folge gegeben haben.

Schritte in der Lehrerausbildung. Die auf Herabsetzung der Lehrziele in den Lehrer-Bildungsanstalten gerichteten Bestrebungen des Kultusministeriums, die unter Herrn v. Schöler begonnen haben und unter dem jetzigen Minister in verstärkter Maße fortgesetzt werden, scheinen, wie die „Post-Ztg.“ feststellt, sich bereits fühlbar zu machen. In dem Jahresbericht des Gewerbevereins für Nassau — der Verein unterhält 81 gewerbliche Fortbildungsschulen mit 2209 Schülern — wird lebhaft darüber geklagt, daß es schwierig sei, die Lehrkräfte zur Erheilung des Zeichenunterrichts zu beschaffen. Insbesondere wird bemerkt, daß der Mangel an geeigneten Lehrern in 6—8 Jahren besonders fühlbar werden dürfte, da der Unterricht im konstruktiven Zeichnen in den Seminaren nicht mehr erteilt werde. Der am 1. April d. J. in den westfälischen Präparandenanstalten eingeführte Lehrplan setzt für den Zeichenunterricht nun gar in allen drei Klassen nur eine Stunde wöchentlich an und bestimmt ein Lehrziel, das selbst in den Volksschulen überschritten wird. Die dem Zeichenunterrichte entzogenen Stunden sind dem Katechismus-Unterrichte zugelegt worden.

Die Fideikommissionen in Preußen Ende 1897. Die „Stat. Corr.“ schreibt: Am Ende des Jahres 1896 waren in ganzen preussischen Staate Fideikommissionen mit einem Gesamtumfang von 2 131 796 Hektar, d. h. 6,12 Hunderttheilen der Gesamtfläche des Staates, mit 26 148 180 M. Grundsteuerertrag, d. h. 5,74 pCt. des Gesamtsummes Grundsteuerertrages vorhanden. Im Jahre 1897 wurden neun neue Fideikommissionen, nämlich drei in Schlesien, je zwei in Westfalen und Hessen-Nassau, je eins in Posen und Sachsen, mit einer Gesamtfläche von 9 480 Hektar und einem Grundsteuerertrag von 127 218 M. errichtet; dazu kamen 35 Erweiterungen bestehender Fideikommissionen, so daß sich ein gesamtter Zugang von 9 823 Hektar mit 138 878 M. Grundsteuerertrag ergab. Demgegenüber ist der gesammte Abgang 501 Hektar mit 17 701 M. Grundsteuerertrag, so daß der Mehrzuwachs sich auf 9 321 Hektar mit 120 678 M. beziffert. Im ganzen liegt also die Fläche der preussischen Fideikommissionen auf 2 141 040 Hektar, d. h. von 6,12 auf 6,15 pCt. der Staatsfläche, und auf 26 280 335 M. Steuerertrag, d. h. von 5,74 auf 5,87 pCt.

Die Wäldungen der Fideikommissionen bedecken 902 088 Hektar (im Vorjahre 957 308 Hektar), d. h. 2,76 (2,75) pCt. der Gesamtfläche des Staates und 11,74 (11,69) v. H. seiner Waldfläche, sowie 44,92 (44,91) v. H. der fideikommissionarisch gebundenen Fläche.

Die Einfuhr und Durchfuhr von Kleinvieh aus der Schweiz sollen auf Eruchen des Reichsanwalters die f d e u t s c h e n Regierungen vom 15. September ab verboten. Als Grund wird namentlich wieder die Maul- und Klauenseuche angeführt, die von den südlichen Kantonen des Nachbarlandes immer mehr nach Norden vorgebrungen sei und nach dem eigenen Zugeständniß der schweizerischen Behörden Anfang August 17 041 Stück Großvieh und 10 398 Stück Kleinvieh ergriffen habe.

Schweine, mit Ausnahme von Spanferkeln, und Schafe kommen aus der Schweiz nicht auf den deutschen Markt. Schlachtrinder nur in geringen Mengen. Diesmal werden also von der Maßregel die schweizerischen und effässischen Landwirthe selber mit betroffen. Die Rindvieh- und Zuchtziegen aus der Schweiz brauchen. Man scheint daher auch mit Ausnahmen freigelegiger sein zu wollen; unter bestimmten Vorbedingen darf Zuchtvieh weiter herein, wenn der Nachweis der landwirtschaftlichen Verwendung und Zweckbestimmung geführt wird. Die Gefährlichkeit einer Seuche mißt sich offenbar in den Augen unserer Regierung nach der Unannehmlichkeit der Konkurrenz, die dem deutschen Aqarier bereitet wird.

Schlachtrinder dürfen nunmehr nur noch an bestimmten Einfuhrpunkten aus Oesterreich und aus Dänemark über unsere Grenzen, aus Dänemark auch nur nach vorheriger Quarantäne und Tuberkulose-Prüfung, gegen welche die Fleischer an unserer Nordküste und in unseren Hafenstädten immer wieder vergeblich in Beschüssen und Eingaben sich wenden. Der deutsche Konsument wird sich demnach auf eine lange Periode der Fleischtheuerung einrichten müssen.

Trichinosis und amerikanisches Schweinefleisch. Im Juli dieses Jahres veröffentlichte der Verein zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des deutschen Handels und der Industrie von Fleisch und Fettswaren:

1. daß in Preußen 41 pCt. aller Erkrankungen an Trichinosis während der letzten 15 Jahre auf den Genuß von hier geschlachtetem und trichinenfrei befundenem Schweinefleisch zurückzuführen seien;
2. daß die übrigen Fälle auch durch hier geschlachtetes aber zum theil nicht untersuchtes, zum Theil untersuchtes und trichinosis befundenes, aber dennoch in den Verkehr gebrachtes Schweinefleisch verursacht worden seien;
3. daß in den 15 Jahren kein einziger Fall auf amerikanisches Fleisch zurückzuführen werden konnte.

Von gewisser Seite sind diese Behauptungen in ganz charakteristischer Weise wiedergegeben worden; wir finden in gewissen Zeitungen: „Neuere Untersuchungen haben ergeben, daß von sämtlichen infolge des Genußes trichinosis Fleischs vorgekommenen Erkrankungen die Hälfte auf amerikanisches Schweinefleisch zurückzuführen ist. Da nun die in betracht kommenden Fleischwaren zu 1/3 aus Amerika und 2/3 aus Europa stammen, so erhebt sich die Gefahr bei amerikanischem Fleisch 80 mal größer ist als bei europäischem.“

Verichtigungen dieser offensibaren Fälschung sind von den betreffenden Zeitungen nicht aufgenommen worden, so daß schließlich die Meldung auch in unparteiische Blätter Eingang fand.

Unter diesen Umständen ersuchte eine der ersten deutschen Importfirmen die amerikanische Verkaufsstelle in Berlin um öffentliche Zurückweisung der obigen Verleumdungen.

Hierauf erwiderte der wissenschaftliche Attaché der Botschaft, Dr. Stiles, indem er anheimgab, von seinen Mittheilungen beliebigen Gebrauch zu machen:

1. Daß die Mittheilungen der betreffenden Zeitungen in Widerspruch ständen mit sämtlichen ärztlichen und wissenschaftlichen Autoritäten sowie mit den Aufzeichnungen aller deutschen Medizinalbehörden.

2. Daß die mehrlinigen Statistiken Deutschlands, aufgestellt nach den Veröffentlichungen des kaiserl. Gesundheitsamtes, des Landes-Medizinalkollegiums des Königlich-sächsischen, Vierteljahrsschrift für gerichtliche Medizin und die Generalberichte der verschiedenen Regierungen, Landes- und Bezirks-Medizinalbehörden für die Zeit von 1888—1897 an Erkrankungen an Trichinosis 4667 Fälle nachweisen, welche sämtlich auf den Genuß von europäischem Schweinefleisch haben zurückzuführen werden können, während nicht eine einzige Uebertragung von Trichinosis durch amerikanisches Fleisch nachgewiesen werden konnte.

Nachdem hierdurch auch von amtlicher Seite bestätigt ist, daß amerikanisches Schweinefleisch keine Erkrankung an Trichinosis in Deutschland verursacht hat, dürfte die Frage der Trichinosegefahr, von welcher gerade in den letzten Monaten soviel geschrieben wird, genügend aufgelärt sein.

Die badischen Städte gegen die Fleischtheuerung. Aus Karlsruhe wird der „Frankf. Zeitung“ gemeldet: Der Stadtrath beschloß, mit Rücksicht auf die durch die Absperrung der Grenze gegen die Vieheinfuhr eingetretene, nicht unbedeutende Steigerung der Fleischpreise in Gemeinschaft mit den übrigen, der Städte-Ordnung unterstehenden Städten Schritte zu thun, die auf die Befreiung oder wenigstens Milderung der Einfuhrverbote hingen.

Byritz, 12. September. Im Wahlkreise Byritz-Sachig wurden bei der Reichstags-Errichtung 12 819 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Freiherrn von Wangenheim (konservativ) 7067 Stimmen, auf Hünje (liberal) 4456, auf Appel (Soz.) 1293 Stimmen. Zerplittert 33 Stimmen. Freiherr von Wangenheim ist somit gewählt.

Bei der letzten Wahl fielen auf Konservative (2733) und Bündler (8043) zusammen 10 776 Stimmen; bei der Nachwahl

vorher somit der gemeinsame Kandidat des Bundes der Landwirthe und der Konterwahlen 3790 Stimmen. Die Liberalen hatten bei der Hauptwahl überhaupt keinen Kandidaten aufgestellt, sie haben somit einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Von unserer Seite war keine erhebliche Anstrengung gemacht worden, da eine Aussicht auf einen Erfolg nicht vorhanden war und das Bedürfnis nach Agitation durch die Hauptwahl befriedigt ist. Dies erklärt, daß unsere Stimmen von 2545 auf 1203 zurückgingen. —

Oesterreich.

Kemberg, 9. September. Die über den Reichstags-Abgeordneten J. a. v. d. verhängte Internirung in seinem Aufenthaltsorte wurde aufgehoben. —

Schweiz.

Lugano, 11. September. („Frankf. Hg.“) Die hier sich aufhaltenden italienischen sozialistischen Flüchtlinge hielten heute Abend eine Parteiverammlung ab und beschloffen eine Tagesordnung, in der sie unter Hinweis auf ihr Parteiprogramm, das Gewaltthätigkeiten und Mordthaten verurtheilt, ob sie von Hoch oder Niedrig verübt werden mögen, energisch gegen die abentheuerliche Mordthat von Genf protestiren und eine allgemeine Volkerversammlung einberufen, um ihre Prinzipien öffentlich zu diskutieren.

Frankreich.

Zur Revisionfrage. Eine Note der „Agence Havas“ vom Sonnabend besagte: Der Kriegsminister Jurlinden hat dem Justizminister Sarrien die Akten in der Dreyfus-Angelegenheit mit seiner motivirten und definitiven Ansicht übergeben. Der Ministerrath wird Montag definitiv über die zu treffende Entscheidung beschließen.

Dem „Soir“ zufolge betont der Kriegsminister Jurlinden in der dem Justizminister übergebenen Erklärung, daß er entschieden gegen die Revision des Prozesses Dreyfus sei. Sollte das Kabinett gleichwohl auf der Revision bestehen, so werde, wie der „Soir“ hinzufügt, der Kriegsminister von seinem Posten zurücktreten.

Der Marineminister Lockroy dementirt die Meldung des „Soir“, daß er zu demissioniren beabsichtigt. — In der „Aurore“ führt Clemenceau aus, Kriegsminister Jurlinden sei gegen die Revision des Dreyfus-Prozesses, weil er gerichtliche Folgen für die Generale Mercier und Voisdeffre und ihre Untergebenen fürchte. Ministerpräsident Brisson, welcher wisse, daß die Hauptsache wie sie liegt beim Präsidenten Faure liegen, müsse das Kriegsportefeuille übernehmen und die Manipulationen gegen die Gerechtigkeit und die Wahrheit bloßlegen. —

Paris, 11. September. (Hf. Ver.) Die Situation ist augenblicklich nicht minder verworren, wie vor acht Tagen, am Vorabend der Demission Cavagnac's. Als General Jurlinden das Kriegsministerium übernahm, galt seine Zustimmung zur Revision des Dreyfus-Prozesses als selbstverständlich. Einen anderen Sinn konnte sein Eintritt ins Kabinett gar nicht haben, nachdem Cavagnac gerade wegen seiner Revisionsfeindschaft zur Demission gezwungen worden war. Nun aber muß man aus dem ganzen Gebahren Jurlinden's schließen, daß er nach Einsichtnahme von den Dreyfus-Akten sich gegen die Revision ausgesprochen hat. Heute findet man diese Nachricht nicht nur in den Generalstabblättern, die schon seit mehreren Tagen Jurlinden's Demission triumphirend ankündigen, sondern auch in unparteiischen und zuverlässigen Blättern, wie dem „Matin“.

Auf all' die umherfliegenden Gerüchte einzugehen, ist desto unnöthiger, als im morgenden Ministerrath die Frage endgültig entschieden werden wird. Zur Beleuchtung der Situation mag aber mitgetheilt werden, unter welchen Bedingungen Jurlinden die Dreyfus-Akten studirte. Seine Begleiter waren dabei, so toll sich das ausnimmt, dieselben Leute, die Cavagnac die Fälschungen Henry's aufgebunden und garantirt haben. Unter dem verdrehten Äußerung des Generalstabs fehlten nur der gefühlsordere Henry und der zurückgetretene Generalstabschef de Voisdeffre. Sonst blieben alle ehrenwerthen Mitarbeiter Henry's in den alten Kammern, während de Voisdeffre noch unter Cavagnac durch den General Renouard ersetzt wurde, der zur Zeit des Dreyfus-Prozesses de Voisdeffre's Unterchef war. Jurlinden konstituirte nicht einmal ein neues „militärisches Kabinett“, wie das bei jedem Ministerwechsel üblich ist. Er arbeitete einfach mit den Kreaturen Cavagnac's fort. Daß schließlich der neue Kriegsminister nicht daran dachte, den Rath Picquet's einzuziehen, den Rath des Wärmes, der aufs gründlichste die Dreyfus-Akten kennt und mit klarem Auge die Fälschung Henry's durchschaut hatte — das ist selbstverständlich.

Die Folge von alledem war, daß die Kriegsministerellen Bureau, vor allem die Fälscherbande des Informationsbureaus die ganze Woche hindurch in der chaotisch-antifemistischen Presse lauthin dranschwärmte, als ob Henry keine Geständnisse gemacht und nicht geselbstmordet worden wäre. Jetzt scheint die Wunde ihren Zweck erreicht zu haben. Der Rücktritt Jurlinden's ist ihre letzte, und wie sie vermeint, sicherste Chance.

Doch darin dürfte sich die Bande noch gründlicher irren, wie in ihren früheren verdrehten Umtrieben. Jeder nachsehende Mensch wird mit Clemenceau und Gerault Richard aus dem eventuellen Rücktritt Jurlinden's einfach den Schluß ziehen, daß eine Kränze der anderen die Augen nicht ausmacht, daß Jurlinden in den Dreyfus-Akten nicht etwa „unwiderlegliche“ Beweise für die Schuld des Verurtheilten entdeckt hat, sondern vielmehr Beweise für die Zusammenhänge des Generalstabs, Beweise, welche bei einer öffentlichen Revision des Dreyfus-Prozesses die weitere Straflosigkeit der hochgestellten Verbrecher unmöglich machen würden.

Es ist wohl kaum daran zu zweifeln, daß der Rücktritt Jurlinden's an der Unvermeidlichkeit der Revision nichts ändern wird. Dem „Matin“ zufolge denkt Brisson daran, eventuell selber das Kriegsministerium zu übernehmen. Er hätte das gleich nach Cavagnac's Demission thun sollen, anstatt die Diktatur der Fälscherbande um eine weitere Woche zu verlängern.

Was die gesetzliche Seite der Revision betrifft, so hat eigentlich der Kriegsminister gar nichts dreinzureden. Der klare Vorwurf des Gesetzes zufolge liegt die Initiative zur Revision im Dreyfus-Falle ausschließlich dem Justizminister zu und die endgültige Beschlußfassung dem Kassationshofe. Letzterer Umstand ist denn auch für die Fälscherbande im höchsten Grade bedrohlich. Denn der Kassationshof hat bisher in der Angelegenheit, im Gegensatz zu den übrigen Justizorganen, eine wirkliche, sich ausschließlich an das Gesetz haltende Unparteilichkeit gezeigt. Dazu hat der oberste Gerichtshof das Recht, eine allseitige Untersuchung mit allen Vollmachten eines Untersuchungsrichters anzuordnen und seinen Beschluß sachlich zu begründen. Mit anderen Worten verharret der oberste Gerichtshof in seiner unabhängigen Haltung, so würde sein revisionsfreundlicher Beschluß zugleich die Insanzen des Justizmörders Äußerung ausbeden und das Urtheil im neuen Dreyfus-Prozess gewissermaßen vorbestimmen. Daher die schlotternde Angst des Generalstabs vor der Einleitung der Revision.

Paris, 12. September. Das Justizpolizei lehnte die vorläufige Haftentlassung Picquet's ab.

Spanien.

Madrid, 11. September. Die republikanischen, karlistischen und dissidenten konservativen Abgeordneten haben gemeinsam ein Manifest angenommen, in welchem mit heftigen Ausdrücken dagegen protestirt wird, daß hinter geschlossenen Thüren über das Friedensprotokoll verhandelt werde.

Senat. Fabre meint, die Regierung befände sich in einem Dilemma, entweder das Friedensprotokoll anzunehmen oder den Krieg von neuem zu beginnen. (Er wird zur Ordnung gerufen.) Der Finanzminister erklärt, über das Friedensprotokoll könne nicht öffentlich verhandelt werden. Die Tribünen werden geräumt, die Sitzung wird bei geschlossenen Thüren fortgesetzt. Schließlich nahm der Senat das Friedensprotokoll durch Aufstehen und Eigenbleiben an.

Die endgültige Abstimmung im Senate über den Gesetzentwurf betreffend die Annahme des Friedensprotokolls wird in einer öffentlichen Sitzung stattfinden. Denn ein Senator beantragte, daß, wenn die Sitzung keine öffentliche wäre, die Abstimmung eine namentliche sein solle.

Deputirtenkammer. Ein Deputirter beantragte die Abschaffung der Ministerien der Marine und der Kolonien, da sie unnötig seien. Cassel verlas das Manifest des Generals Polawieja. —

Türkei.

Ueber die Situation auf Kreta berichten folgende Depeschen: **Kanea, 10. September.** Die englischen Behörden klagen die türkischen Truppen in Kandia an, auf sie geschossen zu haben. Der türkische Befehlshaber hat daraufhin den englischen Kommandanten gebeten, eine gemischte Kommission einzusetzen zur Durchführung einer strengen Untersuchung. Die angetroffenen Verhältnisse in der Angabe der Zahl der in Kandia getödteten Christen sind eine Folge der verschiedenen Schätzungen der Stärke der christlichen Bevölkerung. Der Gouverneur giebt die Zahl der christlichen Einwohner auf 450 an, und der englische Konsul behauptet, während der Unruhen seien 1000 Christen in der Stadt gewesen, von denen 350 auf die Schiffe flüchteten. Die Wahrheit wird sich erst feststellen lassen, nachdem die verlangte genaue Liste der Einwohnerzahl angefertigt worden ist.

Wien, 11. September. Das Telegraphen-Korrespondenz-Bureau meldet aus Kanea: Zwei englische Kriegsdampfer sind vor Kandia angekommen. 300 Engländer und ein Bataillon Russen wurden ausgeschifft. In Kanea herrscht Ruhe.

London, 11. September. Wie der „Standard“ vom gestrigen Tage aus Kandia meldet, haben die Admirale an ihre Regierungen identische Telegramme gerichtet, in denen sie dringend die sofortige Ausweisung der 15 000 Paschibozuks aus Kandia, die Abberufung der türkischen Truppen und Behörden sowie die Ernennung eines Generalgouverneurs nachsuchen.

Kanea, 11. September. (Meldung der „Agence Havas“.) Das Eingeborenenkomitee erklärt den Admiralen gegenüber, es werde trotz der energichsten Anstrengungen schwierig sein, der Erregung der Bevölkerung Herr zu werden. Die Christen weisen jede unvollständige Lösung der Frage zurück und wollen endgültig mit der Regierung brechen.

Konstantinopel, 12. September. (Meld. des Wiener I. I. Telegr.-Bureau.) Es bestätigt sich, daß Edhem Pascha, der Untergouverneur von Kandia, den Belagerungszustand verkündete. Es sind gegen 100 Musahmedaner verhaftet worden. —

Asien.

Aus Manila melden die „Times“, die Aufständischen haben fast die ganze Insel Luzon in ihre Gewalt gebracht; die ganze Insel, mit Ausnahme von Manila, Cavite und einem kleinen Theile der Provinz Albay, wird von ihnen verwaltet. Die Aufständischen haben sich großer Mengen Waffen und Munition bemächtigt. —

In Seoul ist ein Vertrag unterzeichnet worden betreffend den Bau der Seoul-Jusan-Eisenbahn durch die Japaner. —

Amerika.

Valparaiso, 10. September. Der Präsident der chilenischen Republik unterzeichnete heute ein Dekret, welches 50 000 Mann zu den Waffen einberuft und erklärt, daß die gegenwärtig in der Erhebung begriffenen 30 000 Mann nicht zu entlassen sind. —

Kampf um das Koalitionsrecht!

Wie stellt sich unsere Partei zu den Streiks?

Von jeher hat die Sozialdemokratie den Streik nur als ein nothwendiges Uebel betrachtet, als ein Mittel, das nur dann angewendet werden soll, wenn der Arbeiter auf keine andere Weise die Verbesserung seiner Lage erreichen kann. Ebenso ist es ständiger Brauch in unserer Presse, die Arbeiter auf die Nothhilfe hinzuweisen, die sie sich bereiten, wenn sie beim Streik gegen den § 153 der Gewerbe-Ordnung verstoßen. Wir dürfen behaupten: Wenn es keine sozialdemokratische Partei und keine Gewerkschaften gäbe, die Lohnbewegungen der deutschen Arbeiter würden auch nicht entfernt so ruhig verlaufen als jetzt, wo die Zahl der wirklichen Verfehlungen gegen die Gesetze zur Zahl der an den Streiks beteiligten Arbeiter thatsächlich in einem völlig verschwindenden Verhältniß steht.

Der sozialdemokratische Parteitag in Halle a. S., abgehalten im Jahre 1880, äußerte sich über den Streik in folgender, von Alois aus Stuttgart beantragten Resolution:

Der Parteitag erklärt:

Unter den heutigen ökonomischen Verhältnissen und bei dem Bestehen der herrschenden Klassen, die politischen Rechte und die wirtschaftliche Lage der Arbeiter immer tiefer herabzurücken, sind Streiks wie auch Boykotts eine unumgängliche Waffe für die Arbeiterklasse: einmal, um die auf ihre materielle oder politische Schädigung gerichteten Bestrebungen ihrer Gegner zurückzuweisen, dann aber auch, um ihre soziale und politische Lage nach Möglichkeit innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu verbessern.

Da aber Streiks und Boykotts zweifelhafte Waffen sind, die am unrechten Orte oder zur unrechten Zeit angewendet, die Interessen der Arbeiterklasse mehr schädigen als fördern können, empfiehlt der Parteitag den deutschen Arbeitern sorgfältige Erwägung der Umstände, unter welchen sie von diesen Waffen Gebrauch machen wollen; insbesondere betrachtet es der Parteitag als eine zwingende Nothwendigkeit, daß die Arbeiterklasse zur Führung solcher Kämpfe sich gewerkschaftlich organisiert und zwar möglichst in zentralistischen Verbänden, um sowohl durch die Wucht der Zahl, wie die Wucht der materiellen Mittel und nach sorgfältig getroffenen Erwägungen den beabsichtigten Zweck möglichst vollkommen erreichen zu können.

Der Parteitag, von diesen Auffassungen ausgehend, empfiehlt allen Parteigenossen kräftige Unterstützung der gewerkschaftlichen Bestrebungen.

Jünglich protestirt der Parteitag gegen die erneuten Versuche der Regierung und der Unternehmerklasse, den in Deutschland vorhandenen Recht des Koalitionsrechts durch die reaktionären Bestimmungen in der Novelle der Gewerbe-Ordnung vollends zu vernichten, und beauftragt die parlamentarischen Vertreter der Partei, diese Versuche mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen und dafür einzutreten, daß volle Koalitions- und Vereinigungsfreiheit, diese Grundlage für die Kämpfe der Arbeiterklasse zur Erreichung besserer Existenzbedingungen, erreicht werde.

In demselben Gedankenwege bewegen sich die auf die Streiks bezüglichen Beschlüsse aller späteren Parteitage und internationalen Arbeiterkongresse, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigten.

Wie nöthig anstatt einer Verminderung vielmehr eine Garantieung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter ist, etwa durch Anerkennung der Berufsvereine, das lehren die Uebergriffe der Unternehmervereinigungen.

Oder ist es kein Uebergriff, wenn die Unternehmervereinigungen bestimmte Arbeiter auf Jahre oder sogar dauernd aus den Betrieben aller Vereinsmitglieder ausschließen, oder wenn sie, wie gerade jetzt die Baumtischler durch ihren in Breslau gegründeten Arbeitgeberverband die Streikliste der einen Gewerkschaft mittels einer vielwöchigen Aussperrung aller Mauerer ruiniren wollen? —

Massen-Protestversammlungen gegen die „Zuchtband-Vorlage“

sind einberufen in Berlin, Leipzig, Stuttgart und anderen Orten.

In Walefeld nahm eine von circa 800 Mitgliedern der Gewerkschaften besuchte öffentliche Versammlung eine Resolution an, worin erklärt wird, daß den Arbeitern durch das angeklagte Gesetz das Koalitionsrecht, dessen Ausübung ihnen schon jetzt so schwer gemacht werde, thatsächlich genommen werden würde. —

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“

die Kernste, die am Sonnabend behaupten mußte, es schade sich nicht, über einen Gesetzentwurf zu urtheilen, bevor er veröffentlicht sei, muß am Sonntag schon selbst diesen hochweisen „Lehnsatz“ der Journalistik im Interesse der Staatssekretäre“ übertreten. Das Blatt muß nun schreiben:

„Die durch die Gewerbe-Ordnung den Arbeitern gewährleistete Koalitionsfreiheit soll selbstverständlich unangetastet bleiben. Wenn zum Beispiel Arbeitgeber die zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter erlassenen Gesetze nicht beachten, wenn sie widerrechtliche oder unbegründete Lohnkürzungen vornehmen, wird man den Arbeitern das Recht nicht verkürzen dürfen, die Fortsetzung der Arbeit abzulehnen, ebenso wie die Arbeitgeber befugt sind, tragen, unzuverlässigen oder sonst ungeeigneten Arbeitern das bestehende Arbeitsverhältnis zu kündigen. Hierbei wird es sich nicht verhindern lassen, daß zum Zweck solcher Arbeitseinstellungen vorherige Verabredungen zwischen den beteiligten Arbeitern stattfinden. Hat man den Arbeitern das Koalitionsrecht gewährt, so muß man ihnen auch die Möglichkeit lassen, von diesem Recht Gebrauch zu machen. Die Koalitionsfreiheit der Gesamtheit der Arbeiter darf aber unter keinen Umständen dazu führen, daß die persönliche Freiheit des einzelnen Arbeiters oder seiner Familie oder die persönliche Freiheit des Arbeitgebers gefährdet, beschränkt oder aufgehoben wird. Zwangsrechte darf im öffentlichen Leben nur der Staat zum besten der Gesamtheit üben; der Staat würde die Grundlage seines Daseins aufgeben, wenn er duldet, daß von irgend einer privaten Stelle ein offener oder versteckter, mittelbarer oder unmittelbarer widerrechtlicher Zwang geübt wird. Es ist aber auch fern zu erwägen, ob nicht die Arbeiterbevölkerung nachdrücklich gegen solche Personen geschützt werden muß, welche gewerksmäßig unter Vorpiegelung falscher Thatsachen die Arbeiter zur Niederlegung der Arbeit verleiten und damit vielfach unsägliches Uebel über jene Arbeiter und deren Familien herbeiführen. Wenn der Kaiser den festen Willen bekundet hat, zu veranlassen, daß diesen gemeinschaftlichen Mißbräuchen der Koalitionsfreiheit wirksamer entgegengetreten wird, so hat er sich damit den Dank aller derer verdient, welche in der persönlichen Selbstbestimmung des Individuums den Grundstein jeder bürgerlichen Freiheit erblicken. Der Kaiser hat nur die allgemeine Marschrichtung angedeutet; den geordneten Organen des Reiches liegt es ob, dieser allerhöchsten Willensmeinung gefolgt den Ausdrucks zu geben.“

Dem Grafen Posadowsky wird dieser Versuch, die Erregung über die Antikündigung von Olynthaus zu dämpfen, nicht helfen. Die „Nordd. Allg. Hg.“ ist kein Organ, dem man Glauben zu schenken Veranlassung hat, Graf Posadowsky, der den weissen Spruch im Reichstage gethan hat, daß sich zu viel Polizei in das Arbeitsverhältnis einmische und der dann die Polizei zur Verhaftung von Streikposten, zur Anfertigung von Streikstatistiken veranlaßt, der Unfragen hält, wie man möglichst viel Polizei bei Arbeitsstreitigkeiten in Thätigkeit treten lassen kann, — auch diese Autorität imponirt uns nicht. Hier uns steht fest, was der Kaiser gesagt und damit, daß Graf Posadowsky ein Diener seines Herrn ist. Das ist und bleibt der Ausgangspunkt für die Erörterungen über das Koalitionsrecht, bis der Gesetzentwurf vorliegt; daran ändern die mannigfachen Kommuniqués der offiziellen Presse nichts.

Am wenigsten Eindruck werden die offiziellen Offenbarungen machen, wenn sie von einer so stupiden Unwissenheit zeugen, wie die vorstehende Leistung der „Nordd. Allg. Hg.“, die schreibt:

„Zu erwägen ist, ob nicht die Arbeiterbevölkerung nachdrücklich gegen solche Personen geschützt werden soll, welche gewerksmäßig unter Vorpiegelung falscher Thatsachen die Arbeiter zur Niederlegung der Arbeit verleiten.“

Wenn das die einzige Sorge des hochmögenden Königs Stumm wäre, er könnte ruhig schlafen. Gäbe es solche gewerksmäßig unter Vorpiegelung falscher Thatsachen die Arbeiter zur Niederlegung der Arbeit verleitende Personen, so wäre ein Gesetz gegen dieselben nicht erforderlich. Die Arbeiter würden sich dieser Personen längst entledigt haben. Ueber die Opportunität eines Streiks zu entscheiden, ist Sache der Arbeiter selbst und nicht irgend einer außer deren Reihen stehenden Autorität, wie man sich das im Reichsamte des Innern wohl etwas zu bürokratisch vorzustellen scheint. —

Ländliche Arbeiter und Gesunde

haben nach dem gegenwärtigen Rechtszustande kein Koalitionsrecht. Trotzdem könnte der Fall eintreten, daß die ländlichen Arbeiter nach Annahme des angeklagten Justizgesetzes in der glücklichen Lage wären, eher einen Streik zu inszeniren und glücklicher durchzuführen, als die Arbeiter der Industrie. Wir kommen auf diesen Vergleich zu sprechen, da unter den letzten Kammergerichts-Entscheidungen, wie sie das preussische Verwaltungsblatt veröffentlicht, sich einige mit den Rechtsverhältnissen des Gesundes befaßt und auf Grund des § 3 des Gesetzes vom 24. April 1854 festgestellt wird, daß die Aufforderung des Gesundes oder der ländlichen Arbeiter zur Arbeitseinstellung durchaus nicht strafbar ist, sondern nur die Aufforderung derselben zur Verabredung der Arbeitseinstellung. Der ganze Fortschritt den ländlichen Arbeitern gegenüber liegt für die Arbeiter in der Industrie, also in dem Recht der Koalition, aus dem allein sich eine geordnete Führung des Lohnkampfes ergibt. Und gerade gegen die organisierte Durchführung des Lohnkampfes würde sich das geplante Gesetz richten, das diejenigen, welche zum Lohnkampfe anzureizen, mit Zuchtband bedroht. Nun ist in einer Industrie-gegend ein größerer Lohnkampf ohne vorhergehende Verabredung überhaupt ausgeschlossen. Ohne Verabredung, ohne Koalitionsrecht würde ein der Gesamtheit der in einem Gewerbe beschäftigten Arbeiter umfassender Streik nie inszenirt werden können. In der Landwirtschaft liegt dies wesentlich anders. Hier richten sich die Ausstände meist gegen den Arbeitgeber eines einzigen Gutes und hier genügt die strikte Aufforderung zur Arbeitseinstellung, um sofort den Streik beginnen zu lassen. In dieser Beziehung steht man erst, was für eine Gefahr der industriellen Arbeiterklasse mit der angeklagten Vorlage droht. Man möchte die Arbeiterschaft der Industrie noch rechtlos machen, als heute schon die ländliche Arbeiterschaft ist. —

Ausführungen bei Lohnbewegungen ohne weiteres auf das Konto der Gewerkschaften zu setzen

ist heutzutage bei unseren Gegnern Mode geworden. Wie verbreitet diese Praxis aber ist, das zeigt die Konsequenz einer solchen Handlungsweise, wollten wir den Spieß umdrehen. Es ist eine bekannte Thatsache, daß bei der Eisenbahnbeförderung von Rekruten und Reservisten, also von Personen, die unter militärischer Disziplin stehen, sehr häufig, ja fast immer Ausführungen begangen werden. In letzter Zeit hat sich die Zahl derselben so bedeutend erhöht, daß sich die Militärverwaltung veranlaßt gesehen hat, anzuordnen, die Begleitkommandos bei den zu befördernden Mannschaften für die Zukunft zu verstärken. Außerdem wurden die Eisenbahnstationen zur Unterstützung der Begleitkommandos angewiesen, die Bahnhofswirthe anzuhalten, den Mannschaften weder an den Buffets, noch an den Zügen, noch in deren Nähe geistige Getränke, insbesondere Schnaps und Bier in Flaschen, welche Getränke leicht mit in den Wagen genommen werden können, zu verkaufen. Auch auf den Verpflegungstationen sind etwaige besondere Buffets nur getrennt und etwas entfernt von den Verpflegungsgruppen zuzulassen. Auch ist dort der Verkauf von Getränken in Gläsern erst zu gestatten, wenn die Verpflegung bereits stattgefunden hat. Noch eine weitere Reihe von Anordnungen ergänzen die Mittel, mit denen man der Ausführungen Herr zu werden versucht. Ähnlich wie hier die Militärverwaltung sorgen auch die Gewerkschaftsorganisationen, soweit es in ihren Kräften steht, bei Lohnbewegungen und Ausständen für Aufrechterhaltung der Ruhe und Verhütung von Ausschreitungen. Wenn trotzdem dann und wann einmal eine solche vorkommt, ist man da berechtigt, diese dann ohne weiteres den Organisationen in die Schuhe zu schieben, die doch alles aufbieten, daß bei Verfolgung des erlaubten und berechtigten Zweckes Ausschreitungen vermieden werden? Wenn es doch geschieht, wie nahe liegt dann der gleiche

Schluss, die Militärverwaltung direkt für die Ausschreitungen der Soldaten bei der Eisenbahn-Beförderung verantwortlich zu machen. Man verlangt von der Gesetzgebung, dass nicht die Personen, die die Ausschreitungen selbst verüben, bestraft werden sollen, sondern die intellektuellen und moralischen Urheber, d. h. die Gewerkschaftsleiter und die sogenannten Arbeiterführer. Zu welchen Konsequenzen kommt man aber, wenn man diesen Grundgedanken verallgemeinert? Will man etwa den Herrn Kriegsminister für die Ausschreitungen verantwortlich machen, die Rekruten und Reservisten im Zustande der Trunkenheit oder im Uebermüthe begehen? Kahelegend ist diese Frage. Es ließe das nur: Gleiches mit Gleichem vergelten, die Praxis, die man auf die Gewerkschaften anwendet, auch auf die Militärverwaltung übertragen.

Die industrielle Konjunktur und die Arbeiterfrage.

Unter diesem Titel finden sich im Handelsbeilage des Berliner Tageblatts die folgenden Ausführungen: Soweit die Hoffnung besteht, dass die in so starkem Maße betriebenen Gründungen sich ohne Schaden an dem deutschen Nationalvermögen abwickeln werden, stützt sich dieses Vertrauen wesentlich darauf, dass einsteuenden mancherlei Anzeichen für eine Fortdauer der günstigen Konjunktur sprechen, die in unserer Industrie vorherrscht. Es ist nun ganz besonders erfreulich, dass diese Konjunktur, die nimmermehr schon seit einigen Jahren besteht, so gut wie gar nicht von Streikbewegungen gestört worden ist. Auch in der Montanindustrie, in der die vorgeschrittene Organisation der Arbeiter solche Versuche am ehesten möglich macht, ist eine ganze Reihe von Jahren mit aufwärts gerichteter Preisbewegung vorübergegangen, ohne dass dieselbe zu einem größeren Arbeiterausstände geführt hätte. Bei steigenden Gewinnen der Unternehmer erfahren auch die Löhne der Arbeiter eine Verbesserung (sicherlich nicht verhältnismäßige, Red. d. „Vorw.“). Der Streik ist hiernach glücklicherweise nur als ein seltener Ausnahmefall auf dem Arbeitsmarkte anzusehen. Darum sollte sich aber auch die Gesetzgebung vor Bestimmungen scheuen, die um der Bekämpfung der Ausnahme willen das Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber in der Regel alterieren würden.

Als Stimmungsbild aus bürgerlichen Kreisen

ist nicht uninteressant, was der „Berl. Börsen-Courier“ sagt. Wir geben die folgenden Stellen aus seinem Leitartikel über den „Kampf um das Koalitionsrecht“ wieder.

„Die Sozialdemokratie ist vernünftig. So etwas brauchte sie, wie die Deynhaufer Rede. Vor ihr von den Debatten über die Landtagswahl widerhallende Lager stehen noch das Bild vollkommener Zerfahrenheit, so zeigt es jetzt ein Ideal von Eintracht. Die wild und wild durcheinanderlaufenden Massen sammeln sich und nehmen wie ein Mann die Front gegen die Regierung. Das bei der Galathea angelobte Justizgesetz kann ihnen gar nicht schnell genug erscheinen. Sie sträuben sich, irgend ein Reichsminister könnte ein Mißverständnis entdecken und die laienhaften Worte abmildern. Kein, nicht eine abgemilderte Vorlage, sondern eine scharfe, echt aus Deynhaufer bezogene Wäandlung. Je scharfer, desto besser. Dem erstens fällt alsdann der Gesetzentwurf um so sicherer im Reichstag durch, und zweitens lodert die Flamme der Leidenschaft in den Herzen des Arbeiters um so höher empor.

Was nützte dazu, der Sozialdemokratie diese Freude zu bereiten? Sind Fälle vorgekommen, in denen sich die geltenden Strafbestimmungen als unzureichend erwiesen haben? Wenn solche Fälle vorliegen, müssen sie ein Geheimnis der Regierung sein. Die Öffentlichkeit kennt sie nicht. Bekannt sind im Gegenteil nur Strafurteile geworden, die durch Milderkeit ausfallen. . . . Läßt sich eine Vorlage nicht durchsetzen, so läge der Gedanke nahe, sie gar nicht erst einzubringen. Doch die beteiligten Staatssekretäre werden durch die Tagesreden in ihrem Arbeitseifer noch bekräftigt werden und die Vorarbeiten daran zu beschleunigen suchen, daß ihnen — die Quittung durch den Reichstag schon in diesem Winter ausgestellt wird. Die Sozialdemokratie kann lachen.“

Wir brauchen wohl nicht ausdrücklich zu betonen, daß wir mit diesen Ansichten nicht übereinstimmen, trotzdem sind sie auch für uns als Stimmungsbild nicht wertlos.

Bayerische Scharfmacher.

Wir haben vor einiger Zeit mitgeteilt, daß in Penzberg bezw. Wiesbad 14 Vergarbeiter, meist Familienväter, die schon bis zu 20 Jahren im dortigen Bergwerk beschäftigt sind, brutal aufs Pfahler geworfen werden sollen, weil sie sich einer Organisation zur Wahrung bergmännischer Interessen angeschlossen haben. Die „Mündener Post“ schreibt zu diesem brutalen Unternehmerrakt: „Wiesbad, selbst in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft, wurde die Mäßigkeit der Meldung angezweifelt, weshalb sich zwei Mitglieder des Mündener Gewerkschaftsvereins nach Penzberg begaben, um sich an Ort und Stelle über die bezüglichen Verhältnisse zu erkundigen.“

Sie fanden jedoch die Nachricht in vollem Umfange bestätigt und mit cynischer Offenheit wurde ihnen vom Obersieger wie auch vom ersten Direktor, dem „Herrgott“ in Wiesbad, erklärt, daß man an dem Beschluß, die Leute nach Ablauf der Rindigungsfrist zu entlassen, unter allen Umständen festhalten werde. „Man“ dürfe keine Vergarbeiter-Organisation und werde jedem Versuch der Grubenarbeiter, das Koalitionsrecht wahrzunehmen, energisch entgegenzutreten. Es bestätigt sich also, daß demnächst 12 Familienväter mit zusammen 62 Kindern, und die seit vielen Jahren sich im Dienste der oberbayerischen Aktiengesellschaft für Bergbau abgedient haben, den Stand von den Pantoffeln schüteln und wenn auch nicht ins Justizhaus, so doch in die Fremde wandern müssen, um sich irgendwo in Westfalen, Schlesien oder Sachsen, vielleicht im Ausland andere Arbeit zu suchen.

Und alles dies, weil es den Scharfmachern, diesen Wiesbadern Stimmungen, gefällt, sich über das Recht zu stellen und ihren Lohnslaven zu verbieten, was diesen durch Reichsgesetz gewährleistet ist.

Preussische Landtagswahlen.

Am 20. Oktober

sollen schlesische Wäandter zufolge die Urwahlen zum Landtage stattfinden.

Nichtbeteiligung an den Landtagswahlen

haben beschloffen: die Kreisversammlung für Delitzsch-Wittorf mit 11 gegen 1 Stimme, ferner Parteiverfassungen in den Orten Harburg und Wilhelmshurg mit 209 gegen 108 Stimmen (damit ist der Beschluß der Kreisversammlung, der ebenfalls auf Nichtbeteiligung gelaufen hatte, für den Kreis verbindlich geworden). In der Stadt Wiesbaden wurde ein Antrag, wonach die Delegierten auf der Kreisversammlung für die Beteiligung eintreten sollten, abgelehnt.

Die Parteikonferenz des Kreises Barmen-Eberfeld

beschloß mit 95 gegen 92 Stimmen die Beteiligung an der Landtagswahl. Bei Stichwahlen der Wahlmänner soll für die Freiwähligen gestimmt werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Tischler!

Bereits 14 Tage stehen die Kollegen der Firma Felder u. Plath im Streik. Sie fordern eine geringe Lohnerhöhung. Die dort angefertigten Arbeiten sind Spezialarbeiten. Soll daran ein Verdienst erzielt werden, bei welchem der Arbeiter einigermäßen als Mensch leben kann, so muß aufs angestrengteste gearbeitet werden. Die Kollegen hatten nun die Forderungen so gestellt, daß besonders die schmäckeren Arbeiter etwas besser gestellt worden wären. Bei den Verhandlungen mit der Firma sind die Kollegen, um den Streik nicht in die Länge zu ziehen, von ihrer ursprünglichen Forderung abgegangen und haben fast in allen Punkten nachgegeben.

Inzwischen ist eine Meisterkommission zusammengetreten, bestehend aus Vertretern der Innung, der Vereinigung der Holzindustriellen und des Vereins der Tischlermeister von Ost und Nordost. Dieselbe hat mit der Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes verhandelt.

Die Verhandlungen führten leider zu keiner Einigung, da die Meisterkommission auf dem Standpunkte beharrte, nichts bewilligen zu wollen, während seitens der Vertreter der Arbeiter in 5 Punkten ein Entgegenkommen von der Firma gewünscht wurde.

Die Kollegen der Werkstatt haben nun in geheimer Abstimmung beschloffen, den Streik fortzusetzen. Es kommt hinzu, daß die Tischlermeister den Streikern nachsehen, indem sie Listen, enthaltend sämtliche Namen der bei Felder u. Plath bisher beschäftigten Kollegen, und ein Zirkular an alle Tischlermeister gerichtet haben, worin dieselben ersucht werden, die Streikenden nicht in Arbeit zu nehmen.

Kollegen, wir erwarten von Euch, da die Meister ihrer ganzen Haltung nach zu schließen, den Kampf haben wollen, daß Ihr dafür sorgt, daß die streikenden Kollegen zu ihrem Rechte kommen. Haltet den Fugz fern und agitiert eifrig für den Anschluß an den Verband, da uns nach der geschäftlichen Maßnahme der Unternehmer noch weitere Kämpfe bevorstehen.

Die Ortsverwaltung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes Berlin.

Die Tischler der Firma Fischer u. Richter, Oranienstraße 119, befinden sich wegen Einführung der neunstündigen Arbeitszeit im Streik. In betracht kommen 18 Arbeiter und 2 Arbeiterinnen. Fugz ist fernzuhalten. Die Agitationskommission.

Deutsches Reich.

Zum Hamburger Brothofkott. Wie es der Arbeitgeberverband verstanden hat, durch Gewährung von Unterstützung an die brothofkottierten Innungsmeister (diese sich mit Haut und Haaren hängig zu machen, dafür liegen jetzt eine ganze Anzahl Beweise vor. Mehrere der brothofkottierten Meister erklärten in den letzten Tagen der Streikleitung, daß sie gern bewilligen wollten, um sich vor dem geschäftlichen Ruin zu schützen, denn sie wüßten, daß sie vom Arbeitgeberverband für ihre verlorene Existenz nicht entschädigt werden würden; aber sie hätten von demselben pro Woche 40 M. bis 75 M. Unterstützung erhalten mit der Bedingung, dieselbe wieder zurückzahlen, wenn es ihnen nicht gelang, die Gesellen zur bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Daß an letzteres gar nicht zu denken ist, sehen die Herren auch selbst ein, denn die Zahl der Streikenden ist infolge des erhöhten Unlages der geregelten Bäckereien auf 108 zusammengedrängt; alle anderen arbeiten zu den neuen Bestimmungen in geregelten Bäckereien. In Hamburg haben in den letzten Tagen wieder zwei Bäckereien bewilligt, ein Zeichen, daß der Brothofkott noch ebenso wirkt, wie zu Beginn des Streiks. Dafür dient auch zum Beweis, daß eine brothofkottierte Bäckerei im Hammerbrook nach genauer Feststellung pro Woche für 1100 M. weniger Umsatz hat; trotzdem werden in diesem Geschäft noch 9 Gesellen beschäftigt, wie vor dem Streik. Jede Woche wechseln dort einige Arbeitswille die Stellung, ein Zeichen, daß es auch diesen von auswärts importierten Gestalten in den Hamburger Meisterbäckereien nicht sonderlich gefällt.

Der Streik in der Steinmehlwerkstätte von C. Heinig in Rostock hat größeren Umfang angenommen. Seit Sonnabend Vormittag sind auch die Maschinen- und Handschleifer, sowie die Hofarbeiter in den Streik eingetreten. Herr Heinig hatte nämlich aus Warnemünde und aus Schweden, um die Arbeit der streikenden Steinmehler zu ersetzen, vorbereitete Material kommen lassen und den Schleifern überweisen. Diese weigerten sich jedoch, Steine zu schleifen, die nicht von hiesigen Steinmehlern angefertigt wären. Und da Herr Heinig auf eine Verhandlung mit der Streikkommission der Steinmehler sich nicht einlassen wollte, so legten die Schleifer sammt und sonders die Arbeit nieder.

Wegen Maßregelung haben sämtliche Tischler und Maschinenarbeiter der Möbelfabrik Wehmann in Bremen die Arbeit eingestellt. Der Fabrikant sucht außerhalb Arbeitskräfte, es wird deshalb gebeten, den Fugz fernzuhalten.

Der Brauerstreik in Mannheim dauert fort. Die Verhandlungen, die angebahnt wurden, haben zu keinem für die Arbeiter annehmbaren Ergebnis geführt. Die Brauereien verlangen die Aufhebung des Brothotts. Dagegen wollen sie sich demüthigen, eine Anzahl auswärtiger Familienväter unterzubringen, ohne jedoch hinsichtlich der Zahl irgend eine Verbindlichkeit einzugehen. Die Wieder-einstellenden müßten sich außerdem mit den Minimallöhnen der jeweiligen Brauereien zufriedengeben. Diese Bedingungen waren für die Ausständigen so hart, daß man es ihnen nicht verdenken kann, wenn sie dieselben ablehnten.

Die vereinigten Messerschleifer des Kreises Solingen warnen dringend davor, bei der Firma Gottlieb Hammesfahr, Rode-Solingen, in Arbeit zu treten, da sich dort über 100 Messerschleifer seit dem 8. August im Ausstand befinden. Anfragen sind an Ernst Kaiser, Solingen, Schützenstraße 59, zu richten.

Ausland.

Die Tapezierer Wiens rüsten sich zu einer Aktion, die die allgemeine Durchführung der neunstündigen Arbeitszeit und Fixierung eines Minimallohnes — für männliche Gehilfen von 12 fl. und für weibliche Gehilfen von 10 fl. wäandentlich — zum Zwecke hat.

Der Streik der Gasheizer in Manely (Wales) ist nach achtzigtägiger Dauer durch Verhandlung beigelegt. Sämtliche Forderungen der Arbeiter sind bewilligt worden.

Soziales.

Einen sehr bedeutenden Gewinn hat im letzten Geschäftsjahr auch die Porzellanfabrik Königzell in Schöfen ihren Aktionären abgeworfen. Nach den Abrechnungen in Höhe von 44 856 M. blieb ein Reingewinn von 320 007 M., wovon 30 206 M. dem Reserve- und Dispositionsfonds zugewiesen und 34 296 M. als Zantibie verteilt wurden. Die Dividende konnte wieder auf 15 pCt. festgelegt werden und 15 505 M. wurden auf neue Rechnung vorgetragen; dabei ist der Umsatz des Vorjahres noch nicht einmal voll erreicht worden. Das deutsche Geschäft hat sich gut entwickelt und das Exportgeschäft wird sich nach dem spanisch-amerikanischen Friedensschluß voraussichtlich auch weiter heben.

Im ungarischen Gewerbe-Inspektorate soll, wie wir seinerzeit mittheilten, die Dezentralisation eingeführt werden. Während bisher die Aufsicht über die Betriebe in den Händen der Budapest-Zentralleitung lag, werden jetzt an den verschiedenen industriellen Mittelpunkten des Landes selbständige Gewerbe-Inspektionen eingerichtet werden. Im Budget der ungarischen Gewerbe-Inspektion, wo bisher der Aufsichtsrath mit 22 550 Gulden dotirt war, sind die durch die Renewung notwendiger Mehrkosten mit 44 666 Gulden vorgezehen. Die Dezentralisation der ungarischen Gewerbe-Inspektion ist eine, wenn auch noch sehr dürftige Konzession an die Sozialdemokratie.

Ueber die Bergwerke der Schweiz ist zum ersten Mal ein Bericht des eidgenössischen Berginspektors, des Herrn Rocco erschienen. Danach giebt es in 13 der 25 Kantone der Schweiz insgesamt 127 Bergwerke mit einem Arbeiterpersonal von 1864 Köpfen. Von diesen Betrieben sind 20 eigentliche Bergwerke mit 459 Arbeitern und 107 fast ausschließlich unterirdische Steinbrüche mit 1405 Arbeitern. Von allen 127 Betrieben haben 45 einen Mannschaftsbestand von nur 1—5 Arbeitern, 40 Betriebe einen solchen von nur 6—10 Arbeitern, 26 Betriebe einen Mannschaftsbestand zwischen 11 und 25 Arbeitern, 10 Betriebe einen solchen zwischen 26 und 50 Arbeitern, 5 Betriebe einen Mannschaftsbestand von 51—100 Arbeitern, und nur 2 Betriebe einen Mannschaftsbestand von 100—200 Arbeitern. Im Durchschnitt kamen auf jedes schweizerische Bergwerk nur 15 Arbeiter.

Gegen die drohende Beschränkung des Koalitionsrechts

erhoben die Berliner Metallarbeiter am Montag Abend in drei Versammlungen Protest.

Der Saal des Lokals Samsouci war bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Referent Paul Litzin wies darauf hin, daß infolge der fortschreitenden Entwicklung der Gesellschaft selbst Angehörige der bürgerlichen Klasse nicht mehr konnten, sich um die Bestrebungen der Arbeiterklasse zu kümmern. Die soziale Frage sei nicht nur in Volksversammlungen, sondern auch in Königsschlössern erörtert worden. Der Redner erinnert an die Februar-Erlasse und die späteren Aeußerungen Wilhelm II., welche sich auf die soziale Stellung der Arbeiter bezogen. Große Hoffnungen seien auf diese auch von der Regierung vertretenen Kundgebungen gesetzt worden, nicht von den Arbeitern, sondern von jenen Leuten, die von der verheißenen Sozialreform einen Ausgleich der sozialen Gegensätze erwarteten. Während in den ersten Jahren nach den kaiserlichen Erlässen auch die Regierung — das Gehe aus den Thronreden des Kaisers hervor — sich auf den Standpunkt stellte, daß ein willkürlicher Schatz der Arbeiterinteressen im Sinne der kaiserlichen Kundgebung durchgeführt werden solle, machten sich bald Stimmen aus Unternehmerkreisen bemerkbar, die dem neuen Kurs entgegenstreteten. Dann seien Gesetzesvorlagen gekommen, in denen sich ein Umschwung der Ansichten in der Regierung bemerkbar machte, wie der dem Reichstage seinerzeit vorgelegte Gesetzentwurf, betreffend die Beschränkung des Koalitionsrechts, die Vereinigungskollektive, die den Landtag beschäftigte, und schließlich habe sich im Erlaß Pofodowsky offenbart, daß eine der völligen Vernichtung gleichkommende Beschränkung des Koalitionsrechts geplant sei. Demen, die trotzdem noch nicht glauben wollten, daß die Bestrebungen der Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lage völlig lahm gelegt werden sollten, seien jetzt die Augen geöffnet worden durch die Verheißung, daß jeder, der einen Arbeitswilligen an der Arbeit hindert, oder zum Streik anreizt, mit Justizhaus bestraft werden solle. — Was ist dem — fragt der Redner, in den letzten acht Jahren geschehen, daß eine so strenge Strafandrohung nötig erscheint? Die Arbeiter haben nichts anderes gethan, als mit den ihnen gesetzlich gewährten Mitteln eine Verbesserung ihrer Lage zu erzielen versucht in einer Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges, wo die Unternehmer die fettesten Profite einheimstien. Die Kapitalisten seien nicht müde geworden, in ihren Organen scharfe Maßregeln gegen die „Hege und Wähler“ zu verlangen. Gerade die sogenannten „Hege und Wähler“ seien es aber, welche bei Streiks etwaige Ausschreitungen verhüten. Ohne die Organisationen, die man jetzt unterdrücken möchte, würden die Lohnbewegungen nicht so vollkommen gesetzlich verlaufen, wie es jetzt der Fall ist. Wenn es aber je einem Arbeiter einfallen sollte, sich zu Ausschreitungen hinreißen zu lassen, dann reichen die vorhandenen Strafbestimmungen doch gewiß hin, um eine Bestrafung des betreffenden zu erzielen, und demüthlich lassen es die Behörden nicht an Eisen fehlen, um jeden Arbeiter, der sich aus Anlaß einer Lohnbewegung auch nur der geringsten Ausschreitung schuldig macht, zur Reuehaft zu ziehen. Je mehr die Gewerkschaften sich ausbreiten, desto größer werde die Zahl der Lohnbewegungen, dagegen sinke die Zahl der wegen Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung Verurtheilten. Von dem Streben, die Lage der Arbeiter zu verbessern — so schließt der Redner — dürfen und können wir uns nicht abdrängen lassen, selbst wenn es dahin kommen sollte, daß solches Streben mit Justizhaus bestraft wird. Jetzt gilt es mehr wie je, daß die Arbeiter ihre Führer im Kampfe gegen die in Aussicht stehenden Beschränkungen nicht allein lassen. Nur eine starke, mächtige Organisation kann den Plänen der Reaktion wirkungsvollen Widerstand entgegensetzen. — Die Ausführungen Litzin's wurden mit stürmischen Beifall aufgenommen. Eine Diskussion fand nicht statt, mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schloß die Versammlung.

Im großen Saal der Moabiter Kronen-Brauerei waren fünf- bis sechshundert Metallarbeiter versammelt, um den fesselnden Vortrag des Kollegen Massatsch zu hören. Er verwies darauf, daß schon im Mittelalter gestreikt wurde. Streiks fanden überall statt, wo die Klagen gegen die Arbeiter wurden, ganz unabhängig von Organisationen oder gewerkschaftlichen Agitatoren. Den Arbeitern solle aber jetzt das Recht genommen werden, bessere Lebensbedingungen durch Organisation und Streik zu schaffen. Doch die Unternehmer dürften sich in Ringen, Trübs u. f. w. verbinden. Die müßten denn auch, wenn sie durch schwarze Listen und Urtasbriefe Arbeitern die Arbeit unmöglich machen, mit Justizhaus bestraft werden. (Lebhafte Zustimmung.) Der Landrath hat von Militärverein in Eiperverda verlangt, alle Mitglieder auszuschießen, die dem Metallarbeiterverbande angehören. Als auch von der Regierung wird jetzt schon scharfer gegen die Gewerkschaften vorgegangen. Und nun soll sogar die entehrende Strafe des Justizhauses für alle die Geket werden, die einsehen, daß ohne Streik der Arbeiter nicht einmal vor der schlimmsten Ausbeutung geschützt werden kann. Das kann nur zur Verweigerung führen. Eine Diskussion wurde nicht gewünscht. Mit dreifachem brausenden Hoch auf die Arbeiterbewegung schloß die Versammlung.

Zu einer imposanten Kundgebung gestaltete sich die Versammlung im „Kölliner Hof“. Der mehr als fünfhundert Personen fassende Saal hatte sich in kurzer Zeit bis auf den letzten Platz, selbst auf der Tribüne, gefüllt und an den einzelnen Tischen wurde mit sichtbarer Erregung das zum Vortrag gelangende Thema erörtert. Der Referent des Abends, Genosse Raether, schilderte in treffenden und zündenden Worten, wie das Unternehmertum schon seit langem an eine Vernichtung des Koalitionsrechts arbeite, ein Vorgehen, das nach der letzten Kaiserrede nun endgültig seiner Verwirklichung entgegengeben dürfte. Lebhafte Zwischenrufe der Entrüstung unterdrücken oft minutenlang den stürmisch aufgenommenen Vortrag. Mit einem dreifachen brausenden Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schloß hierauf die begeisterte verlaufene Versammlung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Genf, 12. September. (B. Z. V.) Es wurden hier mehrere Verhaftungen von Anarchisten vorgenommen. Die Einsetzung der Leiche der vereinigten Kaiserin sollte heute Vormittag stattfinden; die Kerze und ein Geißelruder waren zu diesem Zwecke bereits erschienen. Infolge neuerlich eingetretener Anordnungen fand jedoch die Zeremonie erst am Nachmittag statt. Der Suezalzug von Wien, der die Leiche dorthin überführen soll, wird erst für morgen, Dienstag, früh 6 Uhr hier erwartet. Mit ihm kommen die Oberstpostmeisterin Gräfin Harrach, die Hofdame Gräfin Festetics v. Tolna und der Oberstpostmeister Graf Bellegarda.

Paris, 12. September. (B. Z. V.) In dem heute Nachmittag im Elisee-Palaste abgehaltenen Ministerrathe wurde der Oberstlieutenant du Paty de Clam in Nichtaktivität durch Entlassung mit Pension veretzt. Diese Disziplinarmaßregel wurde infolge der Unterfugung ergriffen, welche beim Generalstab der Armee über die Handlungen du Paty's im Laufe des Prozesses Esterhazy angestellt wurden. Der Ministerrath beschloß, Sonnabend wieder zusammenzutreten.

London, 12. September. (B. Z. V.) Wie aus Pofohama gemeldet wird, sind bei dem vorgestrigen Laifuu 230 Personen ums Leben gekommen. Die ganze Gegend ist überschwemmt, der materielle Schaden sehr bedeutend.

Victoria (Britisch Columbia), 12. September. (B. Z. V.) Eine Feuersbrunst zerstörte das Geschäftsviertel von New-Westminster und einen Theil der Wohnhäuser. Der Schaden wird auf eine halbe Million Pfund Sterling geschätzt. Tausende sind obdachlos.

New-York, 12. September. (B. Z. V.) Die Stadt Jerome in Arizona ist von einem Brand betroffen worden, bei dem 11 Personen umkamen; außerdem werden 30 vermißt.

San Francisco, 12. September. (B. Z. V.) Mit der Post aus Honolulu eingegangenen Meldungen zufolge exportierten sich zwei fahrende Hauptlinge der Karolinen-Inseln und griffen 200 Spanier auf Bonape an. Man glaubt, die letzteren seien sämmtlich getödtet.

Die Ermordung der Kaiserin Elisabeth.

Der Mordanschlag hat sich nach einer Schilderung der Gräfin Sztaray, der Hofdame der Kaiserin, welche Augenzeugin war, in folgender Weise zugetragen: Wir waren Freitag Mittag in Genf...

Die Waffe des Attentäters. Das „Journal de Genève“ gibt folgende Einzelheiten über die Mordwaffe. Dieselbe wurde in dem Haus eines Hauses der „Aue des Alpes“ durch den Hausmeister gefunden...

Sicherheitsmaßregeln der Schweizer Polizei. Der Chef des Justiz- und Polizeidepartements des Kantons Vaud Virieux erklärt, daß die Regierung des Kantons seit der Ankunft der Kaiserin in Genf...

Der Bundesrath überbandte noch am Sonnabend Abend dem Kaiser Franz Josef ein Telegramm, welches folgenden Wortlaut hat: Der Schweizerische Bundesrath beehrt sich Eurer Majestät...

Trauerveranstaltungen in Genf. Die Leiche der Kaiserin ist in dem von ihr im Hotel bewohnten Zimmer aufgebahrt worden. Am Sonntag Nachmittag wurde sie einbalsamirt. Zahlreiche Kränze wurden niedergelegt...

Trauer in Wien. Der Kaiser wurde schwer betroffen von der Nachricht. Die Mitglieder der Familie eilten herzu. Die Regierung der Wiener Bevölkerung war groß. Die Manöver sind abbestellt...

Die Presse. Die Wiener Blätter erscheinen in Trauerand und besingen das unheilvolle Ereignis aufs Schmerzlichste. Ebenso die gesamte Presse außerhalb Oesterreichs.

Das Verhör des Attentäters. Lucheni hat im Verhör, das er vor dem Polizeikommissar Kubert hatte, gesagt, er habe seit Mai in Lausanne als Maurer beim Postgebäude gearbeitet. Die Nachricht, daß er direkt von Paris gekommen sei, wäre danach also falsch...

Die Persönlichkeit des Attentäters. Aus Rom wird gemeldet: Ueber den Mörder liegt folgende Polizeinote vor: Lucheni, Luigi, geboren 1873 in Paris, Vater unbekannt, Mutter: Lucheni Luigia aus Borgofondounino, Provinz Parma; 1893 zum Deserteur erklärt, stellte er sich selber, wurde prozessiert, verurtheilt und begnadigt, dem Kavallerieregiment Monserato Nr. 16 zugetheilt, schlechter, unbotmäßiger Soldat. 1896 ging er nach der Schweiz und wurde Anarchist. Er reiste, angeblich Arbeit suchend, in beständiger Umhüll durch Oesterreich-Ungarn, war in Budapest, Triest und wurde von den dortigen Konsuln als gefährlich signalisiert...

Weitere Verhaftungen. Wie aus Lausanne depechiert wird, wurden dort mehrere Verhaftungen unter den Freunden und Bekannten Lucheni's vorgenommen; etwa zehn Individuen wurden verhaftet. Die Untersuchung wird mit größtem Eifer geführt.

Der Genfer Korrespondent des „Journal“ meldet, daß nach drei Italienern, welche alsbald nach dem Attentat mit der Bahn abreisten, eifrig gefahndet wird.

Eine spätere Nachricht aus Lausanne besagt: Alle hier beanstandeten Nachforschungen bezüglich der Beziehungen, welche Lucheni während seines hiesigen Aufenthalts unterhielt, haben ebenso wenig wie eine in seiner Wohnung gefundene Hausführung irgendwelche Anzeichen dafür ergeben, daß der Mörder Mitschuldige gehabt habe.

Saboyer Seite nach Genf zurück. Lucheni reiste nach Evian und hoffte dort den Herzog zu treffen, aber es war nochmals vergebens. Er wollte ihm nun nach Genf vorausgehen und vernahm dort zufällig, die Kaiserin Elisabeth sei hier. Er kamte sie von Budapest her und beschloß, sie zum Opfer zu wählen. Er sah sie bereits am Freitag Nachmittag, konnte aber eine passende Gelegenheit zum Attentat nicht finden. Er ließ sie ins Hotel „Beaurivage“ eintreten, zuschauen, ihren Wohnort zu kennen. Am Sonnabend in aller Frühe hielt er sich in der Nähe auf und beobachtete den Ausgang scharf. Kurz vor halb zwei Uhr mittags sah er, wie der Kammerdiener der Kaiserin das Hotel verließ und sich nach dem Landungssteg am Quai „Montblanc“ begab. Daraus schloß Lucheni, die Kaiserin wolle mit dem Schiff Genf verlassen. Er stellte sich beim Denmal des Herzogs von Braunschweig auf die Mauer, in der rechten Hand die Feile im Kermel bergend. Nach kurzer Zeit erschien die Kaiserin mit der Hofdame Gräfin Sztaray. Als die Damen auf dem gegenüber liegenden Trottoir bis zu ihm gekommen waren, ging er rasch über die Straße, verstellte ihnen den Weg und verfeigte der Kaiserin auf die linke Brust einen heftigen Schlag mit der spitzen Feile, die er in Lausanne gekauft hatte.

Weiter soll Lucheni folgendes geäußert haben: Wenn alle Anarchisten ihre Pflicht thun würden, wie ich die meine gethan habe, dann würde die bürgerliche Gesellschaft schnell verschwunden sein. Er bemerkte noch, er wisse sehr wohl, daß ein vereinzelter Mord zu nichts führen könne, aber er habe ein Beispiel gegeben.

Die Persönlichkeit des Attentäters. Aus Rom wird gemeldet: Ueber den Mörder liegt folgende Polizeinote vor: Lucheni, Luigi, geboren 1873 in Paris, Vater unbekannt, Mutter: Lucheni Luigia aus Borgofondounino, Provinz Parma; 1893 zum Deserteur erklärt, stellte er sich selber, wurde prozessiert, verurtheilt und begnadigt, dem Kavallerieregiment Monserato Nr. 16 zugetheilt, schlechter, unbotmäßiger Soldat. 1896 ging er nach der Schweiz und wurde Anarchist. Er reiste, angeblich Arbeit suchend, in beständiger Umhüll durch Oesterreich-Ungarn, war in Budapest, Triest und wurde von den dortigen Konsuln als gefährlich signalisiert. Er wurde deshalb überwacht und seine Personenbeschreibung allen Polizeidirektionen mitgetheilt.

Weitere Verhaftungen. Wie aus Lausanne depechiert wird, wurden dort mehrere Verhaftungen unter den Freunden und Bekannten Lucheni's vorgenommen; etwa zehn Individuen wurden verhaftet. Die Untersuchung wird mit größtem Eifer geführt.

Der Genfer Korrespondent des „Journal“ meldet, daß nach drei Italienern, welche alsbald nach dem Attentat mit der Bahn abreisten, eifrig gefahndet wird.

Eine spätere Nachricht aus Lausanne besagt: Alle hier beanstandeten Nachforschungen bezüglich der Beziehungen, welche Lucheni während seines hiesigen Aufenthalts unterhielt, haben ebenso wenig wie eine in seiner Wohnung gefundene Hausführung irgendwelche Anzeichen dafür ergeben, daß der Mörder Mitschuldige gehabt habe.

Kommunales.

Neu Berliner Stadtrathe werden in kurzem von unseren Stadtverordneten neu zu wählen sein. Theils am 1. Januar, zum Theil am 1. April n. J. löst die Amtszeit der unbesoldeten Stadtrathe Gnad, Mamrot, Nicksen, Schäfer, Selberg, Wagner, Dr. Weigert, Jabel sowie des Stadtraths und Räumverwalters Nach ab. Zur Vorbereitung der erforderlichen Renovationen soll in der nächsten Stadtverordneten-Sitzung ein Ausschuss von 15 Mitgliedern gebildet werden. Der verstorbene Stadtverordnete Reich war im Kommunal-Landtage der dritte Abgeordnete der Stadt Berlin. Seine Wahlperiode reichte bis 3. Oktober 1899. Auf Anweisung des Oberpräsidenten ist eine Erfragwahl vorzunehmen, für die Termin auf den 6. Oktober anberaumt worden ist.

Lokales.

Achtung, erster Wahlkreis. Den Mitgliedern des sozialdemokratischen Wahlvereins für den ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 2. Oktober 1898, nachmittags 4 Uhr, eine Sondersitzung in der H. A. n. a. T. an der Straße 48/49, stattfindet. Eintrittskarten können zum Preise von 90 Pf. pro Stück bei dem Genossen Wörldel, Jüdenstr. 35, und bei dem Kassirer des Vereins Genossen Peiermann, Ritterstr. 49, Hof 4 T., in Empfang genommen werden. Um zahlreichere Theilnahme ersucht Der Vorstand.

Eisenbahn-Konfusion. Am 30. August brachten wir eine Mitteilung des Inhalts, daß einem Arbeiter auf der Station Baumshuldenweg von dem dortigen Beamten der Bescheid erteilt worden sei, er habe das Recht, auf Grund seiner Wohnkarte auch nach 8 Uhr zu fahren, daß er aber gleichwohl von den Beamten auf dem Schlesienschen Bahnhof, die entgegengegesetzter Ansicht waren, angehalten und zur Nachzahlung des Fahrgeldes aufgefordert worden sei. Da diese Thatsache ungewissheit feststeht, so mußten doch die Beamten auf einer der beiden Stationen im Jertsum sein. Auf welcher Seite die richtige Aufklärung vertreten wurde, konnten wir, da wir in dem Wirwar der einschlägigen Bestimmungen natürlich nicht orientirt sind, nicht entscheiden. Wir ließen deshalb auf dem Auskunftsbureau der Eisenbahn-Direktion nachfragen, und da wurde uns der Bescheid erteilt: Arbeiter-Wochenkarten berechtigen auf der Stadt- und Ringbahn, sowie auf der Strecke Gramewald-Königs-Wusterhausen zur Fahrt nur bis 8 Uhr morgens und nach 4 Uhr nachmittags, im übrigen Vorortverkehr gelten sie jedoch während des ganzen Tages. Im selben Vertrauen auf die Richtigkeit dieser von amtlicher Stelle aus erteilten Information gaben wir der Meinung Ausdruck, daß die betreffenden Beamten in Baumshuldenweg den Reisenden falsch beschieden, und dadurch die Angelegenheiten verwickelt hätten, die ihm auf dem Schlesienschen Bahnhof erwachsen sind. Herr Most, Haltestellen-Aufscher zu Baumshuldenweg, sendet und nun ein Schreiben, worin er sich dagegen verwahrt, daß die Bahnsteigschaffner in Baumshuldenweg dem Reisenden unrichtige Informationen erteilt hätten. Nach der Versicherung des Herrn Most sind Arbeiter-Wochenkarten auf den Strecken Treptow bez. Görtlicher Bahnhof und Königs-Wusterhausen während des ganzen Tages gültig, und sie dürfen zur fraglichen Zeit auch zu allen über die Stadt- und Ringbahn verkehrenden Zügen benutzt werden. Wenn diese Angabe des Herrn Most zutrifft, dann waren also die Beamten, welche auf dem Schlesienschen Bahnhof den Reisenden anhielten, im Unrecht, und der Beamte, welcher uns auf dem Auskunftsbureau Bescheid erteilte, hätte uns demnach falsch unterrichtet. War die uns erteilte Auskunft aber zutreffend, und waren die Beamten auf dem Schlesienschen Bahnhof im Recht (ihre Verhaltung dem Reisenden gegenüber zugut davon, daß sie sich im Recht fühlten), dann ist der Herr Haltestellen-Aufscher Most im Jertsum. Auf welcher Seite aber die richtige Auffassung herrschen möge, das eine geht aus dem Angeführten zweifelslos hervor, daß die mit der Fahrkartenkontrolle betrauten Beamten zweier Stationen aber die Gültigkeit der Nichtgültigkeit einer Wochenkarte in dem vorliegenden Falle entgegengegesetzter Meinung waren, und daß der Reisende den Nachteil dieser Meinungsverschiedenheit zu tragen hat. Wenn Herr Haltestellen-Aufscher Most nun noch, wie überdies geschehen, seine Verwunderung darüber ausdrückt, daß wir uns als Laien ein Urtheil über Eisenbahnverhältnisse erlauben, so bemerken wir, daß es uns gar nicht einfallen ist, ein Urtheil in dieser verwickelten Sache abzugeben. Aus der Thatsache aber, daß die Beamten auf dem Schlesienschen Bahnhof den Reisenden anhielten, und nach dem uns auf dem Auskunftsbureau gegebenen Bescheid zogen wir den berechtigten

Schluss, daß die Beamten der Station Baumshuldenweg im Jertsum waren. Nachdem Herr Haltestellen-Aufscher Most das Gegenteil behauptet hat, müssen wir allerdings zugeben, daß wir mit unserem Laienverstand nicht in der Lage sind, zu entscheiden, ob die Beamten auf dem Schlesienschen Bahnhof, oder die in Baumshuldenweg die Verordnungen, welche hinsichtlich der Arbeiter-Wochenkarten bestehen, richtig ausgelegt und angewandt haben. Die Entscheidung dieser allem Anschein nach sehr komplizierten Frage mag einem in alle Geheimnisse eisenbahnbehördlicher Verordnungen Eingeweihten überlassen bleiben.

Damit aber das reisende Publikum geschäftet werde vor Unannehmlichkeiten, die ihm aus der verschiedenartigen Behandlung von Wochenkarten-Inhabern durch die Beamten ein und derselben Eisenbahn-Strecke erwachsen, wäre es dringend notwendig, daß die zuständige Eisenbahn-Behörde auf diesem Gebiet bestehenden Konfusion ein für alle Mal dadurch ein Ende mache, daß sie über die Benutzung von Arbeiter-Wochenkarten für das ganze Gebiet der Stadt-, Ringbahn- und Vorortverkehr einheitliche Bestimmungen erlasse.

Berliner Brotpreise. Im Juli ist — wie fast alljährlich in diesem Monat — ein Rückgang der Brotpreise gegenüber dem Juni eingetreten, doch standen sie natürlich noch erheblich höher als im Juli der letzten Vorjahre. Nach Ermittlungen des Berliner Statistischen Amtes war der Durchschnittspreis: für 1 Kilogramm Roggenbrot in den 6 Monaten Januar—Juni 1898 rund 23/10, 23/10, 24/10, 24/10, 26/10, 27 Pfennig; im Juli 1898 (bez. 1897, 1896, 1895) dagegen 25/10 (22, 20/10, 21/10) Pfennig; für 1 Kilogramm Weizenbrot in Januar—Juni 1898 rund 40/10, 40/10, 41/10, 42/10, 43/10, 45/10 Pfennig; im Juli 1898 (bez. 1897, 1896, 1895) dagegen 44 (37/10, 35, 35/10) Pfennig. Für 50 Pfennig belam man im Durchschnitt: Roggenbrot im Januar—Juni 1898 rund 2111, 2109, 2053, 2009, 1894, 1855 Gramm; im Juli 1898 (bez. der Vorjahre) 1930 (2278, 2301, 2346) Gramm; Weizenbrot in Januar—Juni 1898 rund 1246, 1292, 1207, 1183, 1097, 1003 Gramm; im Juli 1898 (bez. der Vorjahre) 1137 (1330, 1429, 1424) Gramm.

In der Mitte der Zentralmarkthalle I sollen eine Rettungsinsel und besondere Ein- und Ausgänge für Fußgänger neben den Portalen der Ein- und Ausfahrt angelegt werden. Die städtische Markthallen-Deputation hat beschlossen, die Kosten im Betrage von 31 000 M. aus dem Ergänzungsfonds zu entnehmen.

Auf die Anfrage: „Sind Musiker Handwerker?“, die der Regierungspräsident zu Potsdam an den Minister für Handel und Gewerbe gerichtet hat, ist folgende Entscheidung getroffen worden: Wenngleich die hergebrachte Organisation des Musiker-Gewerbes eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Zusammenschluß des Handwerkerstandes in Zünften und Innungen erkennen läßt, so reicht dieser rein äußerliche Umstand gegenüber den wesentlichen Verschiedenheiten der Technik, der Art und den Zwecken der Ausbildung dieses Gewerbes doch nicht aus, um es dem Handwerk im Sinne der Novelle zur Gewerbe-Ordnung vom 20. Juli 1897 gleichzustellen. Die Vorschriften über die Bildung von Zwangsinnungen findet daher auf das Musiker-Gewerbe keine Anwendung.

Eine Verichtigung. Von der Firma Raymond u. Co., L. und L. it. ung. Privilegium-Inhaber, erhalten wir folgende Verichtigung: „In Ihrer erst jetzt zu unserer Kenntnis gelangten Mitteilung, betreffend einen von uns gekündigten Buchhalter, berichten Sie, daß die Inhaber unserer Firma die Herren Gehl. Kommerzienrath Goldberger und Oskar Nathenau sind. Demgegenüber stellen wir auf Grund der gesellschaftsregisterlichen Eintragung fest, daß der alleinige Inhaber unserer Firma der unterzeichnete Herr Josef Poppelauer ist und daß die obengenannten Herren nur Kommanditäre des Hauses sind. Im übrigen sind wir auf den Wunsch des betreffenden Beamten, ihm ausreichende Zeit zur Erlangung einer anderen gleichartigen Stellung zu gewähren, sofort bereitwillig eingegangen und haben deshalb die per 1. Juli erfolgte Kündigung zunächst auf den 1. Oktober hinausgeschoben. Der betreffende Beamte hat aber von dieser Verlängerung keinen Gebrauch gemacht; er hat unser Haus bereits am 1. Juli verlassen, um bei einer Konkurrentenfirma eine gleiche Stellung zu übernehmen.“

Es ist ja aller Anerkennung werth, daß die Herren Goldberger und Nathenau, wie es den Anschein hat, die moralische Verantwortung für die Entlassung des alten Buchhalters ablehnen, aber an der Thatsache an sich, daß die reiche Firma einen solchen Angestellten noch 28-jähriger Thätigkeit aufs Strahlenflaster setzt, ist doch leider nicht das mindeste geändert. Wozu also die „Verichtigung“.

Aus dem Krankenhaus ist jetzt die Frau Marie Ewald aus der Prinzengr. 17 entlassen worden, auf die vor vier Wochen, wie damals gemeldet wurde, ihr aus Hamburg herübergekommener Ehemann, der Kempner Ewald, in der Weimarerstr. 34 in Charlottenburg am 11. Juli einen Mordanschlag machte. Ewald, der in der Kommandantenstraße bei einem Bekannten verhaftet wurde, sitzt in Moabit beim Landgericht II in Untersuchungshaft. In der Angelegenheit werden noch fortwährend Zeugen vernommen.

Eine Familientragödie wird schon wieder gemeldet, diesmal aus dem Scheunenviertel. In der Smalldenstraße 20 wohnt der 34 Jahre alte Maurerpolster Karl Pieme mit seiner ebenso alten Frau und einem elfjährigen Sohne Karl. Die Ehe, die 14 Jahre besteht, war in der letzten Zeit unglücklich. Pieme veracht den größten Theil seines Verdienstes in der Kneipe. Am Freitag Abend begann Pieme seinen auf den nächsten Tag fallenden Geburtstag zu feiern. Dabei ließ er sich in der Kneipe von einem Arbeitsgenossen einreden, daß seine Frau ihm untreu sei. Diese Behauptung wird von allen, die Frau Pieme kennen, als durchaus unbegründet bezeichnet. Als Pieme betrunken heimkam, stellte er seine Frau zur Rede. Als die Frau jede Verschuldigung entrüchtelt zurückwies, geriet er in Wuth und schlug sie mit den Fäusten. Dann zerschlug er mit dem Rückenbeil einige Möbel und drang darauf auf seine Frau ein. Als er eben im Begriffe stand, sie niederzuschlagen, trat der von dem Sohne herbeigerufene Hauswirth Marxy ein und entwand dem Wüthenden die Waffe. Pieme beruhigte sich allmählich, und seine Frau glaubte schon, daß er seinen Jertsum eingesehen habe. Vorgerufen Abend jedoch trieb er sich wieder in Kneipen herum und kam erst um 2 Uhr nachts nach Hause, wiederum stark betrunken. Er verlangte, daß die Frau ihm den Namen dessen nenne, mit dem sie ihn hintergehe, zog sein Taschmesser und drohte, sie zu erschlagen, als die Frau wieder und wieder ihre Unschuld bezeugte. Im seiner Mordwaffe zu entgehen, sprang die Frau aus dem Bett und stürzte sich aus dem Fenster der im ersten Stock gelegenen Wohnung auf die Straße hinab. Ein Wächter, der den Vorfall sah, rief mehrere Schatzmänner herbei, die sich der Frau annahmen und sie dann auf die Wache des 16. Regiments am Königsgraben brachten. Die Frau hatte das Bewußtsein verloren und wurde in das Krankenhaus Am Friedrichshain gebracht. Hier stellte man außer inneren Verletzungen einen Bruch des rechten Fußes und Knöchels fest. Den Sohn des Ehepaars nahm seine Großmutter in der Prenzlauerstraße zu sich.

Straßenperrung. Die Kommandantenstraße von der Alexanderstr. bis zur Alten Jakobstraße wird wegen Legung eines zweiten Geleises die Gormannstraße von der Linien- bis zur Köthlinger Straße wegen Asphaltirung und die Ritterstraße von der Bettrifstraße bis zum Grundstück Nr. 1 einschließlich bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Bestimmungen worden ist jetzt der frühere Kommissions-Angust Peter, der unter dem Epitheton „Salomonski“ als Gelegenheitsarbeiter im Alexanderplatz-Biertel bekannt ist und, wie wir mittheilen, vor vier Wochen mit einem Zwangsmarktschuld, das er sollte wechseln lassen, verschwand. Eine Firma, für die „Salomonski“ gelegentlich beschäftigt gewesen war und die aus dem

Zeitungen wußte, daß die Kriminalpolizei ihn suchte, machte einen Schutzmantel auf den Verfolgten aufmerksam, als sie ihn in der Markstraße sah. Der Verhaftete giebt an, daß er sich nach dem Verlassen seiner Wohnung in der Koblenstraße 10 seit vier Wochen im Friedrichshain herumgetrieben und das ihm anvertraute Geld vertrieben habe.

Am 26. September, abends nach Dienstschluss, wird das Postamt 5 von dem Hause Rathenowstr. 42 nach dem Hause Verlegerstr. 38 verlegt und führt fortan die Bezeichnung „Postamt 5 (Verlegerstraße)“.

Aus dem Landwehrkanal gelandet wurde am Sonntag vor dem Grundstück Haffeldecker Nr. 90 die Leiche eines jungen Mannes, der etwa 15 bis 17 Jahre alt gewesen sein mag und vielleicht einige Wochen im Wasser gelegen hat. Der Unbekannte ist mittelgroß und schlank, hat blondes Haar und ein längliches Gesicht und trägt u. a. eine blauweiß gestreifte Mause und eine weiße Fälschhülle, die C. P. gezeichnet sind. Es scheint sich um einen Schlächterlehrling zu handeln.

Feuerbericht. Mehr als zwanzig Alarmierungen sind am Sonntag und Montag zu verzeichnen. Zwei derselben betrafen große Dachstuhlbrände, von denen derjenige Lortzingstr. 38 der Wehr Sonntag früh mehrstündige Arbeit verursachte. Kurz nach 1 Uhr schlugen die Flammen an mehreren Stellen aus dem Dachstuhl des erst vor 3 Jahren erbauten vierstöckigen Eckhauses, und bald rasteten auf die Meldung „Mittelfeuer“ von allen Seiten Löschzüge heran. Mit 6 Rohren unternahm die Wehr über die Nachbarhäuser und eine mechanische Leiter hindurch einen erfolgreichen Angriff gegen das verheerende Element und schloß die Nachbargebäude. Der Dachstuhl in beiden Strahlenfronten wurde jedoch vollständig eingestürzt. Aufgenommen ist das Feuer im Hofraum des vierten Stockwerkes, auch wollen Hausbewohner um jene Zeit eine starke Detonation, gleich einer Explosion verspürt haben. Mehrere Miether erleideten starke Verluste. Die letzten Löschzüge konnten erst nach fünfstündiger Thätigkeit wieder abziehen. — Ein zweiter Dachstuhlbrand war Kasanien-Allee 87 abzuziehen. Auch hier wurde ein großer Theil der Dachkonstruktion eingestürzt. Eine Alarmierung nach den Allgemeinen Elektrizitätswerken, Brunnenstr. 107a, war zuzuführen auf einen brennenden Müllwagen. Alsdann mit Öl getränkte Papprollen hatten sich entzündet und den Wagen in Brand gesetzt. Friedrichstr. 93 hatte die Kalkenlage unter der Hochmaschine Feuer gefangen. Ein umfangreicher Fuhboden- und Balkenbrand mußte Landsbergerstraße 16 abgelöst werden. Dunderstr. 88/89 war ein größerer Bretterraum in Brand geraten und Friedrichstraße 180 ging eine Marquise in Flammen auf. Brennende Holzstößen verursachten Alarm nach Claffenstraße 96. Rannunstr. 8 erfolgte eine Explosion einer Petroleumlampe, doch konnte einer Feuersgefahr rechtzeitig vorgebeugt werden. Montag früh 1 Uhr war Rödernerstr. 34 ein Eisenbahnwagen mit Pechölern durch Selbstentzündung in Brand geraten. Nachmittags 3 Uhr war Räderdorferstr. 12 Del übergeleht, wobei ein Arbeiter starke Brandwunden an den Händen davontrug. Kurz darauf war Winterfeldstr. 2 ein Gardinenbrand zu besichtigen. Um 4 Uhr wurde die Wehr nach dem Exerzierplatz in der Eberswalderstraße gerufen, wo ein Grasplatz in Brand geraten war.

Ein neues Theater ist im Konzerthause, Leipzigerstraße 48, entstanden. Freilich nur auf kurze Zeit; denn wenn wir recht unterrichtet sind, soll diese altbekannte Vergnügungsstätte im Verein mit den Nachbarhäusern im nächsten Jahre abgebrochen werden; es ist wohl überflüssig zu sagen, daß der Neubau, der dann entstehen soll, als riesenhafte Warenbazar gedacht ist. Vorab aber wirkt Herr Direktor Adolf Hoffmann noch in dem alten Hause, zugleich ein Sänger und ein Held. Denn der erste und humoristische Männerchor, der seit Jahresfrist im Konzerthause kunstgerecht gepflegt wird, befaßt sich auch in der begonnenen Saison seine Rechte und füllt die erste Hälfte des Programms aus. Erst in der letzten Stunde beginnt die eigentliche Bühnenvorstellung. Das Schauspiel-Ensemble, dessen hervorragendstes Mitglied der Direktor selber ist, führte sich am Sonnabend mit einem Lustspiel ein; „Der liebe Onkel“ von Rudolf Knecht wurde gegeben. Es ist dies ein Stück nach altem Handwerksschema. Ein harmloser Landpater kommt bei einem Besuch in Berlin unbefehligt an der Hand einer Schönen in die Blumenstraße, wird dort zufällig von seinem vorgelesenen Gönner bemerkt und richtet nun durch die ungeschickte Art, wie er seine vermeintliche Schöne im Familienkreise zu verheimlichen sucht, ganz heillose Verwirrung an. Schließlich wundert dem von Herrn Hoffmann dargestellten Helden natürlich Verzeihung aus der Anal, und allgemeine Danksagung ist das Ende. Wenn auch das Hoffmann'sche Schauspiel-Ensemble nicht auf solcher künstlerischen Höhe steht, wie der Hoffmann'sche Quartettchor, so kann es sich doch unter Brüdern sehen lassen. Namentlich die Herrenrollen waren gut besetzt.

Theater. In der romantischen Komödie „Corano von Bergerac“, welche im „Deutschen Theater“ in der Uebersetzung von Ludwig Fulda morgen, Mittwoch, zum ersten Male in Szene geht, sind die Hauptrollen folgendermaßen besetzt: Bergerac — Josef König; Le Vrai, sein Freund — G. v. Winterstein; Christian von Reuville — Julius Geisenböcker; Madeleine, seine Robine, gen. Marane — Maria Reichenhoffer; ihre Dienerin — Hulde von Pöllnitz; Graf Guise — Oscar Bauer; Hauptmann Carbon von Castel — Jakob — Hermann Müller; Vignière — Hermann Rifken; Vicomte Balvois — Richard Ballentin; Rogouneau — Hanns Fischer; Vio, seine Frau — Hilse Schneider; Monsieur, Bellefleur, Jodelot, Schauspieler — Witz, Koster, Max Reinhardt, Paul Martin; die Wästelbäume — Dora Lux; ein Kapuziner — Bruno Köhler; Mutter Marguerite — Antje Trenner; Schwester Marie — Lotti Sarron; Schwester Claire — Elise Deims. Anfang dieser Vorstellung 7 Uhr. — Das Schiller-Theater wiederholt heute Holberg's „Poste“. Der politische Komiker, Wildenbruch's Schauspiel „Die Hausverleumdung“, Dumenthal-Kadetzburg's Lustspiel „Wauerbläumen“ und Philipp Langmann's Drama „Bartel Turker“ sind die nächsten Neuauführungen des Schiller-Theaters. Aber die Vertheiner wird ihre zweite Gastrolle, die Wästelbäume in „Wästelbäume's Märchen“, der Traum ein Leben“ gelegentlich des Wästelbäume's des Schiller-Theaters im Theater des Reichs absolviren. — Der Kaufmann von Venedig, der heute, Dienstag, im Luisen-Theater zum ersten Male unter Regie von Ludwig Masson in Szene geht, weist folgende Besetzung auf: Shalot — Ludwig Masson, Antonio — Wilhelm Hof, Bassanio — Richard Laube, Portia — Marie Kellermann, Nerissa — Julie Grany, Jessita — Hedwig Martens.

Aus den Nachbarorten.

Rixdorf. Sozialdemokratischer Verein „Vorwärts“ zu Rixdorf. Dienstag, den 13. September, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im Apollo-Theater (früher Victoria-Säle), Hermannstr. 50. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Vereinsangelegenheiten und Fragelisten. Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Durch unrichtige Signalgebung ist auf dem Wilmersdorfer-Friedenauer Güterbahnhof (Ringbahn) wiederum ein Eisenbahn-Unglück erfolgt, der glücklicherweise kein Menschenopfer gesordert hat. Der Führer eines Rangzuges fuhr, weil er durch das Streckensignal irregeleitet, das befahrene Geleise für frei hielt, in der Dunkelheit mit solcher Hastigkeit in einen stehenden Zug hinein, daß vier mit Mauern- und Pfostensteinen beladene Güterwagen des letzteren vollständig zertrümmert wurden. Die herbeigeeilten „Rettungswagen“ der Station Westend waren längere Zeit in Anspruch genommen, und die Aufräumungsarbeiten dauerten die ganze Nacht hindurch. Die unbrauchbar gewordenen Wagen wurden auf Lowries nach der Reparaturwerkstatt auf der Station Grunewald geschafft. Fast gleichzeitig entgleiste auf demselben Güterbahnhof infolge Wagenfederbruchs ein in der Fahrt befindlicher Güterzug. Auch hier war die Rettungssituation Westend längere Zeit thätig. Der Materialschaden ist ziemlich bedeutend, doch ist von dem Zugpersonal zum Glück niemand ernstlich beschädigt worden.

Eine für Kahnfahrer und Bootsverleiher wichtige Verfügung, die besonders für die Obersee in betracht kommt, hat soeben der Regierungsräsident zu Potsdam erlassen. Nach derselben sollen von jetzt ab eine halbe Stunde nach Sonnenuntergang, um Bootsunfälle und namentlich Zusammenstöße zwischen Booten und

Dampfern zu verhüten, keine Boote mehr, wie bisher, an mit dem Schiffsverkehr nicht vertraute oder gar der Bootsführung unkundige Privatpersonen allein vermiehet werden. Es soll vielmehr jedem Fahrzeug bei der Verleihung ein mit den örtlichen Stromverhältnissen wie mit den Signalen der größeren Schiffe vertrauter, zuverlässiger Führer beigegeben werden. In der erwähnten Verfügung wird auch den Unternehmern, unter denen besonders die Bootsverleiher und die Eigentümer bezw. Führer von Personendampfern zu verstehen sind, zur Vermeidung der Entziehung ihrer Fahrerlaubnis aufgefordert, sich gegen die Fahrgäste anständig zu betragen, ihre Fahrzeuge in brauchbarem Zustand zu erhalten und diese vorsichtig zu lenken.

Mit der von dem Wahlmandat in Charlottenburg aufgestellten Kandidatur des Oberbürgermeisters Welterburg in Kassel für den Posten des Ersten Bürgermeisters unserer Nachbarstadt ist es nicht. Herr Welterburg hat aus Korbener nach Charlottenburg die Nachricht gelangen lassen, daß er eine etwa auf ihn fallende Wahl ablehnen werde. Der Ausschuss will heute Abend noch einmal zusammentreten.

Das neue Strafgefängnis bei Tegel ist jetzt soweit fertiggestellt, daß am 1. Oktober d. J. ein Theil desselben, nicht aber schon die ganze Anstalt, wie es ursprünglich geplant worden war, seiner Bestimmung übergeben werden kann.

Was kostet Charlottenburg? Die scherzhafte, einem Geldpropheten in den Mund gelegte Frage beantwortet die amtliche Statistik in exakter Weise. 690 Millionen Mark beträgt, nach dem soeben erschienenen Heft der Charlottenburger Statistik, der Werth der bebauten und unbebauten Grundstücke Charlottenburgs, soweit sie sich in Privatbesitz befinden. Die Zahl ist gewonnen auf Grund der Einschätzung der in Charlottenburg bestehenden Grundsteuer. Auf die bebauten Grundstücke entfallen 500 Millionen Mark, auf die unbebauten 100 Millionen. Der durchschnittliche Werth bebauter Grundstücke beträgt 115 M. 8 Pf. pro Quadratmeter, der Werth der unbebauten 11 M. 28 Pf. Den höchsten Werth haben die Grundstücke in den zum Berliner Westen gehörenden Theilen Charlottenburgs. An erster Stelle steht hier der 21. Stadtheil, der von der Kurfürsten-, Luther-, Kleist- und Rettelbeckerstraße umgrenzt wird. Dort kostet der Quadratmeter bebauter Fläche 330 M. 30 Pf.

Ein elektrischer Schiffszug wird demnächst in der Nähe Berlins in Betrieb gesetzt werden, und zwar, wie die vom Zentralverein für Hebung der deutschen Fluß- und Kanalschiffahrt herausgegebene „Zeitschrift f. Binnen-Schiffahrt“, mittheilt, auf dem Havelkanal zwischen Eberswalde und Angöfer Schleuse. Die Anlage wird von der Firma Siemens u. Halske hergestellt und soll zunächst nur Versuchszwecken dienen. Bewährt sie sich auf der genannten Strecke, so wird ihre Einführung auf dem ganzen Großschiffahrtswege Berlin bis Stettin geplant. Die Anlage ist ähnlich wie die einer elektrischen Bahn. Längs der Havel zieht sich ein Gefälle für die elektrische Oberleitung hin. Auf dem Treidelstege ist ein schmalspuriges Geleise gelegt, worauf sich kleine Wagen bewegen, die mit den Schiffsfahrzeugen verbunden werden und diese ziehen. Die elektrische Zentralstation befindet sich nahe der Eisenbahnbrücke bei Eberswalde. Die ganze Vertriebsstrecke soll im Herbst dieses Jahres fertiggestellt sein.

Redakteur wiedergefunden. Das „Voll“ schreibt: Der Redakteur der „Moabiter und Charlottenburger Nachrichten“, Paul Kleemann, der in voriger Woche als „vermißt“ gemeldet wurde, ist, von Leipzig kommend, wieder bei seiner Mutter hier wohlbehalten eingetroffen. Er hat sich also nicht das Leben genommen, wie er anfänglich aus Leipzig geschrieben. Herr Kleemann war auf Risiko ohne besondere Geldmittel nach Leipzig gefahren, um ein ihm günstigeres Engagement zu suchen. Da seine Erwartungen nicht in Erfüllung gingen, ihm außerdem das Geld zur Rückkehr fehlte, so unternahm er die Rückreise von Leipzig nach Berlin zu Fuß. Unterwegs war der „reisende Redakteur“, der Tag und Nacht von Leipzig, ohne Paß zu halten, marschirt war, zwischen Treuenbriehen und Pechlig des Nachts von Gendarmen als des Ueberfalls auf den Radfahrer Willy Köpfer verdächtig angehalten, aber bald wieder freigelassen.

Zu Grünau verunglückte am Sonntag Nachmittag in der sechsten Stunde in der Nähe der Havel'schen Bade-Anstalt ein Herr beim Baden. Ein in der Bade-Anstalt befindlicher Herr, der eben im Begriff war, sich anzuleiden, sah ihn untergehen, sprang ihm sofort nach und holte den Verunglückten, der bereits auf den Grund des an dieser Stelle sehr tiefen Wassers gesunken war, wieder heraus. Da zum Glück sofort ärztliche Hilfe beschafft werden konnte, gelang es bald, den Verunglückten wieder ins Leben zurückzurufen. Der Lebensretter ist ein junger Däne namens Forstlund und von Beruf Drechsler.

Gerichts-Beilage.

Die Privatklage des Redakteurs Erdmannsdorffer gegen den Pastor Iskraut stand gestern zur Verhandlung vor der Berufungs-Strafkammer an. Am 19. Februar d. J. fand im Artushof eine öffentliche Versammlung der „deutschnationalen Reformpartei“ statt, in welcher Pastor Iskraut über den „Verzweigungskampf der kleinen Gewerbetreibenden gegen die Ransch-Bazare“ sprach. In der Diskussion trat ihm der Privatkläger Erdmannsdorffer, der längere Zeit für die Partei gearbeitet hatte, entgegen; er suchte seine Stellung zur deutsch-nationalen Reformpartei und den Grund zu seinem Austritte aus derselben klar zu legen, warf ihm Unkenntnis der Bestrebungen der Sozialdemokratie vor und beleuchtete die Mangelhaftigkeit der Gründe des Redners gegen die großen Warenhäuser. Pastor Iskraut verteidigte sich und bezeichnete den Privatkläger in seiner Erwiderung als einen „fremden Patron“ und „eingebildeten jungen Mann“. Er ist deshalb vom Schöffengericht zu 25 M. Geldstrafe event. 3 Tagen Gefängnis verurtheilt worden, seine Widerklage aber ohne Erfolg geblieben, weil das Schöffengericht annahm, daß die Äußerungen des Privatklägers keine persönliche Beleidigungen, sondern nur eine scharfe Kritik des Auftretens des Pastors Iskraut darstellten. Gegen das erste Urtheil war von beiden Seiten Berufung eingelegt worden. Pastor Iskraut behauptete, daß er die unter Anklage gestellten Bemerkungen über den Angeklagten nur gemacht habe, um ihn vor dem Unwillen der Versammlung zu schützen! Sein Rechtsbeistand, Rechtsanwalt Gröning, war der Meinung, daß auch die Äußerungen des Privatklägers den Beklagten hätten schwer kränken müssen. Auf der anderen Seite hielt Rechtsanwalt Vokmar die dem Angeklagten auferlegte Strafe für viel zu niedrig, da es sich keineswegs um ein plötzliches Aufbrausen eines sonst friedfertigen Mannes, sondern eines Geisteslichen handle, von dem das Konsistorium in einem Erlaß gesagt habe, daß sein Vorleben eine „ununterschiedene Kette von Konflikten mit Behörden, Amtsbrüdern und Gemeindegliedern darstelle“, der auch schon wiederholt wegen Beleidigung bestraft sei. Pastor Iskraut behauptete dem gegenüber, daß dieser aus Anlaß seiner nicht-befähigten Wahl zum Prediger an der Sophiengemeinde ergangene Erlaß des Konsistoriums ihm selbst von der Behörde vor-enthalten, dagegen in etwas mysteriöser Weise den Gegnern zur Verfügung als Agitationsmittel zugestellt worden sei. — Rechtsanwalt Vokmar behauptete, daß diese Angabe des Pastors Iskraut durchaus falsch sei und beantragte, um die Wahrheitsliebe des Angeklagten zu prüfen, die Einholung einer amtlichen Auskunft des Konsistoriums darüber, daß dessen Erlaß dem Pastor Iskraut ganz formell mitgeteilt worden sei, sowie die Einholung der Akten des Konsistoriums, die jenen Erlaß enthalten. Rechtsanwalt Gröning erhob Einsprache gegen eine solche Vereinzugung des nicht zur Sache gehörigen Vorlebens des Angeklagten; der Gerichtshof beschloß aber, im Sinne des Antrages des Verteidigers nach beiden Richtungen hin Auskunft vom lgl. Konsistorium einzuholen.

Als ein Aufwuchs des zu erwartenden Zensationsprozesses gegen den Oberfaktor Grüenthal war die Verhandlung zu betrachten, welche gestern vor der ersten Ferien-Straf-

kammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsraths Frischgen stattfand. Auf der Anklagebank befanden sich zwei Beamte der Reichsdruckerei, der Betriebsassistent Bruno Erhardt und der Werkmeister Franz Winkler, welche beschuldigt waren, in den letzten fünf Jahren fortgesetzt für an sich nicht pflichtwidrige Handlungen Geschenke angenommen zu haben. In der Untersuchungsphase gegen Grüenthal brachte dieser zur Sprache, daß auch andere Beamte der Reichsdruckerei Unregelmäßigkeiten begingen und hieraus ergab sich das Verbrechen gegen die beiden Angeklagten. Die Anklagebehörde vertrat Staatsanwalt Fiedler, der Angeklagte Erhardt wurde vom Justizrat Sellö, Winkler von Rechtsanwalt Maschlauer verteidigt. Aus der Vernehmung der Angeklagten, welche im wesentlichen geständig waren, ist folgendes hervorzuheben: Erhardt wurde im Jahre 1894 als etatsmäßiger Betriebsassistent in der Reichsdruckerei mit einem Gehalt von 200 M. angestellt. Es gehörte u. a. zu seinen Obliegenheiten, die von den Lieferanten von Gummi arabicum bei der Reichsdruckerei eingehenden Proben zu untersuchen. Es wurde dabei in der Weise verfahren, daß auch der Werkmeister Winkler die Untersuchung vornahm. Dieser hatte das Ergebnis seiner Prüfung dem Witangefragten Erhardt anzuzeigen, welcher es mit seinem eigenen Gutachten zusammenfaßte, in ein dazu bestimmtes Buch eintrug und dies dem Ober-Betriebsinspektor Hensen vorlegte, der dem Verfälscher, ob der Bewerber die Befestigung erhalten solle oder nicht. Es wurden bisweilen Mengen von 12 000 Kilo Gummi bestellt. Im Jahre 1892 trat der Kaufmann Wetthöner mit der Reichsdruckerei als Summilieferant in Verbindung. Eine Schwägerin des Angeklagten Winkler war stille Theilhaberin des Wetthöner'schen Geschäfts und es wurde deshalb angenommen, daß Winkler seine Vermittlung in Anwendung brachte und hierfür klingende Belohnung erhielt. Beide Angeklagte räumten ein, daß Wetthöner ihnen Zuwendungen gemacht habe. Erhardt gab zu, daß er seit 1894 insgesammt gegen 1000 M. in Kisten von 50 bis 150 M. Geschenk erhalten habe. Außerdem habe W. bei gemeinsamen Besuchen von Vokalen jumeist die Probe bezahlt. Erhardt behauptete aber, daß W. ihm die Geldgeschenke nur aus Mitleid gemacht habe; zwischen ihren Familien habe ein freundschaftlicher Verkehr bestanden und W. habe gewünscht, daß er (Erhardt) durch allerlei Sachschicksalgelegenheiten in Noth gerathen war. Winkler schätzte die Gesamthöhe der von W. ihm gemachten Geldzuwendungen auf etwa 400 M. Jumeist habe W. ihm einen Briefumschlag, der einen Schein enthielt, in die Seitentasche seines Rocks gesteckt. Es möge wohl sein, daß Wetthöner sich dafür dankbar erweisen wollte, daß der Angeklagte ihm den Weg gezeigt, wie er seine Offerten bei der Reichsdruckerei zu machen habe. Beide Angeklagte bestritten, daß sie im Stande gewesen seien, einen Fabrikanten irgendwie zu bevorzugen. Es sei wiederholt vorgekommen, daß sie von Wetthöner eingelieferte Proben als ungenügend begutachtet hätten.

Dies wurde vom Ober-Betriebsinspektor Hensen bestätigt. Der Zeuge Wetthöner gab keine Aussage im Sinne der Angeklagten ab. Wenn er Proben und Offerten abgegeben habe, so sei bisweilen eine recht lange Zeit verstrichen, bevor er Bescheid erhalten habe. Er habe sich deshalb an die Angeklagten gewandt mit der Bitte, die Untersuchung etwas zu beschleunigen und dafür habe er sich dann gelegentlich dankbar gezeigt. Er meine, daß dies eine allgemeine Gepflogenheit bei Geschäftsfleuten sei.

Der Staatsanwalt hielt beide Angeklagten für überführt. Er hielt es für unglücklich, daß der Zeuge Wetthöner aus reiner Menschenfreundlichkeit jahrelang den Angeklagten Geldgeschenke zugewendet haben sollte. Wie der Zeuge selbst gesagt habe, sei es ihm darum zu thun gewesen, sich das Wohlwollen der Angeklagten zu erhalten. Die letzteren hätten sich nicht zu antwortenden Handlungen hinreizen lassen, aber was sie für den Zeugen gethan, um ihm gefällig zu sein, gehöre doch zu ihrer Amtstätigkeit. Er beantrage gegen die Angeklagten eine Gefängnisstrafe von je drei Monaten, Entziehung der ihnen zugewendeten Gelder und Aberkennung der Fähigkeit ein öffentliches Amt zu bekleiden auf die Dauer von drei Jahren. Die Verteidiger plädiren aus tatsächlichen und rechtlichen Gründen auf Freisprechung beider Angeklagten. Der ursächliche Zusammenhang zwischen der amtlichen Thätigkeit der Angeklagten und der von dem Zeugen Wetthöner gemachten Zuwendungen lasse sich keineswegs erbringen. Erhardt habe die Zuwendungen jedenfalls als Mensch und nicht als Beamter angenommen. Die disziplinäre Abmahnung werde gegen die Angeklagten nicht ausbleiben, aber die Verteidigung hoffe, daß das Gericht die ohnehin durch Verlust ihrer Stellung schwer Geprüften freisprechen, jedenfalls es aber bei einer Geldstrafe bewenden lassen werde. — Der Gerichtshof kam zu einer Vertheilung beider Angeklagten, billigte ihnen aber mildernde Umstände zu und erkannte gegen Erhardt auf 150 M., gegen Winkler auf 100 M. Geldstrafe. Die empfangenen Summen wurden als verfallen erklärt.

Ärzte und Orts-Krankenkasse. Vor dem Schöffengericht zu Rixhausen i. G. kam dieser Tage eine Beleidigungssache zur Verhandlung, welche beweist, daß auch dort das Verhältniß zwischen der Orts-Krankenkasse und einem Theil der Ärzte sehr gespannt ist. Kläger waren die beiden Ärzte Dr. Vrazis und Dr. Heinrich, Beklagte die zwölf Vorstandsmitglieder der Orts-Krankenkasse Rixhausen-Land. Die letzteren hatten behauptet, die genannten Ärzte vertrieben zu theure Medikamente, sie stecken mit den Apothekern wohl unter einer Decke, und da sie von diesen gewisse Procente bekämen, so suchten sie durch theuere Medikamente den Umsatz zu erhöhen. Der Vorstand ging sogar so weit, dieser Meinung im letzten Jahresbericht der Kasse unverblümt Ausdruck zu geben. Es war darin noch weiter behauptet, die genannten Ärzte suchten zur Sicherung ihrer Existenz mit möglicher Kraftanstrengung der Konkurrenz die Kundschaft zu entziehen und seien unter Hintanhaltung der Interessen von allem nur um ihr materielles Wohl und das ihrer Familie besorgt. Eine Anzahl Ärzte und Apotheker waren als Zeugen und Sachverständige geladen, und drei Anwälte standen sich als Vertreter der beiden Parteien gegenüber. Während ein Theil der ersteren der Ansicht war, die Rezepte hätten weniger theuer ausgestellt werden können, sprach sich die Mehrheit jedoch dahin aus, daß es Pflicht der Kassenärzte sei, auch dem Arbeiter kräftige und stärkende Medizin zu verabreichen, ohne Rücksicht auf die Kosten. Die Angeklagten behaupteten, die intrinseken Interessen der Arbeiter berechtigter Interessen der Kasse gehen zu haben. Das Gericht stellte sich auf die Seite der klagenden Ärzte, indem es von der Auffassung ausging, daß diese in erster Linie für ihre Patienten zu sorgen hätten. Die Beklagten wurden deshalb sämtlich der Beleidigung für schuldig erklärt und zu einer Geldstrafe von je 10 Mark event. 2 Tagen Gefängnis verurtheilt. Den Klägern wurde die Publikationsbefugnis des Urtheils in sämtlichen Wülhauser Zeitungen zugesprochen und außerdem die Entziehung der noch vorhandenen Exemplare des in Rede stehenden Geschäftsberichtes angeordnet.

Die Firma Rudolph Herzog löste sich am 30. April 1896 in ihrer Eigenschaft als Gesellschaft mit beschränkter Haftung auf und der Theilhaber R. Herzog übernahm die sämtlichen Aktien und Posten der Gesellschaft, nachdem er sämtliche Gesellschaftsantheile erworben hatte. Zu den Aktien gehörten eine große Anzahl Grundstücke im Werthe von 8 777 645 M. Der Berliner Magistrat veranlagte nun den glücklichen Besitzer nach der Eintragung der Grundstücke auf seinen Namen gemäß § 1 Absatz 1 der Berliner Umfassung-Ordnung vom 4. Mai 1895 mit 1/2 pCt. des Grundstückwerthes zur Umfassungsteuer, d. h. zu einer Steuer von mehr als 43 000 M. Der Bezirksauschuss wies die hiergegen erhobene Klage mit der Begründung zurück, daß eine Erwerbungs im Sinne der Umfassungsteuer-Verordnung vorliege, da die ehemalige Gesellschaft ein selbständiges Rechtssubjekt gewesen sei. Die Berufung, die gegen dieses Urtheil eingelegt wurde, hatte Erfolg. Das Ober-Verwaltungsgericht erklärte die Heranziehung zur Umfassungsteuer in diesem Falle für unzulässig. Zur Begründung wurde u. a. ausgeführt: Nach § 78 des Gesetzes vom 20. April 1893, der von der Auflösung und Liquidation handele, werde das Vermögen der Gesellschaft mit

beschränkter Haftung unter die Gesellschafter nach dem Verhältnisse ihrer Geschäftsanteile verteilt. Demnach könnte, wenn ein Teilhaber einer solchen Gesellschaft infolge des Gesamtbesitzes aller Geschäftsanteile das ganze Vermögen der aufgelösten Gesellschaft erhalte, nicht von einem Erwerbe auf Grund einer freiwilligen Veräußerung im Sinne des § 1 Absatz 1 der Umfassener-Verordnung gesprochen werden. Vielmehr realisiere hierbei nur derjenige, dem aus dem Gesellschaftsvertrage das gesamte Gesellschaftsvermögen zusteht, dieses ihm zustehende gesellschaftliche Recht.

Verfassungen.

Gänzliche Beseitigung des Straßenhandels und welche Schritte denken wir dagegen zu thun? lautet das Thema, welches in drei, von den Händlern und Händlerinnen einberufenen öffentlichen Versammlungen Gegenstand der Tagesordnung war. Die erste Versammlung in der Kolbergerstraße am Mittwoch war leider nur schwach besucht. Wie als Referent kennzeichnete die Polizeiverordnung als ungerecht gegen die Kleinhandlender; sie laufe auf einen besonderen Schutz der Ladengeschäfte und Markthalleninhaber hinaus, auf deren Anregung die Verordnung anscheinend erfolgt ist, um die Händler aus der Nähe der Markthallen zu verdrängen. Als Beleg zitierte Redner einige abfällige Äußerungen aus der „Kolonialwaren- und Delikatessenhändler-Ztg.“, in welcher darauf hingewiesen wird, daß von den betreffenden Händlern nur „Schundwaare“ verkauft werde. Er, wie die nachfolgenden Redner, erwähnten in ihren weiteren Ausführungen, wie gerade von vielen derartigen Geschäften gewisse Durstfabrikate, bei 2-300 pCt. Verdienst an die Konsumenten verkauft würden. Dagegen habe sich vielfach gezeigt, daß namentlich beim Obsthandel der Käufer lieber beim Straßenhändler, als in der Markthalle oder im Obstladen laufe. Die Polizeiverordnung selbst werde von den Polizeibeamten sehr verschieden gehandhabt. Es möge dann wenigstens eine bestimmte Frist angegeben werden, wie lange ein Straßenhändler auf der Straße anhalten könne. Um sich aber gegen die zu Unrecht erlassenen Beschränkungen zu wehren, wurde jedem Straßenhändler empfohlen, von jetzt ab gegen jedes erhaltene Strafmandat Berufung einzulegen, um die richterliche Entscheidung herbeizuführen. Zu diesem Zweck sei bereits der Rechtsanwalt Heine von der Agitationskommission der Händler beauftragt worden, um die Entscheidung des Kammergerichts zu veranlassen. — Eine zweite Versammlung am Freitag konnte leider wegen schwachen Besuchs nicht abgehalten werden. Eine dritte Versammlung am Sonntag Nachmittag war ebenfalls nur mäßig besucht, so daß es den Anschein erweckt, als ob die Mehrzahl der betroffenen Straßenhändler in ihrer Gleichgültigkeit sich bereits an die geschaffenen Verhältnisse gewöhnt habe. Hier wie in den früheren Versammlungen wurde mit Nachdruck darauf hingewiesen, die in den Lokalen der verschiedenen Stadtteile ausgelegten Petitionsbogen zu unterzeichnen und gleichzeitig die Sammellisten zum Agitationsfonds zu beachten, um die erforderlichen Gelder aufzubringen. In nächster Zeit soll durch weitere Versammlungen der Versuch gemacht werden, die übrigen Händler aufzurütteln.

Eine der ersten Protestversammlungen gegen den geplanten Gesetzesentwurf betreffend die Einschränkung des Koalitionsrechtes fand

am Sonnabend Abend in Gassen statt. Die Metallarbeiter hatten eine Versammlung schon längere Zeit vorbereitet, und gleich nach Bekanntwerden der Kaiserrede die Tagesordnung der Anknüpfung des Gesetzesentwurfes entsprechend abgeändert. Es wurde die veränderte Tagesordnung schnellstens noch bekannt gemacht, und der Erfolg war ein großartiger zu nennen. Der Referent, Genosse Kohrstad, legte die Geschichte der Beschränkungsbestrebungen der Koalitionsfreiheit bis auf den heutigen Tag dar und kam zu dem Schluss, daß der einzige richtige Protest der Massenbeitritt zur Organisation sei. Viele der Anwesenden folgten dem Rufe, noch mehr werden folgen.

Eine sehr stark besuchte Versammlung der Schlächtergehilfen tagte am Sonntag bei Cohn, Beuthstraße, in der Genosse Kehler über die Nothwendigkeit der Berufsorganisation referierte. Dem oftmals durch Beifall unterbrochenen Vortrag folgte eine längere lebhafte Diskussion, in der die vielfachen Mängel im Schlächtergewerbe kritisiert wurden. Insbesondere wurde auf die überaus lange und unregelmäßige Arbeitszeit hingewiesen und angeführt, daß entgegen den gesetzlichen Vorschriften die Sonntagsarbeit in den verschiedenen Geschäften platzgegriffen hat und geradezu Unas geworden ist. Im weiteren traten sich mehrere Redner gegen die übliche Kündigung an den Sonntagen aus und bemängelten die verschiedenartigen Liebesstände hinsichtlich des Herbergens. Wie angeführt wurde, sind diesseitig die Gehälter bei der Fleischermimung schon wiederholt vorstellig geworden, ohne daß die gewünschte Abhilfe erfolgt ist. Außerdem wurde über die niedrigen Löhne, die nach den Ausführungen der verschiedenen Redner im allgemeinen nur 7 bis 10 M. pro Woche betragen, Klage geführt.

Schließlich gelangte eine Resolution zur Annahme, die als Programm für die weiteren Maßnahmen gelten soll und folgenden Wortlaut hat: Die Schlächtergehilfen Berlins erklären die Verfürgung der übermäßigen Arbeitszeit, die sie physisch und wirtschaftlich schwer schädigt, für ihre wichtigste Aufgabe und werden alle gesetzlichen Mittel zu deren Erreichung anwenden. Sie beauftragen eine Kommission mit den Vorarbeiten für die zu gründende Vereinigung der in den Schlächtereibetrieben beschäftigten Arbeiter und betrauen sie gleichzeitig damit, eine Eingabe an die gesetzgebenden Körperschaften sowie an die Reichskommission für Arbeiterstatistik einzureichen, in der eine Regelung der Arbeitsverhältnisse im Schlächtergewerbe, ähnlich der im Wägereigewerbe, gefordert wird.

Die Graveure und Ziselure Berlins hatten am 6. d. M. im Dresdener Garten ihre Jubiläumerversammlung. Unter Geschäftlichem macht der Vorsitzende bekannt, daß vier Kollegen dem Verbände beigetreten sind. Sodann hielt Herr Dr. Kailowski einen Vortrag über „Die soziale Bedeutung der Geschlechtskrankheiten“. Die darauf folgende Diskussion gestaltete sich sehr interessant, speziell fand ein kleines Schammügel zwischen dem Referenten einerseits und den Mitgliedern Sieverl und Bräuner andererseits über den Punkt statt, ob Frauen zum Studium der Medizin zugelassen werden sollen. Unter Verschiedenem wird eine Frage betreffs der Jagdzeitung gestellt, doch wurde der vorgeschlagenen Zeit wegen beschlossen, die Sache in der nächsten Versammlung zu

besprechen. Ebenso wird die Wahl eines Expedienten der Fachzeitung zurückgestellt. Zum Schluss wurde auf das am 12. November im Konzerthaus Sanssouci stattfindende Wintervergnügen aufmerksam gemacht.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Hülle (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll. Schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Donnerstag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

Berichtigung. In der in der Sonnabendnummer veröffentlichten Abrechnung über die Sammlung für den armen Weber in Neurode muß es unter b) heißen: „Von den Arbeitern in Nobels Brotfabrik, Müllerstr. 11, 6,30 M.“, nicht Nobels Brotfabrik, Müllerstraße.

100. Wir bedauern, Ihnen leider keinen zweckmäßigen Rath erteilen zu können. Falls Sie schon längere Zeit in Ihre Lebensversicherungsgesellschaft Beiträge gezahlt haben, wenden Sie sich an diese.

101. König Ludwig II. von Bayern ist am 13. Juni 1886 im Starnbergersee ertrunken.

102. 10 Monate. — **Kretschmer.** Briefliche Antwort erhalten wir nicht. Verjährung liegt nicht vor, Fiskus ist in Ihrem Falle im Recht. — **Petermann.** Sie sind an den Vertrag gebunden, die Gesellschaft kann Zahlung der noch verbleibenden 90 M. verlangen. Sie hätten unterer so häufig angegriffenen Mahnung, nichts zu unterschreiben, was man nicht durchgesehen und mit dessen Inhalt man nicht voll einverstanden ist, Bedingung scheitern sollen. — **M. C. Ja. — C. M. 30.** Die von Ihnen angeforderte dingliche Last ruht auf dem Grundstück, nicht nur auf dem Hause. Sie gilt auch für Neubauten. — **H. Göhne.** Der Verleumdung kann Vorwurf werden, die Strafe ist einstufig. — **H. B. 100.** Sie können Strafanzeige erheben. Der Erfolg wäre zweifelhaft. — **Koch.** Sie können auf Ungültigkeit des Vertrages klagen. Erfolg würde Ihre Klage aber nur haben, wenn die betreffenden Rängel in erheblichem Umfange vorhanden sind und die Abstellung nach dem 1. Oktober unmöglich wäre. Ist letzteres nicht der Fall, so können Sie nur auf Beseitigung der Rängel und Schadensersatz mit Aussicht auf Erfolg klagen. — **100.** 1. Wittwen oder Wittwer müssen sich vor ihrer abermaligen Verheiratung mit ihren minderjährigen Kindern vor Gericht auseinandersetzen. 2. Erbunter dem 7. September ist ausführlich dargelegt, wann Forderungen verjähren.

Witterungsüberblick vom 12. September 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 9° C. — 10° F.	Stationen	Barometer hand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 9° C. — 10° F.
Schwabmünde	760	SW	2	2/3 bed.	15	Saparanda	753	SW	1	wolkig	9
Hamburg	760	SW	3	4 bed.	14	Betersburg	760	SW	1	wolkig	11
Berlin	761	SW	2	2 heiter	10	Sait	767	SW	2	wolkig	13
Wiesbaden	763	SW	1	1 wolkig	16	Aberdeen	757	W	2	heiter	12
München	765	SW	5	5 wolkig	20	Paris	763	O	3	wolkig	16
Wien	763	SW	1	wolkig	13						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 13. September 1898.
Ein wenig kühler, vielst. heiter, zeitweise wolkig bei mäßigen westlichen Winden und etwas Neigung zu Gewitterbildung.
Berliner Wetterbureau.

Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker.

Berlin und der Umgegend
Am 10. d. M. verlor nach kurzem Krankenlager unser lieber Kollege, der Musiker

Franz Kutscher,
im 39. Lebensjahre.

Wir werden dem Verstorbenen ein ewiges Andenken bewahren. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 13. d. M. von der Leichhalle des St. Hedwigskirchhofes, Dalkhorfer Chaussee, aus statt. Der Vorstand.

Codes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 11. Sept. unser ungeliebter Sohn u. Bruder, der Schloffer

Fritz Hoffmeister

nach langen, schweren Leiden verstorben ist.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 14. September, nach 4 Uhr, vom Trauerhause Fürstenthalerstraße 3, nach dem Georgenkirchhof, Landberger Allee, statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Orts-Krankenkasse der Sattler.

Am Freitag, den 9. d. M., starb das Mitglied

August Pöthig.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 13. d. M., nach 4 Uhr, von der Leichhalle des Krankenhauses Am Urban aus nach dem Thomas-Kirchhof in Rixdorf, Hermannstr. 79-83, statt.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, sage allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den beiden Gesangsvereinen, sowie den Kollegen aus den Fabriken von Pflanz und Holz, meinen tiefgefühltesten Dank. Die trauernde Wittve Emma Tübbecke.

Von der Reife zurück.

Dr. Carl Engel,
Muskauerstraße 37.

Ribbe's Restaurant,
Pankowstr. 62.

Empf. u. Vereinsm. in Pankow f. 30 bis 30 Personen. Albat Ribbe.

W. Fahr
Arbeitsanzüge Brunnenstr. 112.

Figurrengsch. Borort, nachmitt. gut. Sill. d. verl. Adr. u. A. Z. Postamt 19.

Sozialdemokratischer Verein für Stralau, Rummelsburg und Umgegend.

Mittwoch, den 11. September, abends 8 1/2 Uhr:

Große öffentliche Versammlung im Lokale des Herrn Garsch in Stralau.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Paul Hirsch über: „Die sozialen Ursachen der Verbrechen“. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Zentralverband der Lösser und Bernissen. Deutschlands,
Hauptstelle Berlin.

Donnerstag, den 15. September, abends 6 Uhr, in Buske's Salon, Grenadierstraße Nr. 33:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Generalkonferenz. Die Mitglieder werden gebeten, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. — Wache willkommen. Die Ortsverwaltung.

Parteigenossen Berlins!

Am Dienstag, den 13. September, abends 8 Uhr:

6 öffentliche Versammlungen der Parteigenossen und -Genossinnen

- in folgenden Lokalen:
1. Wahlkreis: **Arminhallen, Kommandantenstraße 20.**
 2. " **Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg.**
 3. " **Berl. Ressource, Kommandantenstr. 57.**
 4. " **Stechert, Andreasstraße 21.**
 5. " **Brauerei Bötzw, Prenzlauer Thor.**
 6. " **Kolberger Salon, Kolbergerstraße 23.**

Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Berichterstattung von der Brandenburger Konferenz. 2. Diskussion. 3. Stellung zum Stuttgarter Parteitag. 4. Wahl von Delegierten zu demselben. 5. Wahl der Mitglieder der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg. — Um recht zahlreiches Erscheinen eruchen

Die Vertrauenspersonen.

Achtung! Genossinnen, Genossen! Achtung!

Am Mittwoch, den 14. September, abends 8 Uhr:

Zwei Protest-Versammlungen.

1. **Am Kösliner Hof, Köslinerstraße Nr. 8.**
Referentin: Genossin Lily Braun.
2. **Am Konzerthaus Sanssouci, Kottbusserstr. 4a.**
Referentin: Genossin Marie Greifenberg.

Donnerstag, 15. September, abends 8 Uhr, bei Kessler, Koppenstraße 29:

Protest-Versammlung.

Referentin: Genossin Klara Zetkin.

Tages-Ordnung in allen 3 Versammlungen:
1. Zollen bei gewerblichen Streitigkeiten nur Männer über Frauen Richter sein? 2. Diskussion. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen eruchen

Die Vertrauensperson.

Achtung, Maurer!

Mittwoch, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr, in Buske's Salon, Grenadierstraße 33:

Baudeputirten-Versammlung.

Tages-Ordnung: Situationsbericht und Verschiedenes.
Wegen der Behandlung einer dringenden Angelegenheit halten wir es für notwendig, daß jeder Bau durch einen Deputierten vertreten ist.
Die Lohnkommission der Maurer Berlins und Umgegend (Centralverband deutscher Maurer).
A. K.: Karl Panzer.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Mittwoch, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr, in Grändel's Salon, Brunnenstraße 188:

Bezirks-Versammlung für Dranienburger- u. Rosenthaler Vorstadt.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Jahn über: „Die Ergebnisse der Gewerbeinspektion“. 2. Diskussion. 3. Wahl der Bezirksleitung, Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Wache haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Die Bibliothek befindet sich Künkenstr. 39. part., und ist geöffnet von 9-1 Uhr vormittags und von 4-7 Uhr nachmittags; Dienstag und Donnerstag von 9-1 Uhr vormittags und 4-9 Uhr nachmittags.
Die Ortsverwaltung.

113/13

Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW., Beuthstr. 2.

Gerade jetzt dürften wieder lebhaftere Diskussionen stattfinden über Theorie und Praxis des Anarchismus. Wir empfehlen daher:

Pichanow, Anarchismus und Sozialismus

Preis 10 Pfennig. — Porto 5 Pfennig.

In weicherhaltener Darstellung entwickelt der Verfasser den Gegensatz zwischen Sozialismus und Anarchismus, sowohl in prinzipieller wie tatsächlicher Hinsicht, und gibt eine kurze Geschichte der anarchischen Theorien.

Musikinstrumenten-Handlung

von

Julius Luderer

Klingenthal, Kirchstraße Nr. 105

empfehlen alle Sorten von Musikinstrumenten.

Spezialität: Mund- u. Ziehharmonikas,

Zithern, Geigen u. s. w.

sowie alle Bestandteile zu Instrumenten wie: Saiten,

Bogen u. s. w. Lieferung nur gegen Nachnahme.

Alle Parteigenossen werden ganz besonders auf dieses Angebot aufmerksam gemacht, da Jandner durch Mahnung für Wahlthätigkeit gezwungen wurde, sich selbstständig zu machen. (8800*)

Arbeitsmarkt.

Achtung, Holzarbeiter!

In der Möbelfabrik von

Zelder & Plathon,

Königsbergerstr. 26-27 u. 28-29,

dauert der Streik fort.

Zuzug fernhalten.

Versilberer verlangt Göpfer.

Blumenstr. 63, Hof III. 918b

Tüchtige Mamsells

auf bessere Damens-Jackets, nur im Hause, Lohn: 3.00, 3.20, 3.50, 4-5 Mark per Stück, sowie 25 Pf. Verbehalten-Vergütung p. Stück. Beschäftigung das ganze Jahr, werden verl.

M. Holz & Co.,

847b) Damen-Konfektion, Markgrafstraße Nr. 43/44.

Kissenmachern

zur Nachricht, daß von jetzt ab Aufnahme in den Verein nur in den Versammlungen stattfindet. Jedoch nimmt Annahmungen Rest. Klänge und Kassiere Hauke entgegen.

Der Vorstand.

Ein Hagarrenmacher, welcher auch gute Wästel macht verl. Kirbort, Gestr. 7.

Lehrmädchen,
12 Mfr. Vergütung, sucht Blumenfabrik Lewin u. Neufeld, Ritterstraße 45. 908b

Morgenrot-

Arbeiter auf ein. und mittl. Genre finden dauernde Beschäftigung gegen Vorlage von Probearbeit bei Job n. Certeft, Mohrenstr. 42, 8-1. *

Blusen-

Arbeiter auf ein. und mittl. Genre finden dauernde Beschäftigung gegen Vorlage von Probearbeit bei Job n. Certeft, Mohrenstr. 42, 8-1. *

Blusenhemden-

Arbeiter auf ein. und mittl. Genre finden dauernde Beschäftigung gegen Vorlage von Probearbeit bei Job n. Certeft, Mohrenstr. 42, 8-1. *

Costüme-

Arbeiter auf ein. und mittl. Genre finden dauernde Beschäftigung gegen Vorlage von Probearbeit bei Job n. Certeft, Mohrenstr. 42, 8-1. *

Plätterinnen

verlangt Dampfdruckerei „Ostend“, Blumenstr. 30.

Tüchtige Stabdodenleger

auf Asphalt und Einpaster und Arbeiter sofort. 909b

G. Peter, Altonaerstr. 30.

Stuckateur.

Ein tüchtiger Werkstoff-Arbeiter, Former und Stieher, findet Beschäftigung. Tageslohn 4,50-5,50 Mark. Schriftl. Einwendung an Dekorations-Bildhauer Hans Ehr. Berg, Götterstraße 91, Kopenhagen 8. 910b

Handbinder oder Lagerarbeiter gründlich erfahren im Tapeten-Geschäft finden dauernde Stellung bei 25 M. Wochenlohn. Bewerbungen unter A. G. an die Exped. d. Ztg.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, den 13. Septbr.:
Opernhaus, Mignon, Auf. 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus, Sappho, Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches, Der Hibernier, Anfang 7 1/2 Uhr.
Festung, Heilige Liebe, Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner, Othello, Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues, Othello, Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen, Frühlingsschwärmer, Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol, Das Paradies der Frauen, Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller, Der politische Kannegießer, Anfang 8 Uhr.
Central, Die Geisha, Auf. 7 1/2 Uhr.
Volk, Alliance, Ueber Land und Meer, Anfang 8 Uhr.
Cicero, Schlang sel. Wwe, Anfang 7 1/2 Uhr.
Enrico, Der Kaufmann von Venedig, Anfang 8 Uhr.
Friedrich, Wilhelmshändel, Leopoldi Fregoli (Berwandlungskünstler), Camaleonte, Eldorado, Zum Schluss: Fregoligrapp, Anfang 8 Uhr.
Alexandersplatz, Demi-Ronde, Anfang 8 Uhr.
Urania, Taubenstr. 48-49, Naturkundliche Ausstellung, Täglich geöffnet von 10 Uhr vor-mittags ab, Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Jubiläumstr. 57/62, Täglich abends von 8-10 Uhr: Stern-warte, Operntelephon.
Apollo, Spezialitäten-Vorstellung, Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen, Spezialitäten-Vor-stellung, Anfang 7 Uhr.
Passage-Panoptikum, Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Dienstag:
Der politische Kannegießer.
Mittwoch:
Hamlet.
Donnerstag:
Der Geizige.

Metropol-Theater.
Bühnenstr. 55-57.
Direktor: Rich. Schultz.
Theater-Telephon Amt I Nr. 378.
Kasseler-Telephon Amt I 2126.
Novität: Zum 11. Male: Novität:
Das Paradies der Frauen.
Gr. Ausstattungsspiel mit Gesang u. Tanz in 6 Bildern nach Blum u. Tschö's "Madame Satan" von Jul. Freund, Musik von Jul. Einödhofer u. Vert. Sänger. In Szene gesetzt vom Dir. Richard Schulz. Der chorographische Theil v. Balletmeister Louis Gundlach. In 2. Bilde: Ballet u. Die Woden des Jahrhunderts. (60 Damen). In 6. Bilde: Eva's Vermählung, großes Balletspiel mit Woppefe (80 Damen).
Preise der Plätze: Orchesterfontaine 4,50 M., Parterre 3 M., Parket 2 M., Balkon 1,50 M. Von 9 Uhr ab 1 M.
Anfang der Vorstellung 1/8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Das Paradies der Frauen. Restaurant unter Leitung des Hoflieferanten S. Schardt. Konzert der Tschokkossan-Kapella Petrow.

Zwischen-Theater
34. Reichsbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Zum 1. Male: Mit neuer historischer Ausstattung:
Der Kaufmann von Venedig.
Lustspiel
in 5 Akten von W. Schaferspeare, überfetzt von K. W. v. Schlegel. Epilog, ein Jude: Ludwig Masson.
Mittwoch:
Seine Puppe.
Vollständ. mit Gesang in 3 Akten von Max Schönhau.
Musik von Fritz Krauss.
Hierauf: A. Angelotti, Verwandlungskünstler in seiner Tragi-komödie
Entdeckt!

Seine Puppe.
Vollständ. mit Gesang in 3 Akten von Max Schönhau.
Musik von Fritz Krauss.
Hierauf: A. Angelotti, Verwandlungskünstler in seiner Tragi-komödie
Entdeckt!

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Direktion: Winkler und Fröbel.
Nur noch bis Donnerstag:
Rich. Winkler u. Wilh. Fröbel in der erfolgreichen Gesangs-Vorlesung:
's ist unheimlich!
Dazu das mit großem Beifall aufgenommene
Spezialitäten-Programm.
Neu! Carola Carla, Neu! Prima-Ballerina und Verwandlungskünstlerin. Auf. 7 1/2 Uhr, Sonnt. 6 Uhr.
Entrée 50 Pf.
Freitag, den 16. September:
Erstes Auftreten des ersten deutschen Original-Vitz-Verwandlungskünstlers
Fred Edlawi.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Täglich:
Vom Matherhorn z. Jungfrau.
Invalidenstr. 57/62:
Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panoptikum.
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Im Theatersaal von 6 Uhr ab:
Théâtre-Variété.
Ohne Extra-Entrée.
Neues September-Programm.

Castan's Panoptikum.
Major Graf Walsin-Esterhazy.
Neu!! Lebende Bilder dargestellt von 6 jungen schönen Damen.

Central-Theater
Direktion: J. Ferenczy.
Die Geisha
oder: Eine japanische Ehehand-Geschichte.
Operette in 3 Akten von Owen Hall. Musik von Sidney Jones. Deutsch von G. M. Höhr und Julius Freund. In Szene gesetzt von J. Ferenczy. Dirig. Dr. Kapellmeister S. Goldmann. Kasseneröffnung 1/7 Uhr.
Anfang 1/8 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Die Geisha.

Opfer-Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Novität! Zum 7. Male: Novität!
Schlutz sel. Wwe.
Gesangsbücherei in 3 Akten von D. Henschel, bearbeitet v. J. Dill. Musik von G. Steffens.
Anfang 8 Uhr.
-Vorzugsbillets haben Gültigkeit. -Vorzug: Humoristischer Prolog, gesprochen von Carl Weiß.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Ostend-Theater-Konzert-Garten.
Große Spezialitäten-Vorstellung.
Konzert.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Passapartouts haben Gültigkeit.

Reichshallen.
Sonnabend, den 17. Sept.:
Erste Soirée
der allbeliebten
Stettiner Sänger
(Weibel, Victor, Belton, Steidl, Arone, Möhl, Schneider und Schrader).

Anfang präzis 8 Uhr.
Kasseneröffnung 8 Uhr. Entrée (Saal durchweg) 50 Pf., Vorpost. 40 Pf., Num. Balkon 75 Pf., Balkon-Vogen 1 M., Orchester-Vogen 1 M. 50 Pf., Fremden-Vogen 2 M. Die Tageslosse ist von 11-1 Uhr geöffnet.
Vor der Soirée: Konzert.
Musikalisch-humoristisches-orchestraler Eröffnungs- Fest-prolog von Keyssol.

Reichshallen-Restaurant
(vom 17. Septbr. an):
Jed. Abend 8 Uhr: Gr. Konzert des Reichshallen-Orchesters. (Kapellmeister Max Schmidt).
Vom 18. September an: Täglich **Grosser Mittagstisch.**
Während des Diners: Konzert des gesamten Reichshallen-Orchesters.
Restauration-Chef: Felix Müller.
Küchen-Chef: Fritz Schallier.

Mähr's Theater
Oranienstr. 21.
Täglich:
Große Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Berliner Wäpcher-Mädchen.
Anfang an den Wochentagen 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Vom 8. haben Gültigkeit.

Alcazar-Theater
Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Novität! Täglich: Novität!
Die Kiebig.
Große Ausstattungsspiel mit Gesang und Tanz.
Neu! Neu! Neu!
Meta's Verlobung.
Schwank in 1 Akt.
Gesamtauftritt des durchweg neuengagierten Künstler- und Spezialitäten-Personals.
Anfang: Sonntag 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. Res. Platz 50 Pf. Vorzugsbillets haben Gültigkeit.
Achtung! Achtung!
Feldschlösschen,
Wäpcherstr. 142. 57300.
Jeden Mittwoch: Großes Kinder-fest mit Verlobung.

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.
Um den Preis von 300 Mark Gr. Entscheidungs-Ringkampf
am Mittwoch, 14. September, abends 7 1/2 Uhr, zwischen dem bisher unbesiegt gebliebenen Ind. Ringer **Mhabool Khan** und dem preisgekrönten Berliner Ring-kämpfer, dem Schlichter Herrn **Paul Jankowski.**
Dauer des Kampfes bis zur Entscheidung!!
CARL HAGENBECK'S INDIEN.
Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Oranien-Hallen
Am Moritzplatz. Oranienstr. 51. Am Moritzplatz.
Inhaber: Hermann Scholze 54562.
empfehle seine Säle den Vereinen zu Versammlungen und Festlichkeiten.
Im unteren Saal täglich: **Frei-Konzert.**

Max Klien's Sommer-Theater,
Gajenhalle 14/15. - Artistischer Leiter: Paul Milbits.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung
Neues Programm:
Wienecke's Zwerg-Theater. Mackwell, Frohmannsch. Benedetti, Amator. Edler von Metz, Transformations-künstler. Bertolotti, Jongleur. Max Grabow, Komiker. Elsa Rottli, Chantonnelle. „Das Täubchen von Quedlin-burg“, Volkstümlich mit Gesang.
In den Festsälen:
Grosser Ball.
Die Kaffeeküche ist geöffnet.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 118.
Otto Reutter
Consuelo Tortajada
Les Minstrels Parisiens
und 15 hervorragende Debuts.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr, Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 10.
Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Eine Stunde Kaiser von Oesterreich.
Historisches Lustspiel in 1 Akt von Oppenheim.
Liederei in Italien.
Romisches Lustspiel in 2 Akten von Fritz Walden. Musik von W. Diefel.
Im Saal: **Ball.**

Concerthaus.
Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett,
Humoristen- und Schauspiel-Ensemble.

Der liebe Onkel.
Lustspiel
in 4 Akten von Rudolf Kneifel.

Prater-Theater,
Rokanien-Allee 79.
Robert und Bertram.
Poffe mit Gesang in 3 Akte von R. Ader.
Klown Tanti mit seinen dreistriren Hunden. Tho 3 Forleys, chinesische Excentric. Gebr. Milano, Grottesque-Duettisten. Elly Viola, Koffin-könig. Jan and Jim, Knodskov. Morleys, Fata Morgana.
Konzert u. Ball.
Anfang 4 Uhr.
Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf. Kalbo.

Buske's Säle,
Grenadierstr. 33.
Empfehle meine schönen Säle, große und kleine Vereinszimmer mit und ohne Piano. 59700.
Altes Schützenhaus
Eisenstr. 5 8455
empfehle seine neuen Säle.

E. Joachim's Möbelfabrik
Innungs-Meister, 5076L.
Berlin, Neue Königstrasse 59,
nahe dem Alexanderplatz.
Bürgerl. Wohnungs-Einrichtungen.
Grosses Lager
neuer u. verliehen gewesener Möbel.
Theilzahlung gestattet. - Beamten ohne Anzahlung.
Illustriertes Musterbuch gratis und franko.
Fernsprecher Amt VII, 3445. Fernsprecher Amt VII, 3446.

Produktiv- u. Einkaufs-Genossenschaft für Radfahrer.
Wir empfehlen unseren Mitgliedern Acetylenlampen von 6 M. Alle anderen Ver-darsartikel billigst.
8806 Die Geschäftsstelle: W. Wiese, Erdingerstr. 7.
B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Vorträtts sozialistischer Führer, Unfälle, Wurz u. in Cigaretten, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Bähnen, Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preisliste!)
Fordern Sie nur den vorzüglich schmeckenden **preisgekrönten dänischen Kautabak** aus der größten Tabakfabrik Dänemarks C. W. Obel, Halsborg und Kopenhagen. - General-Vertrieb für Berlin: Carl Röcker, Grüner Weg 8. Telefon-Amt VII 3961. 54045.

Kranzbinderi u. Blumen-handlung
von 50452
Robert Meyer,
No. 2. Mariannenstr. No. 2.
Wohnungs-Kränze, Girlanden, Ball-festlichkeiten, Bouquets u. werden sehr geschmackvoll und preiswert geliefert.

Sophastoffe
auch **Reste**
in Nipps, Damast, Crepe, Phantase, Gobelin und Blaus (spottbillig) 49719.
Proben franko!
in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Berlin S.,
Emil Lefèvre, Crankestr. Nr. 158.

Gänsefedern 60 Pf.
gr. Pf. (gebete zum Neigen).
Schlachtsfedern, wie sie v. d. Gans fallen, mit allen Dämmen M. 1,50, halberer Scherz M. 2,00, halberer Scherz M. 2,50, 3,00, beste Scherz M. 3,50, russische Dämmen M. 3,50, weiß böhm. Dämmen M. 5,00, ge-messene Federn M. 1,50, 2,00, 3,50, Prima gefüllte M. 3,00, 3,50, Versand gegen Nachnahme.
Echte Bettfedernfabrik m. elektr. Veredlung. Viele Anerkennungs-schreiben.
Berlin S.,
Emil Lefèvre, Crankestr. Nr. 158.

Gr. Möbilverkauf,
passende Gelegenheit für Brautleute, Wochenausstr. 15. Möbel-Ausstattungs-magazin, lassen viele Wohnungs-Ein-richtungen, verziehen gemessene und neue Möbel zu sehr mäßigen Preisen verkauft werden. Durch große Ver-legenheits-Einkäufe zu billigen Preisen ist es mir möglich, schon Einrichtungen für 100 bis 300 Mark zu liefern, fernere herrschaftliche Einrichtungen von 500 bis 2000 Mark. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Besonders billig sind die an herrschaftlichen feste Zeit verziehen gewordenen und zurück-gekauften Möbel, Kleiderständer, Kleider-schrank, Kommoden, 15. Bettstelle mit Matratze 20, nachbaumodernste Kleider-schrank und Wäscheschrank 38 Mark, Aufhängespiegel und Vertikal 30, französische Aufhängespiegel mit Matratze 40, Säulen-Kleiderschrank, Truemeubel, Büchergarnitur 60 Mark, Buffets, Konsolentische, Panzellofen, Damen-, Herrenschreibtische. Gesamte Möbel werden unentgeltlich 3 Monate aufbewahrt, durch eigene Werkstätte transportiert. 59612.

Wichtig für Brautleute!
Möbel, Spiegel, Posters
wegen Erparnis der Vademette der deuten-dilliger. Gie. Verschleiß. Hause. 1. Hahnenweiser.
Bukow, Jubiläumstr. 13.

Dr. med. Schaper,
prakt. Homöopath, Arzt u. Spezialarzt f. Haut, Horn, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Sp. 9-1, 4-8, Schöneberger Ufer 25.
Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnab. Ab. 7-8. Große Hamburgerstr. 20, 1.
Wäpcherstr. 8, a. d. Ober-baumbrücke, 5 Min. von Station Warschauerstr. f. d. v. 1. Cf. tober frdl. Hofwohnungen v. 1 u. 2 Stuben nebst allem Zus-behör v. 72-94 Thaler zu ver-miethen. 58812.
Näheres daselbst beim Verwalter.

Adomeit & Landau,
Lothringerstr. 48 I,
bist am Holentaler Thor.

Adomeit & Landau,
Lothringerstr. 48 I,
bist am Holentaler Thor.

Gr. Möbelverkauf,
passende Gelegenheit für Brautleute, Wochenausstr. 15. Möbel-Ausstattungs-magazin, lassen viele Wohnungs-Ein-richtungen, verziehen gemessene und neue Möbel zu sehr mäßigen Preisen verkauft werden. Durch große Ver-legenheits-Einkäufe zu billigen Preisen ist es mir möglich, schon Einrichtungen für 100 bis 300 Mark zu liefern, fernere herrschaftliche Einrichtungen von 500 bis 2000 Mark. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Besonders billig sind die an herrschaftlichen feste Zeit verziehen gewordenen und zurück-gekauften Möbel, Kleiderständer, Kleider-schrank, Kommoden, 15. Bettstelle mit Matratze 20, nachbaumodernste Kleider-schrank und Wäscheschrank 38 Mark, Aufhängespiegel und Vertikal 30, französische Aufhängespiegel mit Matratze 40, Säulen-Kleiderschrank, Truemeubel, Büchergarnitur 60 Mark, Buffets, Konsolentische, Panzellofen, Damen-, Herrenschreibtische. Gesamte Möbel werden unentgeltlich 3 Monate aufbewahrt, durch eigene Werkstätte transportiert. 59612.

Wichtig für Brautleute!
Möbel, Spiegel, Posters
wegen Erparnis der Vademette der deuten-dilliger. Gie. Verschleiß. Hause. 1. Hahnenweiser.
Bukow, Jubiläumstr. 13.

Dr. med. Schaper,
prakt. Homöopath, Arzt u. Spezialarzt f. Haut, Horn, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Sp. 9-1, 4-8, Schöneberger Ufer 25.
Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnab. Ab. 7-8. Große Hamburgerstr. 20, 1.
Wäpcherstr. 8, a. d. Ober-baumbrücke, 5 Min. von Station Warschauerstr. f. d. v. 1. Cf. tober frdl. Hofwohnungen v. 1 u. 2 Stuben nebst allem Zus-behör v. 72-94 Thaler zu ver-miethen. 58812.
Näheres daselbst beim Verwalter.

Adomeit & Landau,
Lothringerstr. 48 I,
bist am Holentaler Thor.

Adomeit & Landau,
Lothringerstr. 48 I,
bist am Holentaler Thor.

Adomeit & Landau,
Lothringerstr. 48 I,
bist am Holentaler Thor.

Adomeit & Landau,
Lothringerstr. 48 I,
bist am Holentaler Thor.

Adomeit & Landau,
Lothringerstr. 48 I,
bist am Holentaler Thor.

Adomeit & Landau,
Lothringerstr. 48 I,
bist am Holentaler Thor.

Adomeit & Landau,
Lothringerstr. 48 I,
bist am Holentaler Thor.

Adomeit & Landau,
Lothringerstr. 48 I,
bist am Holentaler Thor.

Adomeit & Landau,
Lothringerstr. 48 I,
bist am Holentaler Thor.

Adomeit & Landau,
Lothringerstr. 48 I,
bist am Holentaler Thor.

Adomeit & Landau,
Lothringerstr. 48 I,
bist am Holentaler Thor.

Adomeit & Landau,
Lothringerstr. 48 I,
bist am Holentaler Thor.

Adomeit & Landau,
Lothringerstr. 48 I,
bist am Holentaler Thor.

Adomeit & Landau,
Lothringerstr. 48 I,
bist am Holentaler Thor.

Adomeit & Landau,
Lothringerstr. 48 I,
bist am Holentaler Thor.

Adomeit & Landau,
Lothringerstr. 48 I,
bist am Holentaler Thor.

Adomeit & Landau,
Lothringerstr. 48 I,
bist am Holentaler Thor.

Der Parteitag für die Provinz Brandenburg

Am Sonntag im Cohn'schen Saale statt, der aus diesem Anlaß mit solchen Fahnen, Insignien u. dgl. einen würdigen Schmuck erhalten hatte. Vor Beginn der Verhandlungen brachte der Buchdrucker-Gesangsverein „Typographia“ die Wieder: „Krönte den Tag“ und „Der Menschheit Erwachen“ in meisterhafter Weise zum Vortrag. Genosse Antzick eröffnet hierauf den Parteitag, er begrüßt die Delegierten namens der Agitationskommission und erinnert an die großen Schwierigkeiten, die der Sozialdemokratie bei den letzten Reichstagswahlen erwachsen sind. Wenn wir auch in diesem Kampfe Sieger geblieben seien, so hätten wir doch die Gegner noch nicht völlig niedergestreckt. Die Reaktion erhebe schon wieder ihr Haupt, sie drohe uns mit Vernichtung des Koalitionsrechts. Wenn man eine Partei wie die unsere, die den Druck des Sozialistengesetzes und unglückliche Kämpfe stetig überstanden hat, mit Juchthaus bedrohe, so lasse uns das Miß bis ans Herz hinan. Was auch kommen möge, es werde nicht gelingen, uns von dem Wege, auf dem wir feither fortgeschritten sind, abzubringen. Der Redner schloß mit einem begeisterten aufgenommene Hoch auf die Sozialdemokratie.

In das Bureau wurden gewählt: Sassenbach, Berlin und Faber, Frankfurt als Vorsitzende, Langner, Finsterwalde und Günterberg, Schwedt als Schriftführer.

- Auf der Tagesordnung steht: 1. Bericht der Agitationskommission. 2. Diskussion. 3. Was lehren uns die letzten Reichstagswahlen. 4. Diskussion. 5. Anträge. Es liegen folgende Anträge vor:

Zu Punkt I der Tagesordnung.

I. Antrag der Kreise Teltow-Deesow und Niederbarnim: „Die Brandenburgische Agitationskommission zu beauftragen, den alten Beschluß aufzuheben, und einen neuen zu fassen, daß nicht nur die 6 Berliner Wahlkreise, sondern auch die Kreise Teltow-Deesow, Storfow-Charlottenburg und Niederbarnim in der Agitationskommission Sitz und Stimme haben.“

II. Antrag Berlin I: „Das Zentral-Wahlkomitee ist zu beauftragen, für systematische Frauenagitation in der Provinz zu sorgen und zu diesem Zweck in jedem Kreise mindestens zwei Frauenvereinsammlungen im Jahre zu veranstalten.“

III. Antrag des Kreises Ost- und West-Sternberg: „In anbetragt der schlechten Verhältnisse der Sachfänger und deren politischen Unfähigkeit wolle die Provinzialkonferenz die Agitationskommission beauftragen, unter den Sachfängern eine planmäßige Agitation zu unternehmen.“

IV. Antrag des Kreises Ober-Barnim: „Die am 11. d. M. tagende Provinzialkonferenz möge beschließen, daß die Agitationskommission der Provinz Brandenburg bei Beschlußfassung wichtiger Fragen, besonders über Landagitation und Revision des herauszugebenden „Märkischen Landboten“ stets die Kreisvertrauensmänner der Provinz hinzuzuziehen hat.“

Allgemeine Anträge.

V. Antrag Niederbarnim: „Die Provinzialkonferenz wolle beschließen, daß im Interesse der Landagitation eine monatlich einmal erscheinende Zeitung, nach Art des „Wähler“, der während der Wahlbewegung erschien, herausgegeben werde.“

VI. Anträge des Kreises Teltow-Deesow: 1. „Die Agitationskommission wird beauftragt, in baldigst möglicher Zeit eine Zusammenkunft sämtlicher sozialistischer Stadtverordneten (Gemeindevetreter) der Provinz Brandenburg zu veranstalten, um ein einheitliches Vorgehen auf kommunalen Gebieten zu erzielen.“ 2. „Ein Verzeichnis der sich zur Verfügung stellenden Referenten nebst deren Adressen für Brandenburg resp. die Berliner, Teltow-Deesower und Niederbarnimer Kreise herauszugeben und den Vertrauensmännern gedruckt zu überreichen.“

VII. Antrag Berlin I: „Die Provinzialkonferenz ermächtigt das Zentral-Wahlkomitee, diejenigen Kreise der Provinz, welche sich für Verteilung an den Landtagswahlen erklärt haben, agitatorisch und finanziell zu unterstützen.“ Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Lily Braun folgende Resolution:

Die am 11. September auf dem Provinzial-Parteitag für Berlin und die Provinz Brandenburg versammelten Delegierten erheben einstimmig Protest gegen das von der Regierung geplante Vorkaufsrecht auf die Koalitionsfreiheit der Arbeiter.

Wir protestieren dagegen, daß das auch in seiner jetzigen Gestalt durchaus unzureichende Koalitionsrecht dadurch völlig wirkungslos gemacht wird, daß die Aufforderung oder Anreizung zum Streik bestraft und den Arbeitern diese in der Notwehr unentbehrliche Waffe entzogen werden soll.

Wir protestieren gegen die Schaffung eines Ausnahmegesetzes gegen die Arbeiter, das den Streik bestrafen soll, während Ausperrungen und die oft nichtswürdigen Mittel, die die Organisationen der Unternehmer anwenden, Verrufserklärungen, schwarze Listen und dergleichen, wie bisher strafflos bleiben.

Wir protestieren dagegen, daß die Organisation eines Streiks mit der entsprechenden Strafe des Juchthaus getroffen werde, und daß die Bestrafungen der Arbeiter und Arbeiterinnen, ihre Lebenshaltung zu erhöhen, gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen abzuwehren, oder, wie es bei weiblichen Arbeitern oft geschieht, Angriffe auf ihre Eitelkeit mit der Arbeitsniederlegung zu beantworten, ebenso bestraft werden sollen, wie Betrug, Meineid oder andere schimpfliche Verbrechen.

Wir protestieren gegen die Abtötung einer derartigen Gesetzgebung, die im höchsten Grade kulturfeindlich wirken, und indem sie den Arbeitern das natürlichste und selbstverständlichsie Grundrecht raubt, ernste Gefahren für eine friedliche Entwicklung der Gesellschaft heraufbeschwören muß.

Dem gegenüber fordern wir die Arbeiter und Arbeiterinnen Preussens und der Provinz Brandenburg auf, sich diesem Protest anzuschließen und gegen die ihnen drohende Gefahr in Massenversammlungen einstimmig Stellung zu nehmen.

Wir hoffen aber auch, daß die gesamte deutsche Arbeiterschaft geschlossen zusammenstehe und durch einen millionensinnigen Protest den geplanten Schlag gegen das Koalitionsrecht nicht nur abwehren, sondern zugleich auf den notwendigen Ausbau der Koalitionsfreiheit und einen gesicherten Schutz gegen jede Art ihrer Verkleinerung bringen wird.

Die Antragstellerin führt aus, man solle keine Gelegenheit, two Genossen zusammenkommen, vorübergehen lassen, ohne einen klammernden Protest gegen die geplante Verdrängung des Koalitionsrechtes zu erheben, sie ersuche deshalb um Annahme der Resolution.

Der Vorsitzende Sassenbach meint, die Resolution gehöre wohl unter die allgemeinen Anträge, Kötter, Schöneberg ist für sofortige Erledigung derselben, während Stadthagen die Ansicht vertritt, wer längere Zeit in der Parteibewegung stehe, wer namentlich die Kämpfe der verflochtenen Reichstagswahlen mitgemacht habe, dem sei der neueste Plan gegen das Koalitionsrecht nichts unerwartetes, und scheint nicht so wichtig, daß sich die Erledigung der Resolution vor der Tagesordnung rechtfertige.

Die Resolution wird darauf vorläufig von der Tagesordnung abgesetzt. Antzick erhält nun das Wort zum Bericht der Agitationskommission. Die diesjährigen Arbeiten der Kommission, so führt er aus, hätten unter dem Reigen der Reichstagswahl gestanden. Schon

die Vorbereitungen zur Wahltagung hätten viel Arbeit erfordert und seien schon lange vor Verkündung des Wahltermins ins Werk gesetzt worden. Bei den vorbereitenden Arbeiten habe unter anderem der Kalender „Märkischer Landbote“ gute Dienste geleistet, man könne sagen, diese Schrift habe viel zu unseren Erfolgen in der Provinz beigetragen. Während der Kalender sonst eine Auflage von 130-150 000 hatte, sei er in diesem Jahre in mehr als 200 000 Exemplaren verbreitet worden. Außerdem habe die Kommission 100 000 Exemplare der Broschüre „Wen wähle ich“, und weitere 100 000 Exemplare der Reichstags-Verhandlungen über den Sozialdemokratischen Antrag, sowie der „Märkischen Volksstimme“ und „Sozialdemokratie“ betitelt Broschüre verbreitet. Die Kosten der beiden letzten Schriften, 2000 M., hätten die Berliner Genossen außer ihren sonstigen Beiträgen bestritten. Unsere Provinzpresse habe anfangs den Anforderungen, welche die Kommission an dieselbe stellte, nicht genügt, eine Verprechung mit den Redakteuren der Provinzpresse habe aber die Folge gehabt, daß die gewünschte Besserung eingetreten sei. Es sei anzuerkennen, daß die „Brandenburger Zeitung“ durch die von ihr herausgegebene periodische „Märkische Volksstimme“ gute Dienste geleistet habe. Die „Märk. Volksstimme“ habe ihre agitatorische Aufgabe nicht recht erfüllen können, weil für den einen Redakteur die Arbeitslast zu groß war. Es sei daher auf Veranlassung der Kommission ein zweiter Redakteur angestellt worden, und die Zeitung habe dann den an sie gestellten Aufgaben genügt. Natürlich seien durch Anstellung des Redakteurs der Zeitung erhebliche Mehrkosten erwachsen, die die Kreise, welche zum Verbreitungsgebiet der „Märk. Volksst.“ gehören, nicht erschwigen konnten. Die Kommission konnte aus ihren Mitteln auch keine Beihilfe zu den Kosten leisten, da sonst möglichenfalls noch andere Provinzblätter das gleiche verlangt hätten, und dazu würden die verfügbaren Mittel nicht ausgereicht haben. Die Kommission sei den betreffenden Kreisen aber in anderer Weise zu Hilfe gekommen, worauf Redner später zurückkommen will. Da die von der „Brandenburger Ztg.“ herausgegebene Wahlzeitung mehr auf den Potsdamer Regierungsbezirk zugeschnitten war, habe die Kommission, um auch im Frankfurter Bezirk die Agitation durch eine periodische Wahlzeitung zu fördern, den „Wähler“ erscheinen lassen, der in 113 000 Exemplaren und zwar mit gutem Erfolg verbreitet worden sei. Auch diesen Vorbereitungen habe die Kommission den eigentlichen Wahlkampf eröffnet mit der Verbreitung von 500 000 Exemplaren eines von ihr herausgegebenen Flugblattes. Von einem anderen Wahlflugblatt seien über 300 000 Stück verbreitet worden. Es seien noch bei kleineren Wahlkreisen Broschüren an die Wähler verteilt, wie bei der diesjährigen. Wenn es trotzdem nicht gelungen ist, die ganze Provinz zu erobern, und noch einige Kreise für das nächste Mal übrig gelassen seien, so liege es gewiß nicht an der Kommission. Dem Verlangen der Genossen in der Provinz nach bekanntem, zugänglichen Rednern habe die Kommission natürlich nicht immer genügen können. Meistens mußten es weniger bekannte Kräfte thun und es ging auch. Bei Beginn des Wahlkampfes habe eine ziemlich klare Stimmung in der Provinz geherrscht, so daß die Kommission fast an dem Erfolg ihrer Arbeiten zweifelte. Das habe sich aber bald geändert, nachdem die Behörden in ihrer Art in den Wahlkampf eingegriffen; da sei Leben unter die Parteigenossen gekommen. Trotzdem uns die Abhaltung von Versammlungen durch Verweigerung der Säle fast unmöglich gemacht wurde, hätten es doch die Genossen durchgesetzt, daß auch unsere Kandidaten Gelegenheit bekamen, vor den Wählern zu sprechen. Innerhalb sei es, wie unsere Gegner die Wähler zu beeinflussen suchten. In einem Falle hätten Landleute für den Besuch einer Versammlung von dem gemeinlichen Veranstalter derselben 70 Pfennig pro Person erhalten, außerdem bekamen sie Bier und Schnaps, soviel sie haben wollten. In einem anderen Falle habe der Veranstalter einer von 20-30 Personen besuchten Versammlung 40 M. für Bier und Schnaps bezahlt. Die Flugblätter des bekannten Hülshen sowie des Mittler'schen Verlags hätten durch die schmutzige Art, mit der sie uns verunglimpften, nicht wenig dazu beigetragen, daß mancher Vetter dieser Erzeugnisse sich mit unseren Bestrebungen bekannt gemacht und dann auch für unseren Kandidaten gestimmt habe. Die Agitation auf dem Lande sei theilweise noch sehr gefährlich. Es komme immer noch vor, daß unsere Genossen mit Knüppeln empfangen und mit Hundstößen bedroht werden. Wir müssen deshalb die höchste Anerkennung denjenigen Genossen zollen, die unter so schweren Verhältnissen sich der Agitation gewidmet haben. Gegen Geleß und Necht habe man in manchen Orten unsere Stimmzettler und Wahlkontrolleure weggeschickt, ja hinausgegriffelt, so daß die Gegner unter sich blieben. In solchen Orten sei es denn auch vorgekommen, daß nur konservative Stimmen in der Urne gefunden wurden, obwohl mehrere Wähler uns versichert hatten, daß sie sozialdemokratisch gewählt haben. In anderen Orten seien so viele konservative Stimmen, wie eingeschriebene Wähler vorhanden gewesen, obgleich mehrere Wähler des Ortes am Wahltag gar nicht in ihrem Wohnort anwesend waren. Die sozialdemokratischen Stimmen in der Provinz haben um 35 000, nach neueren Meldungen um 33 000 zugenommen. Das sei der Erfolg der Arbeit der Kommission. Manche Genossen seien unzufrieden, weil wir nicht genug Mandater errungen haben. Diese mögen bedenken, daß es uns nicht so sehr auf die Zahl der Mandate ankommt, als auf die agitatorischen Erfolge unserer Bewegung. Von diesem Gesichtspunkt aus hätten wir keine Ursache, unzufrieden zu sein. Wenn von einzelnen Genossen gelagt werde, die Kommission habe keine prinzipielle Agitation getrieben, sie habe das Parteiprogramm nicht genug betont, so müsse eine solche unbegründete Behauptung entschieden zurückgewiesen werden.

Der Redner kommt nun zu der Zusammenfassung, aus der folgenden hervorgeht: Die Gesamteinnahme, einschließlich eines alten Bestandes von 1659,55 M., beträgt 25 732,85 M. Darunter: Parteibeitrag 16 000 M., aus den Berliner Wahlkreisen 7850 M., aus Nieder-Barnim 300 M., für den Kalender 1476,25 M., Verschiedenes 106,90 M. Die Gesamt-Ausgabe beträgt 26 991,90 M. Darunter: Für die Reichstagswahlen 13 800 M., Nachwahl in der West-Prignitz 1897 511,90 M., für Flugblätter 6021 M., für den Kalender 4658,05 M. u. s. w.

Ein Antrag, jetzt das unter Punkt 3 der Tagesordnung angeführte Referat folgen zu lassen und über beide Referate gleichzeitig zu debattieren, wird angenommen. Das Wort erhält

Stadthagen, welcher unter anderem ausführt: Bei der Beantwortung der Frage: Was lehren uns die letzten Reichstagswahlen, welche er von der optimistischen Aufschauung Antzick's ab. Er vergleiche nicht die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen mit der Zahl der für die Gegner abgegebenen. Es komme ihm darauf an, festzustellen, wie weit der sozialdemokratische Gedanke seit den Wahlen von 1893 Verbreitung gefunden hat, und um das zu können, müsse man die Zahl unserer Stimmen mit der Zahl der Wahlberechtigten vergleichen. Bei diesem Vergleich ergebe sich das Resultat, daß unsere Stimmen in der ganzen Provinz mit Ausnahme des Kreises Rauch-Belzig-Ludowigskuhle zwar zugenommen haben, daß sie aber im Verhältnis zu der Wählerzahl prozentual zurückgegangen sind. Der Siegessammel mancher Genossen sei also durchaus nicht begründet. Die prozentuale Abnahme unserer Stimmen erkläre sich aus dem Zug der arbeitenden Bevölkerung vom Osten nach dem Westen, wobei Berlin und die Provinz Brandenburg als Durchzugsgebiet in Betracht kommen. Dieser Durchzug der Arbeiter durch unsere Provinz ist seit dem Jahre 1893 viel stärker geworden, wie er vordem war. Der Prozentsatz der leihhaften Arbeiter zu den zu- und Durchziehenden werde in Berlin immer geringer. Das ersichere wesentlich die Agitation. In den Vororten Berlins wohnen tausende und abertausende von Arbeitern, die in Berlin beschäftigt sind. An diese könne man mit der Agitation nur sehr schwer herankommen. Das treffe auch zu für verschiedene Orte der Provinz, wo die dort wohnenden Arbeiter außerhalb ihres Wohnortes arbeiten. In solchen Orten werde man sehen, daß infolge der aus den angeführten Gründen erschwerten Agitation der Prozentsatz der sozialdemokratischen Stimmen geringer werde. Das sei zwar nur eine Hypothese, sie läge sich aber auf Zahlen. Beispielsweise hätten in Jüterbog, wo viele Arbeiter wohnen, die in Berlin beschäftigt sind, nur 22,5 pCt. der Wähler sozialdemokratisch gestimmt, während in dem zu demselben Kreise gehörenden Ludowigskuhle mit lebhafte Fabrikarbeiter-Bevölkerung 79,00 pCt. sozialdemokratisch gestimmt haben. Diese Thatfachen zeigen, daß die Agitationsunfähigkeit in unserer Provinz erheblich schwieriger geworden sei. Das lasse unsere Erfolge in einem um so günstigeren Lichte erscheinen. Das Wahlergebnis des ganzen Reiches sei bei weitem nicht so günstig, wie es von manchem Genossen aufgeschwatzt werde. Man frage es sich, wie wir zu agitieren haben. Die Verbreitung von Flugblättern giebt uns, abgesehen von der agitatorischen Wirkung ihres Inhalts, die Möglichkeit, mit den Arbeitern in Verbindung zu kommen und Anknüpfungspunkte zu finden für die Agitation von Mund zu Mund, auf die das größte Gewicht zu legen sei. Die Versammlungen sollen nur den Zweck haben, die Genossen zur persönlichen Agitation anzuregen. In Versammlungen, die der Agitation dienen sollen, möge man es unterlassen, nach einem guten Vortrage nichtsfolgende Diskussionsreden zu halten, welche die Wirkung des Vortrages nur abschwächen. In den Wahlvereins-Versammlungen sei dagegen eine Aussprache am Platze. Man möge in einer schlecht besuchten Versammlung nicht über den schlechten Besuch klagen. Diejenigen, an die die Klage zu richten wäre, hören sie nicht und die Anwesenden werden womöglich abgeschreckt. Es sei auch zu warnen vor Verichten, wie sie unsere Presse und auch der „Vorwärts“ bringt, wo der Verlauf der Versammlung als ein glänzendes geschildert und erzählt wird, daß der Gegner in Grund und Boden gelauen worden sei. Wenn letzteres geschehen ist, dann möge man die Gründe anführen, denen der Gegner weichen mußte, und die Leser werden dann selber sehen, wodurch dies geschah. Die farblosen Blätter haben eine große Verbreitung auch in der Provinz erfahren. Redner will diese Blätter nicht unbedingt verurteilen. Sie seien in manchen Kreisen gedungen, wo bis dahin überhaupt nichts gelesen wurde. Sie haben in jenen Kreisen das Lebensbedürfnis geweckt, und wenn das einmal geschehen ist, wird auch unsere Literatur leichter Eingang finden, wie zuvor.

Was unsere Presse betrifft, so sei dieselbe einschließlich des „Vorwärts“ in den letzten zwei Jahren nicht agitatorisch genug aufgetreten. Es mache sich eine gewisse Verblässung bemerkbar. Das leugnen zu wollen, hieße Vogelstraußpolitik treiben. Es möge ja Gründe geben, die eine weniger agitatorische Schreibweise unserer Presse angemessen erscheinen lassen, dann werde es aber nötig sein, für die Agitation andere Blätter zu schaffen. Die ökonomische Grundlage unserer Bewegung müsse mehr betont und auf unser großes Ziel hingewiesen werden.

Jetzt sei die beste Zeit, unter den Landarbeitern zu agitieren. Die Arbeiten in der Landwirtschaft drängen sich mehr und mehr auf eine kurze Zeit zusammen und der Landarbeiter sei in der Saison dem Besizer unentbehrlich geworden. Unter den Landarbeitern und Kleinbauern haben unsere Ideen Anklang, aber nicht unter den Großbauern. Der Wahlkampf lehre auch, daß es notwendig sei, unter den Arbeitern der kleinen Städte und der Vorstädte zu agitieren.

Wie können wir die Lust zur Agitation wecken? Da sei es vor allen Dingen notwendig, alle kleinlichen Streitigkeiten persönlicher Natur zu unterlassen. Das Resultat in Rauch-Belzig wäre besser gewesen, wenn dort nicht persönliche Zänkereien bestanden hätten. Die Kleinarbeit in der Agitation könnte man beleben durch Aufnahme einer Statistik über die sozialen Verhältnisse der einzelnen Kreise. Das würde die Genossen belehren, sie zum Nachdenken anregen und Stoff zur Agitation geben. Redner empfiehlt die Schaffung eines Organs nach Art des „Wähler“ und schließt mit der Aufforderung, in der Agitation und Organisation nicht zu erlahmen und weiter zu kämpfen, bis unser hohes Ziel erreicht ist. (Lebhafte Beifall.)

Der Versuch betont die Notwendigkeit der Agitation unter den polnischen Genossen der Provinz und giebt einen Überblick über die bisherige Art derselben. Es seien in der Provinz 67 000 polnische Flugblätter, 10 000 Broschüren und 300 Zeitungen verbreitet worden. In Berlin sei die Agitation unter den polnischen Arbeitern gut im Gange. Bei der Agitation unter den Sachfängern möge man einen Polen hinzuziehen. Die von den Polen herausgegebenen Sammelbände müßten auch, da es an Geld fehle, von den deutschen Vertrauensmännern vertrieben werden.

Fäterow tritt für das Fortbestehen der Agitationskommission ein, sowie für den Antrag II und die Resolution Braun.

Kopp, Friedrichsberg empfiehlt den Antrag I. In Nieder-Barnim habe man in der Landagitation dadurch gute Erfolge erzielt, daß man die Orte immer von denselben Genossen bearbeitet ließ. Dies Beispiel empfiehlt Redner auch den anderen Kreisen zur Nachahmung.

Zuberl führt unter anderem aus, daß die Agitation in den ländlichen Distrikten des Kreises Teltow-Deesow wegen der weiten Entfernungen und der dadurch bedingten Kostspieligkeit sehr erschwert werde. Die Touren könnten aus diesem Grunde nur selten angefaßt werden, daher sei die Gründung einer periodischen Schrift nach Art der von der „Brandenburger Zeitung“ herausgegebenen Wahlzeitung nötig, um ein Bindeglied herzustellen. Diese Zeitung müsse aber, wenn sie ihren Zweck erfüllen solle, jede Woche einmal erscheinen. Im weiteren empfiehlt der Redner die Anträge I. und II.

Schmidt, Sonnenburg betont die Notwendigkeit einer Agitation unter den Sachfängern. Er schlägt vor, daß die Kommission ein Flugblatt für die Sachfänger herausgibt, und daß die Berliner Genossen dasselbe im Sommer in den Kreisen, wo Sachfänger arbeiten, verbreiten. Im Winter könne dann die Agitation in den Heimathöfen dieser Arbeiter von den Genossen der betreffenden ländlichen Kreise fortgesetzt werden. Haben wir erst die Sachfänger, dann würden diese wiederum unsere Ideen unter den leihhaften Kleinbesitzern ihrer Heimath verbreiten.

Kohle, Berlin empfiehlt ebenfalls die Sachfänger-Agitation. Lily Braun tritt für den Antrag II ein. Die Berliner Genossinnen halten eine lebhafte Agitation unter den Frauen für notwendig; das könne aber nicht geschehen ohne Unterstützung der

Männer. Die Frauen besetzen auf ihrem Antrag, Referentinnen würden sich genug finden. Es sei gesagt worden, man habe die Frauen nicht einmal zur Verbreitung von Flugblättern haben können. Das zeige gerade, wie rückständig die Frauen noch seien und daher sei es doppelte Pflicht der Männer, für Aufklärung der Frauen zu sorgen. Rednerin könne sich nicht entschließen, ihre Resolution zurückzuziehen. Die geplante Beschränkung des Koalitionsrechts biete einen ausgezeichneten Agitationsstoff, den man sich nicht entgehen lassen dürfe. Ein Sturm der Entrüstung hätte — so habe die Rednerin angenommen — von hier aus nicht nur durch die Provinz Brandenburg, sondern durch das ganze Reich brausen müssen.

Köster-Schöneberg stimmt mit Stadthagen darin überein, daß mehrere Presse agitatorischer schreiben müsse. Er empfiehlt die Aufnahme eines politischen Genossen in die Agitationskommission und die Herausgabe einer wöchentlichen Agitationschrift.

Salomon-Wrieche vertritt den Antrag IV. Die Berliner seien von der dicken Luft etwas befangen, es sei notwendig, ihnen etwas frische Luft von auswärts zuzuführen. Die Landagitation sei sehr wichtig, aber man dürfe nicht glauben, der Bauer sei für uns nicht zu gewinnen. Bei der Abfassung von Flugblättern für die Landagitation müßten die ländlichen Vertrauensleute mitwirken.

Wasewald-Weihensee theilt die Ansicht Stadthagen's bezüglich der Schreibweise unserer Presse mit.

Guth, Redakteur der „Brandenburger Zeitung“ führt aus: Stadthagen habe insbesondere die Agitation von Wand zu Wand empfohlen. Der Vorschlag sei auch ganz gut, aber Stadthagen habe kein Mittel angegeben, wie der Vorschlag ausgeführt werden könne. Es fehle an den geeigneten Kräften, die eine solche Agitation betreiben können. Ebenso verhalte es sich mit dem, was Stadthagen über die Schreibweise unserer Presse sagte. Auch da habe er nur allgemeine Ausstellungen gemacht, ohne an bestimmten Fällen darzulegen, was seiner Meinung nach nicht in der Ordnung war und wie es denn hätte sein sollen. Redner meint, was Stadthagen von unserer Presse sagte, treffe nicht zu. Wenn es über richtig wäre, was Stadthagen sagte, dann habe er nicht gethan, daß er den Uebelstand zwei Jahre lang verschwiegen habe. Er habe auch hier nicht gesagt, wo der Fehler liege und durch welche Mittel derselbe beseitigt werden könne. Also heraus mit der schwarzen Kiste. Die „Brandenburger Zeitung“ werde laut Beschluß der Kreisversammlung allmonatlich eine Wahlzeitung herausgeben. Man möge das Erscheinen derselben abwarten. Wenn das Wort Anklang finde, dann ließe sich wohl ein Einverständnis mit der Kommission erzielen, um dasselbe so zu gestalten, daß es allen Ansprüchen genüge. Daher erübrige sich wohl die Annahme des Antrages V.

Erinmann-Berlin jumpathistisch hinsichtlich der Frauenversammlungen mit dem Standpunkt Antia's und tritt für die Anträge I, III und V ein. Redner empfiehlt Annahme der Resolution Braun, da dies die erste Versammlung ist, welche nach der Verheißung der Justizhausstrafe tagt und ein Protest von dieser Stelle durchaus angebracht sei.

Edard-Brandenburg ist dafür, daß die Agitation unter den politischen Arbeitern von Polen betrieben werde, aber mündlich, nicht durch Flugblätter, da viele der Polen nicht lesen können.

Jose-Berlin ist dafür, daß in der Agitation nicht nur die politischen, sondern auch die materiellen Interessen der Arbeiter betont werden.

Wittag-Neubrand führte einen Fall aus seinem Kreise an, wo 20 polnische Ziegelei-Arbeiter ihr Wahlrecht nicht ausüben konnten, weil ihre Aufnahme in die Wählerliste verweigert wurde, weil sie als Wanderarbeiter anderweitig einen Wohnort haben. Die polnischen Arbeiter hätten eine 14stündige Arbeitszeit in den Ziegeleien, eine Agitation unter diesen Arbeitern sei sehr notwendig, da sie infolge ihrer Anspruchslosigkeit schlimme Konkurrenten anderer Arbeiter seien.

Haber-Frankfurt a. O. wünscht, daß der Kalender „Märkischer Landbote“, wieder in der volkstümlichen, leicht verständlichen Art abgefaßt werde, die ihn früher auszeichnete. Gegenwärtig sei er in einem zu wissenschaftlichen, für den Arbeiter schwer verständlichen Ton gehalten. Was das Erscheinen einer periodischen Agitations-Zeitung betreffe, so sei zu bedenken, daß in den meisten Kreisen die Kräfte zur Verbreitung derselben fehlen und ihr Zweck also nicht erreicht werden könne. Empfehlenswerther sei die gelegentliche Verbreitung geeigneter Broschüren. Wenn verschiedene Kreise keinen Fortgang an sozialdemokratischen Stimmen aufwiesen, so liege das daran, daß wir dort schon alle Arbeiter gewonnen haben. Redner ist dafür, daß der Antrag III der Agitationskommission überwiesen werde, den Antrag II hält er für nicht durchführbar. Die Resolution Braun möge man, da sie einen Protest gegen die geplante Beschränkung der Koalitionsfreiheit darstelle, annehmen.

Die Diskussion wird geschlossen, die Referenten erhalten das Schlusswort.

Antia ersucht die Delegierten, die Wahlergebnisse einzusenden, soweit es noch nicht geschehen ist. Dieselben sollen gedruckt und den Kreisen als Anhaltspunkte für die Agitation zugefickt werden. Es sei moniert worden, daß einzelne an die Kreise gezahlte Posten in der Abrechnung nicht aufgeführt sind. Die betreffenden Summen habe der Parteikassier Bericht gegeben, dieselben werden also in dessen Abrechnung aufgeführt. — Die Ausstellungen, die hier bezüglich der Schreibweise des Kalenders gemacht wurden, seien nicht begründet. Allerdings sei derselbe am Anfang seines Erscheinens nach Ton und Inhalt auf Kreise zugeschnitten gewesen, die unsern Bestrebungen noch ganz fern standen. Nach und nach habe man ihn selbstverständlich, dem durch unsere Agitation fortschreitenden Verständnis seiner Leser entsprechend, verbessert. Redner ist nicht der Ansicht Salomon's, daß wir den Bauer gewinnen können. Unsere Agitation müsse sich zunächst an die ländlichen und industriellen Arbeiter wenden. Da sei ein großes Feld für unsere Thätigkeit. Der Bauer sei nicht für uns zu haben, so lange er sich als Bauer fühlt. — Die Anträge I bis IV möge man der Kommission überweisen. Zum Antrag VII erklärt die Kommission, sie halte es für selbstverständlich, daß sie jede Art von Agitation zu unterstützen habe, also auch die Agitation zu den Landtagswahlen, wo eine solche beschlossen werde. Damit könnten sich die Antragsteller wohl zufrieden geben.

Stadthagen bemerkt unter anderm, er könne seine Aeußerungen bezüglich der Presse nicht zurücknehmen. Er wolle nicht sagen, daß unsere Presse vom sozialdemokratischen Standpunkt abgewichen sei, aber sie werde sich zu wenig an die Indifferenten, ihr fehle der frische, kampfstrohe Ton. Das sei es, was er gemeint habe. — Zur Resolution Braun sagt der Redner, er halte es nicht für richtig, daß man im Anschluß an einen Ausdruck von bestimmter Stelle die Genossen zur Agitation auffordere. Nachdem er die Resolution nochmal gelesen und gefunden habe, daß dieselbe auf den betreffenden Ausdruck nicht bezug nehme, sondern gegen eine Beschränkung des Koalitionsrechts Protest erhebe, halte er die Annahme der Resolution für unbedenklich.

Es wird nunmehr über die Anträge zu Punkt I der Tagesordnung abgestimmt.

Antrag I wird angenommen.

Antrag II wird der Agitationskommission zur Berücksichtigung überwiesen, ebenso der folgende Antrag:

Die Agitationskommission wird beauftragt, mehr als bisher für die Frauenagitation in der Provinz zu sorgen, und zu diesem Zweck, wenn möglich, in jedem Kreise Frauen-Versammlungen zu veranstalten.

Antrag III wird der Kommission überwiesen.

Antrag IV wird durch Salomon zurückgezogen.

Antrag V wird mit ganz geringer Mehrheit abgelehnt.

Soppé-Nixdorf spricht für den Antrag VI, welcher auf Vorschlag Edard's den sozialdemokratischen Berliner Stadtverordneten überwiesen wird.

Antrag VI wird nach kurzer Debatte abgelehnt, und Antrag VII durch die Erklärung Antia's für erledigt erachtet.

Die Resolution Braun wird nunmehr zur Abstimmung gestellt und einstimmig angenommen.

Die Lokalkommission stellt folgenden Antrag:

In ansehung, daß durch die immer größer werdende Ausdehnung der Verkehrsmittel der Verkehr von Berlin sowohl, wie von anderen Orten sich mehr und mehr über die Provinz ausbreitet, möge der Provinzial-Parteitag beschließen, daß für die Zukunft alle Kreise der Provinz in die Lokalliste einzubeziehen sind. Zu diesem Zweck wird die Lokalliste „für Berlin und Umgegend“ in der Folge „für die Provinz Brandenburg“ herausgegeben, und der Parteipresse der Provinz Brandenburg beigelegt.

Nachdem **Wahle** für, Kaiser gegen den Antrag gesprochen hatte, wird derselbe angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Der Vorsitzende **Sassenbach** schließt die Sitzung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Verbandstag der Tabakarbeiter.

Offenbach, den 9. September.

Nach längerer Debatte wird in der heutigen Sitzung eine Kommission von 5 Delegierten gewählt, die sich erst noch eingehender mit dem Stand der Zuschuldschaft befassen und dann der Generalversammlung Vorschläge über nöthig werdende Abänderungen unterbreiten soll. Zur Debatte kommt der von Landenburg und Wernburg gestellte Antrag: „Mitgliedern, welche gezwungen sind, gegen Krankentassen, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung gerichtlich vorzugehen, ist Rechtschutz zu gewähren.“ — Der Antrag wird nach kurzer Debatte angenommen.

Eine Reihe von Anträgen sind auf die Abänderung der Beiträge gerichtet. Zum theil wollen sie Erhöhung, zum theil Herabsetzung der Beiträge. Nach lebhafter Debatte werden alle diese Anträge abgelehnt, die Beiträge bleiben in der bisherigen statistischen Höhe bestehen. Auf Antrag von **Hasiel** wird § 8 in der Weise erledigt, daß angeschlossen werden kann, wer den Verein geblüht zu schädigen versucht. Angenommen wird auch folgender Antrag:

Die Generalversammlung möge beschließen, bei Ausbruch von Differenzen, die einen Streit in Gefolgschaft haben könnten, ist eine geeignete Person vom Ausschuss an den betreffenden Ort zu entsenden behufs besserer Orientierung der Sachlage; ebenso bei Aufhebung bereits bestehender Streiks.

Ferner wird der Abschnitt 4 des § 10 dergestalt geändert, daß die Entschädigung des Ausschusses über einen ordnungsmäßig eingereichten Antrag auf Arbeitseinstellung nicht, wie es jetzt lautet, innerhalb einer Woche, sondern unbedingt sofort zu erfolgen hat. Die Finster-Kommission erstattet Bericht und beantragt: „Die Zuschuldschaft bleibt bestehen, und zwar fakultativ.“ Der Antrag wird angenommen; die Karenzzeit wird auf 52 Wochen erhöht, die Unterstufung wird statt wie bisher 26 Wochen nur 18 Wochen gewährt. Letzterer Beschluß wurde mit 24 gegen 22 Stimmen gefaßt. Dem Vorstande wird mit 82 Stimmen das Recht gegeben, bei nicht ausreichenden Mitteln den Beitrag „um 5 Pfennig“ pro Woche und Mitglied zu erhöhen, bis ein Reservefonds von 2000 M. angesammelt ist. Die neuen Bestimmungen treten am 1. Oktober 1898 in Kraft.

In der Nachmittags-Sitzung wird bei der Gesamtstimmabgabe das neue Reglement mit 80 gegen 22 Stimmen angenommen. Die Anträge, welche verlangen, die Generalversammlung solle statt wie bisher alle zwei Jahre künftig alle drei Jahre abgehalten werden, werden abgelehnt. Die Anträge, die die Auflösung der Agitationskommission (Vorortskommissionen) verlangen, werden nach eingehender Debatte einstimmig abgelehnt. Ferner wird beschlossen, daß die Agitationskosten auch für die fernere Zeit in der vom Vorstand und Ausschuss festgesetzten Höhe verbleiben. Nach einem ferneren Beschluß sollen die vom Vorstand und Ausschuss bezüglich der Agitationskosten festgestellten Bestimmungen dem Geschäftsreglement für das Statut einverleibt werden.

Von mehreren Orten ist beantragt worden, einen bestimmten Prozentsatz der Einnahmen am Orte behalten zu dürfen für örtliche Agitation. Die Anträge werden mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Offenbach, den 10. September.

Nach kurzer Debatte wird dem folgenden Antrage zugestimmt: „Der Vorstand ist verpflichtet, halbjährlich einen Uebersicht über den Mitglieder- und Kassenbestand in unserm Organ zu veröffentlichen.“ Ueber den Antrag: „Die Wahlkreise sind zusammenhängender einzutheilen,“ entspinnt sich eine längere Diskussion, die die Annahme des Antrages ergibt. Folgender Antrag wird gleichfalls angenommen:

Die Generalversammlung wird ersucht, einen Beschluß dahin zu fassen, daß eine jährliche Statistik aufgenommen wird, wie hoch sich die Ausgaben an Verheirathete sowie an Ledige stellen. — Motiv: Die Statistik würde beweisen, daß die Ausgaben an reisende ledige Mitglieder allein nicht so enorm sind, wie gewöhnlich angenommen wird, 20 pCt. der Reise-Unterstützung werden sicher von Verheiratheten in Anspruch genommen.“

Abgelehnt wird der Antrag: „Der Vorstand wird beauftragt, wenn irgend möglich, eine kompetente Person (erforderlichen Falles mehrere) damit zu betrauen, eine Broschüre zu schreiben über das Thema: „Die Entstehung und Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation der Tabakarbeiter Deutschlands.“ Jedem Mitgliede ist die Broschüre gratis zu verabfolgen. Wo Mann und Frau Mitglieder sind, dürfte ein Exemplar genügen.“

Eine lebhaftere Diskussion entspinnt sich über folgenden Antrag: „1. Die Generalversammlung möge aus ihrer Mitte eine Kommission wählen, oder den Vorstand beauftragen, eine Petition auszuarbeiten, durch welche der Reichstag aufgefordert wird, ein Gesetz zu schaffen, durch welches die bundesrätlichen Bestimmungen auch auf die Hausarbeit ausgedehnt werden, eventuell diese ganz verboten wird. 2. Im weiteren ist eine Agitation gegen die Hausindustrie zu entfalten, durch welche die Tabakarbeiter über die Folgen und Schäden aufgeklärt werden.“ Dieser Antrag wird abgelehnt, dagegen folgende Resolution angenommen: „Die Agitation hat ihr Augenmerk stets auf die Schäden der Hausarbeit mit zu richten und auf die Beseitigung resp. das Verbot derselben hinzuwirken.“

Der Sitz des Verbandes bleibt Bremen. Vor der Wahl der Verbandsbeamten werden die Gehälter derselben geregelt und dem Kassier und Sekretär 80 M. pro Monat mehr gewährt, so daß das Gehalt jetzt je 150 M. beträgt. Die Wahl des Vorstandes ergibt folgendes Resultat: **Junge-Bremen** als Vorsitzender, **W. Riederwiesland-Bremen** als Kassier, **Faure-Bremen** als Sekretär. Die Versammlung beschließt, dem Vorstande zu empfehlen, bei Veränderung oder Verneuerung der Verbandsbeamten bei der Wahl mit der zweigrittesten Stimmenzahl bedachten Kollegen zu engagieren. Als Vorsitzender des Ausschusses wird **Heinrich Meißner** wiedergewählt und dadurch **Hannover** als Sitz des Ausschusses bestimmt. Damit sind die Verhandlungen beendet.

Versammlungen.

Die **Zimmerer der lokalen Richtung** hielten am Donnerstag eine öffentliche Versammlung ab, in der **L. Fischer** über den Verlauf der Bewegung berichtete. Nach den Ausführungen des Redners haben seit der vorigen Versammlung, in der beschlossen wurde, daß auf den Plagen, wo der Minimallohn von 60 Pf. nicht bezahlt wird, die Arbeit einzustellen ist, eine Reihe von Flajperen stattgefunden, die sämtlich glänzend für die Arbeiter verlaufen sind. Auf mehreren Plagen wurde die Forderung, ohne daß es zur Arbeitsniederlegung kam, durch Verhandlungen bewirkt. Es ist gegenwärtig nur ein kleiner Theil von Unternehmern vorhanden, die den Minimallohn nicht anerkennen und noch Klassenlöhne bezahlen. Auch diese würden mit Leichtigkeit dazu veranlaßt werden können, wenn ernstlich vorgegangen werden würde, was um so notwendiger erscheint, als sonst das Erzwungene auf anderen Plagen immer gefährdet wird. Dem Bericht folgte eine kurze Diskussion, worauf folgende Resolution einstimmig zur Annahme gelangte: „In ansehung der Thatsache, daß nicht auf allen Plagen die in der letzten Versammlung angenommene Resolution zur Geltung gekommen ist, ermächtigt die Versammlung die Lokalkommission im Verein mit den Abgeordneten,

über diejenigen Baugeschäfte selbständig die Sperre zu verhängen, in welchen unter den beschlossenen und von der Mehrzahl der Unternehmern anerkannten Bedingungen gearbeitet wird. Dies darf jedoch nur nach reiflicher Ueberlegung und nach Prüfung der jeweiligen Verhältnisse geschehen. Sofern seitens der Lokalkommission mit Zustimmung der Abgeordneten die Sperre über ein Baugeschäft verhängt worden ist, haben sämtliche Kameraden die Pflicht, mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln dahin zu wirken, daß der Flaj von Arbeitkräften frei gehalten wird und die dort Arbeitenden die Arbeit niederlegen. Auf alle Fälle darf aber auf keinem als gesperrt geltenden Plage die Arbeit aufgenommen werden, bevor die Sperre wieder aufgehoben ist, was sofort geschehen muß, wenn trotz aller Maßnahmen kein Erfolg zu verzeichnen ist.“

Hierauf wurde über die Ursachen und den Stand des Streiks bei dem Unternehmer **Wach** in **Bernau** berichtet und sodann der Vertrauensmann ermächtigt, den Ausständigen in **Bernau** eine Unterstützung je nach Bedarf zukommen zu lassen. Außerdem soll dafür gesorgt werden, daß der Zuzug nach **Bernau** während des Ausstandes fern gehalten wird. Beschlossen wurde dann noch, die Familie eines verunglückten Kameraden aus den öffentlichen Fonds zu unterstützen.

Die **Zimmerer der zentralen Richtung** hielten am Sonntag eine Versammlung ab, in der **E. Brinmann** Hamburg über die Ausdehnung der Bauarbeiter in **Magdeburg** referierte. Nach den Ausführungen des Redners, der zunächst die Situation im Baugewerbe schilderte, ist die Bauhätigkeit seit dem Jahre 1895 eine außerordentlich lebhafte und gegenwärtig eine so rege wie nie zuvor. Allerdings wurde dieser großartige Aufschwung in den letzten Jahren von den einzelnen Arbeitern wenig wahrgenommen, weil andererseits die Zahl der Arbeiter in diesem Berufe erheblich zugenommen hat. Während im Jahre 1892 nur 200 000 Maurer gezählt wurden, ist die Zahl im Jahre 1895 auf 450 000 gestiegen. Die Zahl der Zimmerer in derselben Zeit von 98 000 auf 175 000. Für die Zimmerer kommt noch in Betracht, daß bei den modernen Bauten mehr Eisen und Steine an Stelle des Holzes verwendet wird und dadurch den Zimmerern ein Theil der Arbeit verloren geht. Der Redner verweist sodann auf die kapitalistische Entwicklung im Baugewerbe, die zu ganz eigenthümlichen Zuständen geführt hat. Nicht nur, daß nicht mehr so wie früher der Bauherr derjenige ist, der zur eigenen Benutzung bauen läßt, sondern Bauten zum Zwecke des Verkaufes aufgeführt werden, haben Grund- und Bodenbesitzer große Flächen für sich monopolisiert und sind dadurch im Stande, die Bauhätigkeit im hohen Maße zu beeinflussen. In derselben Weise haben sich auch die früher bedeutungslosen Arbeitgeber-Organisationen zu gewichtigen Interessenverbänden entwickelt. Noch im Jahre 1896 haben in **Magdeburg** die Unternehmer die Gründung von Organisationen der Bauarbeiter unterstützt und diese zu Bauwerken gegen ihre Konkurrenten aufgewiegelt, um eine Regelung der Lohnverhältnisse herbeizuführen. Das Vorgehen der Arbeiter hatte zur Folge, daß die Organisation noch fernstehender Unternehmer derselben sich angeschlossen und der Unternehmerverband zu Stande kam, der aber nunmehr seine Spitze in erster Linie gegen die Arbeiterorganisationen richtete. Die Grund- und Bodenbesitzer haben die Oberhand in diesem Verbandsverhandlungen und sie sind es, die den umfangreichen Streik resp. die Ausdehnung der Arbeiter provozirt haben. Diese haben alle Ursache, daß die Bauhätigkeit für eine gewisse Zeit hinfällig gehalten wird und drängen darauf, daß der Kriegszustand noch aufrecht erhalten bleibt, um für sich umso größere Vortheile zu erlangen. Der Referent, der die Bewegung in **Magdeburg** eingehend behandelte, verwies sodann auf die Beschlässe der Unternehmer in **Breslau** und kommt zu dem Schluß, daß das Vorgehen der Unternehmerverbände dazu führen wird, daß in Zukunft nur noch Massenaktionen stattfinden werden und der Kleinrieg zwischen Arbeiter und Unternehmer in der bisherigen Form aufhört. Es wird daher insbesondere notwendig sein, die Organisation derartig auszubauen und die finanzielle Leistungsfähigkeit zu erhöhen, um für diese Massenaktionen, die das Unternehmertum den Arbeitern aufdrängen wird, gewappnet zu sein. Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat folgte eine längere Diskussion, an der sich **Wolf, Stöhr, Kube, Reuter** und andere beteiligten. **Brinmann** gab sodann eine Uebersicht über die Organisationsverhältnisse. Demnach wurden im Jahre 1895 in 12 Orten, 1896 in 73 Orten, 1897 in 130 Orten, 1898 in ca. 150 Orten Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht, und zwar durch die Macht der Organisation, vielfach ohne Streiks. Zum Streik kam es in diesen Jahren in 3, 8, 29 und 33 Orten. Die Mitgliederzahl des Verbandes stieg in dieser Zeit von 9281 im Jahre 1895 auf rund 24 000 im Frühjahr 1898. Das Vermögen des Verbandes von 28 000 auf 70 000 M. In derselben Weise sind aber auch die Anforderungen an die Organisation gestiegen, da die Streiks langwieriger und hartnäckiger geworden sind und das Unternehmertum den Forderungen der Arbeiter heftigen Widerstand entgegensetzt und oft längere Ausstände provozirt. Nachdem die Diskussion geschlossen worden war, gelangte folgende Resolution mit allen gegen drei Stimmen zur Annahme:

„In Erwägung, daß das Unternehmertum im Zimmergewerbe den Bestrebungen der Zimmerer, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, immer brutaler und gewissloser entgegentritt und bemüht ist, einen Arbeitgeberverband für das gesamte deutsche Baugewerbe zu Stande zu bringen, der nach den Beschlässen des Verbandstages des Baugewerks-Zimmergewerks in **Breslau** jede Regung der Bauarbeiter mit den brutalsten Mitteln bekämpfen soll, wie es zur Zeit in **Magdeburg** geschieht, in weiterer Erwägung, daß der und so aufgezwungene Kampf bedeutend mehr finanzielle Mittel erfordert, als sie bisher unserer Organisation zur Verfügung standen, beschließt die heutige Versammlung des Verbandes der Zimmerer, die Zahlstellen Berlins und der Umgegend, um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein: 1. Der Beitrag zum örtlichen Fonds dieser Zahlstellen wird vom Montag, den 12. September d. J., ab von 20 auf 50 Pf. pro Woche erhöht und ist jedes Verbandsmitglied und auch die übrigen Zimmerer Berlins verpflichtet, bis auf weiteres pro Woche eine 50 Pfennig-Marke zu laufen. 2. Von diesen Einnahmen werden pro Woche 750 M. an den Streikfonds des Verbandes der Zimmerer Deutschlands abgeführt. 3. Vom 3. Quartal d. J. ab werden bis auf weiteres anstatt wie bisher 60 pCt., 75 pCt. von den Verbandsbeiträgen an die Verbandshauptkassa abgeführt, in der Voraussetzung, daß auch die übrigen Verbandszahlstellen diesem Beispiele folgen werden, um so die Verbands-Hauptkasse in den Stand zu setzen, allen Anforderungen gerecht zu werden, welche der und so aufgezwungene Kampf an sie stellt, und um auf alle Fälle im nächsten Frühjahr gerüstet zu sein.“

Die Abrechnung vom 15. Stiftungsfest, die **W. B. B. B.** erstattete, ergab einen Ueberschuß von 163,44 M., welcher der Lokalliste auf Beschluß der Versammlung überwiesen wurde.

Die **Lokalkommission der Handels-Hilfsarbeiter** verhandelte am Dienstag über einen Konflikt der Hausdiener mit einem hiesigen Waarenhause. Wie in der Versammlung berichtet wurde, hatten die Hausdiener bei der Firma **Jandorf** mehrfach Uebergriffe gemacht, ohne daß ihnen eine entsprechende Vergütung gebilligt wurde, worauf vier Hausdiener die Arbeit niederlegten. Nach einer Verhandlung seitens des Verbandsvorstandes mit der Firma sind die Differenzen beigelegt und wurde auch den vier ausständigen Hausdienern Beschäftigung in einer anderen Filiale zugesagt. Die Versammlung erklärte sich nach längerer Debatte mit diesen Abmachungen des Vorstandes und der Firma einverstanden.

Der **Verband der Tapezierer und Vernagelungen** tagte am 5. d. M. bei **Gründel**, **Braunstraße**. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Mitgliedes **Böncke**, der einen interessanten statistischen Uebersicht über das Eindringen der weiblichen Arbeitskräfte in das Tapezierergewerbe gab. Sodann wurde die Abrechnung der Agitationskommission gelesen, die eine Einnahme von 574,07 M. und eine Ausgabe von 401,35 M. aufweist.

Privat-Theatergesellschaft „Grika“. Abends 9 Uhr bei **Rosow**, **Monteufeltstr. 9**. Gütlich willkommen.

Musikverein „Tisch“, bei **Reßlin**, **Langestr. 108**.